
TIERBEFREIUNG
Heft 105 • Dezember 2019 • 4,00 € • ISSN 1438-0676 • 27. Jahrgang • www.tierbefreier.de
FÜR DIE TONNE
Die EU-Agrarpolitik und ihre Folgen
plus
Tear Down Tönnies! Schlachtfabrik besetzt · ESCADA PELZFREI! Aktionstour durch sieben Städte
Pelztragende: Aufklären oder Konfrontieren? · Das neuerliche Erstarken der Front gegen Tierversuche
Pelzfarmverbote in Europa · Keine Reiter*innenstaffeln in Bochum und sonst wo · Der Zoo in Frankfurt am Main
Nachhaltiger Aktivismus: Versuchen, die Lebensfreude nicht aus den Augen zu verlieren

Inhalt

Titelthema

Verschiedenes

Bewegung & Aktivismus

Ausbeutung

Verein

Lebenshöfe



04 **Für die Tonne: Die EU-Agrarpolitik und ihre Folgen**



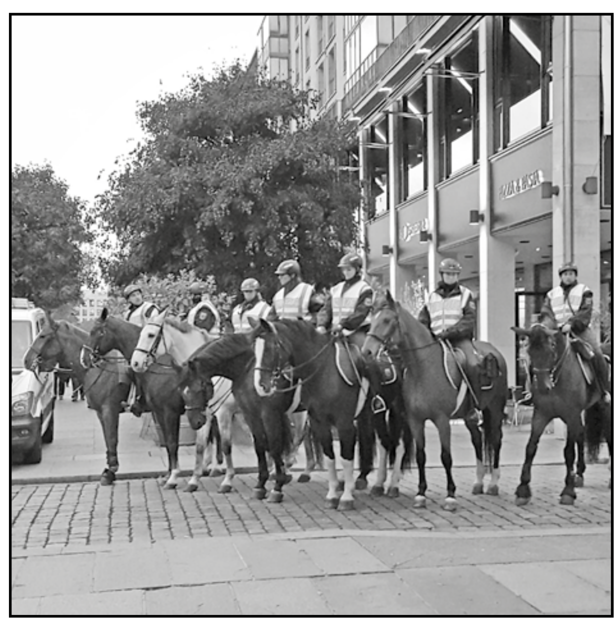
40 **ESCADA PELZFREI! Aktionstour durch sieben Städte**



54 **Immer mehr jagdfreie Grundstücke in Polen**







Editorial

Liebe Leser*innen,
ein weiteres Jahr geht zu Ende. Das US-Magazin Time wählt immer zum Jahresende die „Person des Jahres", also einen Menschen, der das vergangene Jahr in besonderem Maße geprägt habe. In diesem Jahr bildet das Cover der Time Greta Thunberg ab, stehend an der portugiesischen Küste, und nennt die eigene Titelgeschichte „The Power of Youth" – die Kraft der Jugend. Greta, bislang jüngste Person, die diesen Titel je erhielt, hat es geschafft, den unaufhaltsam fortschreitenden Klimawandel weltweit zu thematisieren und Millionen Menschen unter dem Hashtag #FridaysforFuture zu Protesten zu animieren. Greta hat tatsächlich viele bewegt– all dem Hass, Gewaltdrohungen, Diskriminierung und aller Hetze zum Trotz. Doch wozu können mahnende Worte von Wissenschaftler*innen und Aufforderungen junger Menschen, endlich (wirklich) zu handeln, führen? Seit vielen Jahren – Jahrzenten – schon kämpfen Aktivist*innen gegen Kapitalismus, Ausbeutung und Umweltzerstörung.

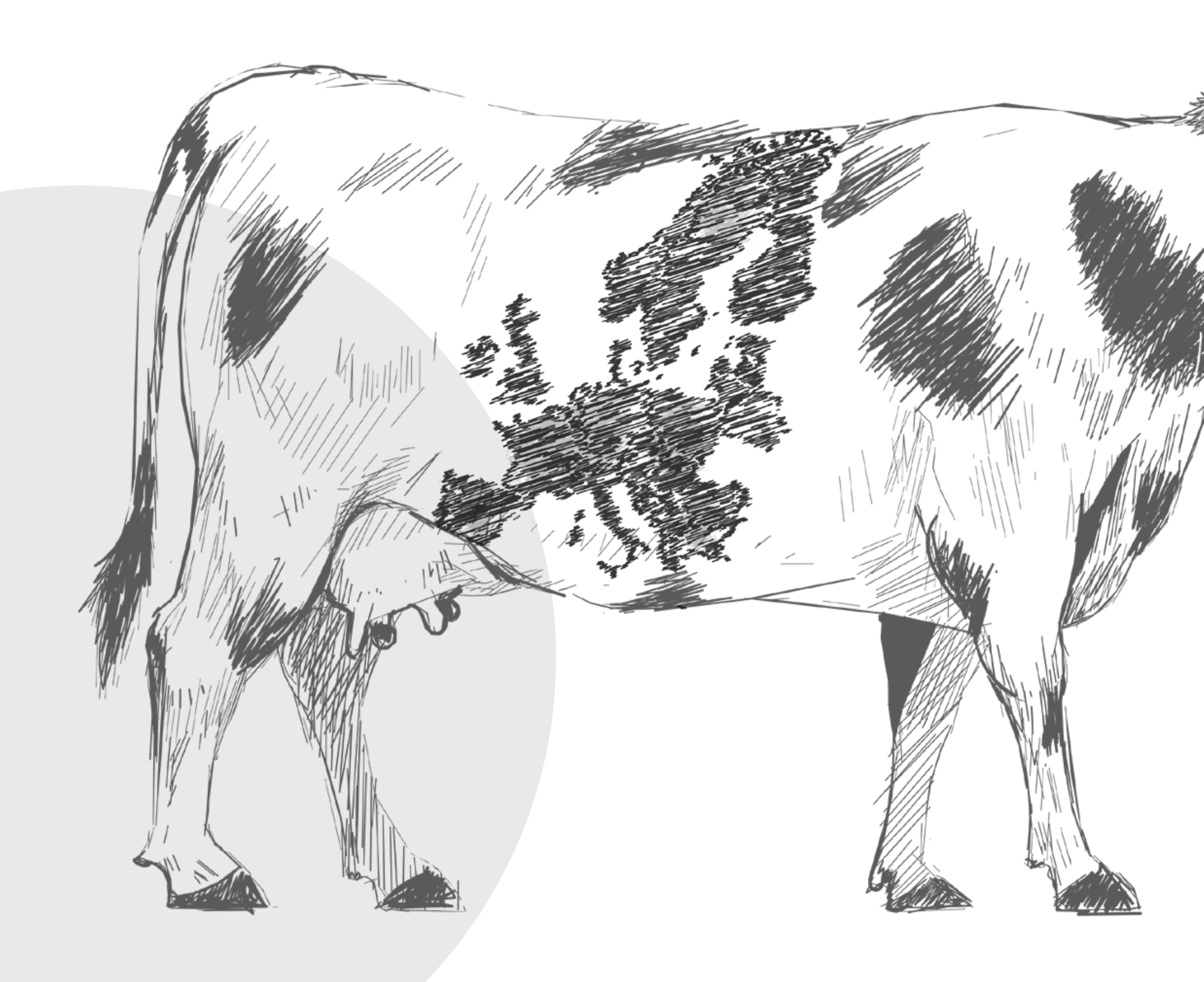
Zur „Person des Jahres" werden meist führende Politiker*innen und Wirtschaftsgrößen gekürt – was das über den Wert dieser Körung aussagt, sei dahingestellt. Person des Jahres 2016 wurde Donald Trump – weil er die USA tief gespalten habe. Im Jahr zuvor rang ihm und dem zweitplatzierten, dem IS-Anführer Abu-Bakr al-Baghdadi, Angela Merkel den Titel ab – für ihr Wirken in der „Flüchtlingskrise". Eine zutiefst zynische Würdigung in Anbetracht von Fluchtursachen und beispielsweise des Flüchtlingsabkommens zwischen der EU und der Türkei, an welchem die Bundeskanzlerin maßgeblich mitgewirkte.

In diesem Jahr nun hat die Bundesregierung um Angela Merkel ein Klimapaket beschlossen, das – ebenso wie das Agrarpaket – das Papier, auf dem es steht, nicht wert ist und eher einer Handlungsverweigerung gleicht. Dennoch protestierten zuletzt zehntausende Landwirt*innen gegen Klima- und Umweltschutzanforderungen und legten wiederholt mit Traktoren den Verkehr lahm. Wirtschaftliche Interessen konkurrieren mit Umweltschutzforderungen, beuten nichtmenschliche Tiere, Natur und Menschen aus und gefährden unser aller (Über-)Lebensgrundlage. Mehr zu dem Thema Agrarpolitik und ihren Subventionen sowie Auswirkungen könnt ihr in unserem aktuellen Titelthema lesen.

Erst nach Redaktionsschluss erreichte uns die Meldung, dass Matthias, der 328 Tage in der Schweiz im Knast saß, Ende Oktober unter strengen Auflagen entlassen wurde. Ihm und zwei weiteren Angeklagten, Mirabelle und Raoul, wird unter anderem vorgeworfen, gemeinsam mit weiteren Aktivist*innen Scheiben von Metzgereien eingeschlagen zu haben und in einen Schlachthof eingedrungen zu sein. Aus dem Knast wurde Matthias entlassen, doch frei ist er nicht. Unter Hausarrest stehend muss er elektronische Fesseln tragen und darf zudem engste Freund*innen nicht kontaktieren.
Unsere Solidarität gilt Matthias, Mirabelle, Raoul und allen politischen Gefangenen! Für Freiheit und eine herrschaftsfreie Gesellschaft!

Wenn ihr Anregungen, Kritik oder Lob habt – schreibt uns! Wir wünschen euch eine ruhige und entspannte Winterzeit und viel Kraft für das neue Jahr!

Ina Schmitt



Die Agrarpolitik der Europäischen Union und der Bundesregierung formte Europas Agrarsysteme mittels politischer Instrumente und hatte lange Jahre in erster Linie ein wirtschaftliches Interesse. Doch auch Umweltschutzstandards werden immer wichtiger, was nicht allen gefällt. Vor allem die industrielle und traditionelle Landwirtschaft wird immer stärker kritisiert, sodass sich Landwirt*innen gezwungen fühlten, im Oktober 2019 unter dem Motto „Keine Zukunft ohne Bauern" gegen die Agrarpolitik der Regierung zu protestieren.

Neben der offensichtlichen Tierausbeutung, für deren Ende wir kämpfen, werden das Leben und Überleben von Menschen und anderen Tieren in der Landwirtschaft auch weniger eindeutig bedroht. Gleichzeitig wird die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) im Moment reformiert. Aus diesem Grund möchten wir uns mit dem aktuellen Titelthema näher mit dem Thema Agrarpolitik, ihren Subventionen und Auswirkungen befassen und auch unseren Möglichkeiten, diese in unserem Sinne zu beeinflussen.

Den Anfang macht ein einführender Text von Loris Matzke zur GAP, deren Folge unter anderem die „Intensivierung der Tierproduktion und eine Steigerung der Tierbestände" war und die Vergrößerung von Betrieben sowie dem Sterben kleinerer Höfe. Im Anschluss gibt Moritz Andresen einen Überblick, wie Gesetze durch soziale Bewegungen geändert werden können. In seinem Artikel „soll erörtert wer-



FÜR DIE TONNE

Die EU-Agrarpolitik und ihre Folgen

den, welche Faktoren die Erfolgschancen von Kampagnen für Gesetzeswandel beeinflussen können.“ Daran anschließend gibt der Text von Tierbefreiung Hamburg Einblicke in eine Strategie-Diskussion der Gruppe zum Sinn und Unsinn von Anti-Subventions-Kampagnen. Der danach folgende Artikel über die Rettung der Honigbienen von Mirjam Rebhan befasst sich ebenfalls mit Subventionen, von denen Betriebe mit vielen Hektar Land am meisten profitieren, die selten bekannt sind für ihr Umweltbewusstsein. „Somit unterstützen auch Subventionen und die Art ihrer Verteilung das Insektensterben, da in der subventionierten, konventionellen Landwirtschaft Gifte eingesetzt und Lebensräume zerstört werden.“

INHALT

Der vierte Artikel des Titelthemas kommt von der transnationalen Kampagne „Free the Soil“ und zeigt auf, was Klimakrise und die Klimagerechtigkeitsbewegung mit der GAP zu tun haben, und gibt gleichzeitig einen ersten Eindruck wieder, wie das „Free the Soil“-Camp im September 2019 verlief. „Eine Woche lang haben viele, viele Menschen gemeinsam einen Raum geschaffen für selbstorganisierte Bildung, alternatives Campleben, Vernetzung mit anderen Aktiven und ungehorsame Aktionen gegen die Agrarindustrie. All dies wird getragen von ehrenamtlichem Engagement und der Zuversicht, dass es ein Anfang ist für mehr Bewegung in der Landwirtschaft und ein neues Bewusstsein für Böden. Denn Widerstand ist fruchtbar!“

Im darauffolgenden Interview mit dem bio-veganen Landwirt Daniel Hausmann soll exemplarisch geklärt werden, welche Perspektiven Landwirt*innen auf die GAP haben und welche Änderungen sie sich wünschen würden. Und auch der letzte Artikel von Ulrike Schwerdtner befasst sich mit der Frage, wie eine antispeziesistische Landwirtschaft aussehen sollte und welche Forderungen wir als Bewegung stellen könnten. „Eine antispeziesistische Landwirtschaft kann als neues Ideal beziehungsweise reale Utopie für ein emanzipatorisches Landwirtschaftsmodell von morgen dienen. Um dieses irgendwann zu erreichen, müsste die GAP vorübergehend umgestaltet werden, bevor sie letztendlich vielleicht endgültig abgeschafft werden kann.“

Mirjam Rebhan & Ulrike Schwerdtner



GEMEINSAME AGRARPOLITIK DER EU – GAP

» von Loris Matzke

Die Europäische Union (EU) verfügt mit der Gemeinsamen Agrarpolitik, kurz GAP, seit ihrer Gründung über einen Mechanismus zur Steuerung und Stützung der kapitalistischen landwirtschaftlichen Produktion.

Historische Ursprünge

Die GAP hat eine lange Geschichte in der EU. Bereits in den 1950er-Jahren wurden Grundzüge einer europäischen Agrarpolitik in einer der Vorgänger-Organisationen der EU, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), formuliert und in den kommenden Jahrzehnten sukzessive ausgebaut. Während in der Landwirtschaft in Deutschland im Verlauf des zweiten Weltkriegs millionenfach Zwangsarbeiter*innen eingesetzt wurden und eine massive Ausbeutung der besetzten Gebiete erfolgte, waren die ersten Jahre nach dem zweiten Weltkrieg geprägt von enormen Engpässen in der Lebensmittelversorgung und einer starken Abhängigkeit von den Besatzungsmächten. Vor diesem Hintergrund setzte die Agrarpolitik der jungen Bundesrepublik Deutschland in den 1950er-Jahren stark auf staatliche Eingriffe in die Landwirtschaft sowie den Lebensmittelmarkt. In diesem Kontext beschloss die Bundesrepublik Deutschland mit Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden die Etablierung einer gemeinsamen Agrarpolitik im Rahmen einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik – der Beginn der GAP.
Der Deutsche Bauernverband (DBV) spielte eine große Rolle bei der Ausgestaltung der GAP. Bereits im Rahmen der Etablierung der GAP 1957 setzte sich der DBV massiv gegen eine europäische Vereinheitlichung ein – und erreichte schließlich, dass die Bundesregierung zusätzliche Subventionen für die deutsche Landwirtschaft beschloss. Gleichzeitig hat sich der DBV früh zu einer Interessenvertretung der landwirtschaftlichen Großbetriebe entwickelt – und seine Lobbytätigkeiten über Deutschland hinaus auch stark auf die europäische Ebene erweitert.

Ziele

Folgende Ziele der GAP wurden 1957 in den Römischen Verträgen festgeschrieben:[1]

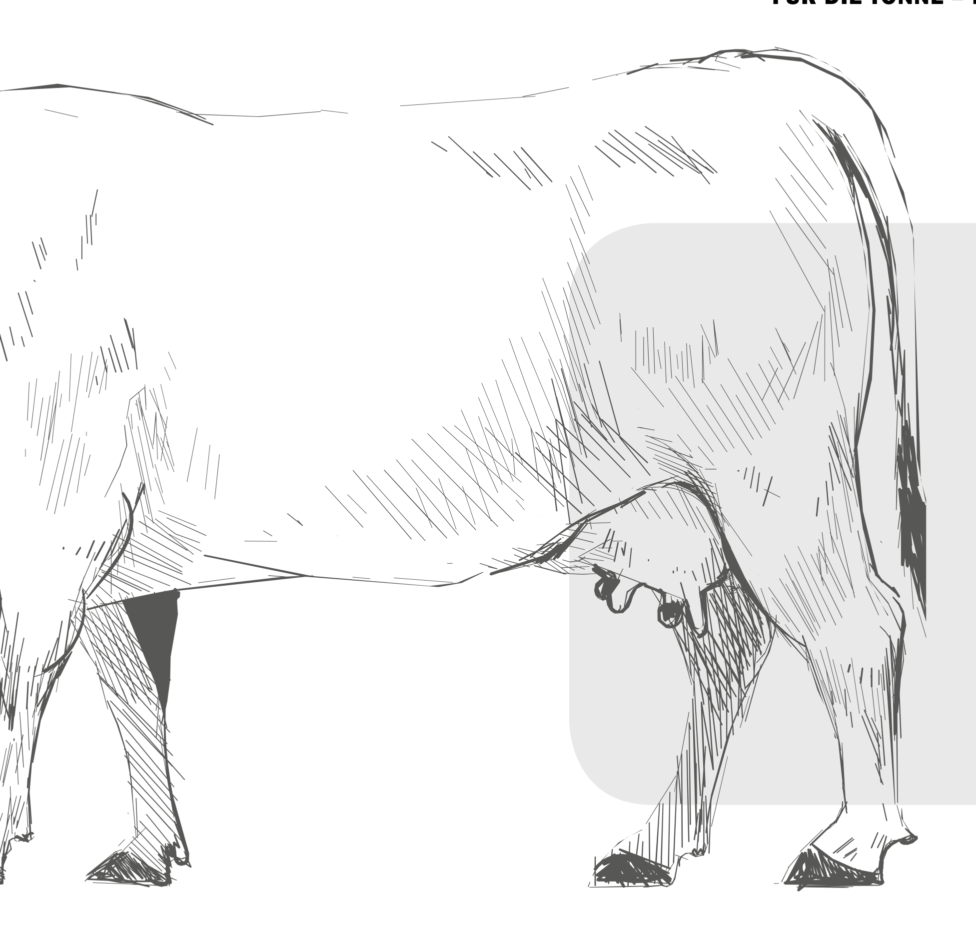
- Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts und Rationalisierung
- Gewährleistung einer angemessenen Lebenshaltung der in der Landwirtschaft Tätigen durch Steigerung der Produktivität
- Stabilisierung der Märkte
- Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung
- Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen

Inzwischen wird die GAP in der Regel alle sieben Jahre neu beschlossen – und auch mehr als 60 Jahre später finden sich diese Ziele in den heutigen EU-Verträgen.

Kapital-Konzentrierung und Überproduktion

Die GAP setzte ganz im Sinne landwirtschaftlicher Großbetriebe, die auf Wachstum ausgerichtet waren, auf Exportsubventionen und Mindesterzeugungspreise über dem Weltmarktpreis sowie unbeschränkte Abnahmegarantien. In den 1970er- und insbesondere 1980er-Jahren führte dies unausweichlich zu einer enormen Überproduktion insbesondere tierischer Produkte: Die berüchtigten Butterberge und Milchseen entstanden – mit entsprechenden Auswirkungen auf Tiere und die Umwelt.

Als Reaktion auf die Überproduktionsprobleme wurde die GAP in den 1990er-Jahren reformiert: zunächst 1992 mit der sogenannten MacSharry-Reform und darauf aufbauend 1999 mit der „Agenda 2000“. Die GAP wurde weg von einer einkommensorientierten Preispolitik und von Subventionen in Abhängigkeit der Produktionsmenge hin zu einer stär-



DER DEUTSCHE BAUERNVERBAND (DBV)

Hervorgegangen war der Deutsche Bauernverband (DBV) 1948 aus dem zuvor aufgelösten Reichsnährstand, der Bauernvereinigung während der NS-Diktatur. Von den Besatzungsmächten als demokratischer Neuanfang gedacht, hatte der DBV jedoch auch später eine große Nähe zu extrem rechten Parteien. So nutzte der DBV gemeinsame Auftritte des Vorsitzenden Rehwinkel mit der NPD als Druckmittel auf die Bundesregierung, um die Gesetzgebung zu beeinflussen.

keren Marktorientierung und einer Einführung von flächengebundenen Preisausgleichszahlungen entwickelt. Dadurch waren letztlich wieder die Großbetriebe die Gewinner: Die einkommensstärksten 10 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe in der EU erhalten 55 Prozent der gesamten Direktzahlungen (Stand 2017).[2]

Eine solche Förderung der Großbetriebe trägt zu einer krassen Kapital-Konzentrierung innerhalb Deutschlands bei – und darüber hinaus auch zu einer Konzentrierung zu Lasten der osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten. Investor*innen nutzen Agrarland in den früheren realsozialistischen Ländern als profitable Anlagemöglichkeit, was maßgeblich auch an den flächenbezogenen Prämienzahlungen der GAP liegt.

Mit mehreren Reformen versuchte die EU, den Kritiker*innen dieser Praxis Wind aus den Segeln zu nehmen. So wurden die Direktzahlungen und die Mittel für Marktinterventionen mit der Agenda 2000 ergänzt durch Mittel für Maßnahmen der ländlichen Entwicklung sowie des Umwelt-, Natur-, Tier- und Verbraucherschutzes – die sogenannte zweite Säule, die heute knapp ein Drittel der GAP-Ausgaben beträgt. Und mit einer 2013 beschlossenen Reform der GAP wurde eine Deckelung der Direktzahlungen sowie eine anteilsmäßige Kopplung der Direktzahlungen an sogenannte Greening-Maßnahmen (Umweltschutzmaßnahmen) bewirkt. Doch dies konnte die beschriebene Kapital-Konzentrierung in der Praxis nicht beenden.

Und auch über die EU hinaus produziert die GAP Ungerechtigkeit. Die Exportsubventionen beispielsweise, deren Ende erst 2013 beschlossen wurde[3], führten dazu, dass vielfach Landwirt*innen im globalen Süden durch EU-Importe unter dem Weltmarktpreis-Niveau nicht mehr konkurrenzfähig waren.

Die GAP und Tierproduktion

Im Zuge der generellen Kapital-Konzentrierung, die durch die GAP befeuert wurde, sind auch eine Intensivierung der Tierproduktion und eine Steigerung der Tierbestände erfolgt. Dies führte in der Überproduktions-Krise als Konsequenz der GAP zu den bereits genannten Butterbergen und Milchseen, aber auch zur Überproduktion von Fleisch. So wurde zeitweilig im Rahmen der GAP eine „Prämie für frühzeitiges Schlachten von bis zu 20 Tage alten Kälbern“ ausgeschüttet. Im Verlauf der Ausschüttung dieser Prämie (1996–2000) wurden etwa drei Millionen Kälber getötet und vernichtet oder zu Tiermehl oder Fischfutter verarbeitet. Die Prämie wurde in der Presse auch Herodes-Prämie genannt, nach dem römischen König, der laut Bibel neugeborene Kinder ermorden ließ, da er unter ihnen Jesus vermutete. In Deutschland durfte die Prämie wegen „ethischer“ Bedenken nicht angewandt werden, dafür wurden Kälber aus Deutschland in das EU-Ausland transportiert, um dort die Prämie zu kassieren.

Daneben gab es für alle möglichen anderen Aspekte der Tierproduktion weitere Prämien, unter anderem für die Geburt von Kälbern, für die Haltung von Mutterkühen und -schafen, für die Schlachtung von Rindern sowie für die Verwendung von Magermilch als Futtermittel. Im Zuge der Umstellung der Direktzahlungen hin zu einer Kopplung an die landwirtschaftliche Fläche wurden diese Prämien schließlich abgeschafft.

Auch der massive Anstieg des Exports von lebenden Tieren und Tier-



produkten aus Deutschland hängt eng mit der GAP zusammen aufgrund des damit einhergehenden Ausbaus eines EU-weiten Marktes.

Die GAP und Landwirt*innen

Die klare Zielvorgabe der GAP, die Produktivität zu steigern, hatte auch direkte Konsequenzen auf die Landwirt*innen in Deutschland: Der kapitalistische Wettbewerb nahm zu; wer mithalten wollte, musste die Betriebe vergrößern – nach dem Motto „Wachs‘ oder Stirb“. Ein entsprechendes Höfesterben war das Ergebnis: Während es 1971 noch über eine Million Betriebe in Deutschland gab, waren es im Jahr 2012 noch knapp 300.000 Betriebe.[4]

Und obwohl mit der GAP enorme Fördermengen an landwirtschaftliche Betriebe verteilt wurden und werden, sind die Einkommen vieler Landwirt*innen weiterhin unterdurchschnittlich – bei weiterhin deutlich überdurchschnittlichen Arbeitszeiten. Dabei haben Landwirt*innen zusätzlich zu den klassischen landwirtschaftlichen Tätigkeiten ein deutlich gesteigertes Maß an Bürokratie, denn für viele GAP-Leistungen müssen detaillierte Nachweise dokumentiert werden.

GAP heute und die anstehende Reform ab 2020

Im EU-Haushalt für das Jahr 2019 macht die GAP knapp 36 Prozent des gesamten Budgets aus – was zwar deutlich niedriger ist als der Anteil von knapp 70 Prozent des EU-Haushalts, den die GAP Anfang der 1980er-Jahre betrug, jedoch weiterhin ein enormer Anteil ist angesichts der vielfältigen anderen Aufgaben, die die EU übernimmt.[5]

Für die anstehende Reform der GAP über 2020 hinaus hat die Europäische Kommission bereits Vorschläge vorgelegt und auch das Europäische Parlament hat bereits Forderungen aufgestellt.[6] Angesichts der noch laufenden Abstimmungen und der sich daran anschließenden bürokratischen Schritte zur Umsetzung ist davon auszugehen, dass die Reform jedoch nicht wie geplant im Jahr 2021 in Kraft treten kann, sondern zunächst eine Übergangsverordnung eingesetzt wird.[7]

Auch wenn gewisse Kritikpunkte in der Reform berücksichtigt werden sollten, wird sie aus tierbefreierischer Perspektive keine grundlegenden Verbesserungen im gegenwärtigen Landwirtschaftssystem bewirken. Wie ein emanzipatorisches Landwirtschaftsmodell aussehen könnte, was mögliche Forderungen an eine Umgestaltung der GAP wären und ob dieses Thema ein sinnvolles Betätigungsfeld für die Tierbefreiungsbewegung ist, wird mit diesem Titelthema diskutiert.[8]

[1] Römische Verträge, Artikel 39, Seite 30 f., eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:11957E/TXT&from=DE

[2] www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/EZ_flashlight_europe_2017_06_ENG.pdf

[3] web.archive.org/web/20161023112737/www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2013/221-AI-Exporterstattungen.html

[4] www.agrar-presseportal.de/Nachrichten/Hoefesterben-setzt-sich-fort_article15584.pdf

[5] www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/106/die-finanzierung-der-gemeinsamen-agrarpolitik

[6] www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/113/die-kunftige-gemeinsame-agrarpolitik-nach-2020

[7] Kleine Anfrage, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/121/1912191.pdf

[8] Video-Empfehlung: „Geschichte im Ersten: Akte D (1) – Die Macht der Bauernlobby“; einsehbar unter: www.ardmediathek.de/daserste/player/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL3JlcG9ydGFnZSB-fIGRva3VtZW50YXRpb24gaW0gZXJzdGVuLzZlMj-JkY2E2LWI2MjItNGMwYS1hMmNkLWE2MDY4Yj-Q4YzYwZA/



WIE GESETZE DURCH SOZIALE BEWEGUNGEN GEÄNDERT WERDEN KÖNNEN

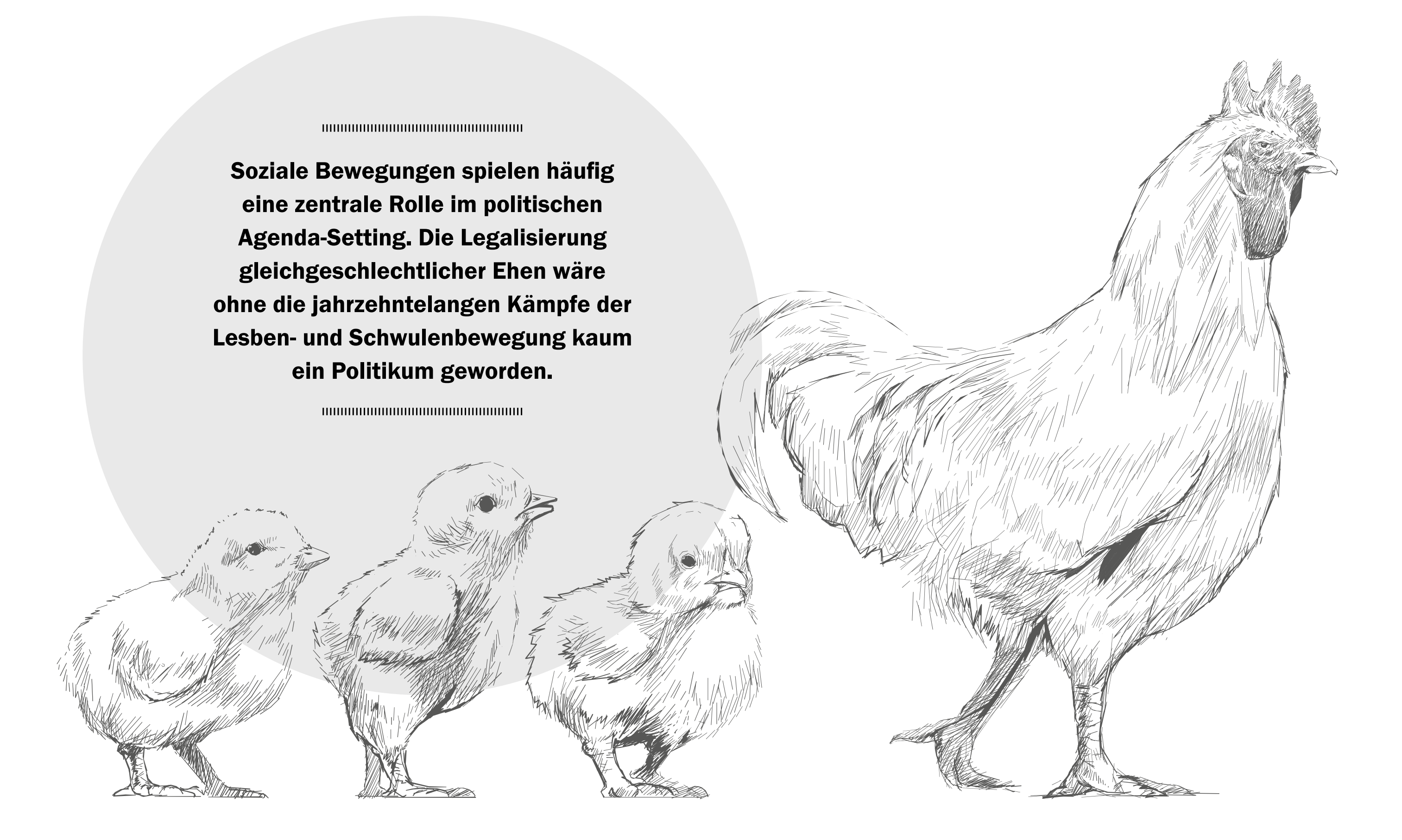
» von Moritz Andresen

Soziale Bewegungen haben eine Vielzahl an Strategien entwickelt, um ihre Ziele zu erreichen. Eine davon ist der Versuch, Gesetze zu ändern, um gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben oder, um bestehendes Unrecht zu beenden. Auch die unterschiedlichen Bewegungen, die sich für einen Wandel im Mensch-Tier-Verhältnis einsetzen, haben sich mit unterschiedlichem Erfolg für Gesetzeswandel eingesetzt. Forderungen umfassten beispielsweise ein Verbot von Pelzfarmen oder der Wildtierhaltung im Zirkus, eine Fleischsteuer, die Anerkennung von Tieren als rechtliche Personen oder die Aufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz. Im Folgenden soll erörtert werden, welche Faktoren die Erfolgschancen von Kampagnen für Gesetzeswandel beeinflussen können. Dafür wird zunächst dargelegt, wie Gesetze erlassen beziehungsweise verändert werden. Anschließend werden fünf Faktoren benannt, die Einfluss auf die Erfolgschancen von sozialen Bewegungen auf den Wandel von Gesetzen haben. Danach wird dargelegt, wie diese Faktoren zusammenwirken können. Die Darstellungen basieren auf sozialwissenschaftlichen Theorien, sollen hier aber in möglichst verständlicher Sprache für Laien vermittelt werden. Der Text ist als Einstieg in die Beschäftigung mit diesem Thema gedacht und soll dabei helfen, dass die Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung (noch) bessere strategische Entscheidungen über ihr politisches Handeln treffen kann.

Der „Policy-Cycle“

Der Weg zum Erlass oder zur Veränderung eines Gesetzes kann in fünf Phasen unterteilt werden: ‚Agenda-Setting’, Formulierung des Gesetzes, Entscheidungsfindung, Umsetzung und Evaluation. Wichtig ist hier, dass in den unterschiedlichen Phasen jeweils unterschiedliche Dinge passieren. *Agenda-Setting* bedeutet, dass ein Thema überhaupt politische Beachtung findet und ernsthafte Bemühungen einer gesetzlichen (Neu-) Regelung durch die Politik angestrengt werden. Soziale Bewegungen spielen häufig eine zentrale Rolle im politischen Agenda-Setting. Die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen wäre ohne die jahrzehntelangen Kämpfe der Lesben- und Schwulenbewegung kaum ein Politikum geworden. In der Phase der *Formulierung eines Gesetzes* werden durch unterschiedliche Akteure der Politik Vorschläge eines genauen Wortlauts eines Gesetzes eingebracht. So können beispielsweise die Bundesregierung oder einzelne Fraktionen des Bundestags Gesetze einbringen oder auch die Bundesländer im Bundesrat. Der genaue Wortlaut ist oft das Ergebnis intensiver Beratungen und spiegelt die jeweiligen politischen Zielvorstellungen der Einbringenden wider. Das Gesetz zur Regelung der sogenannten ‚Frauenquote’ wurde beispielsweise sechsmal von unterschiedlichen Akteuren mit jeweils unterschiedlichen Vorschlägen zur Umsetzung eingebracht, bis es schließlich verabschiedet wurde. Die *Entscheidungsfindung* ist der parlamentarische Prozess, in dem ein Gesetzentwurf angenommen oder abgelehnt wird. Meist wird ein Gesetz, nachdem es in ein Parlament eingebracht wurde, in den Fachausschüssen des jeweiligen Parlaments beraten und danach wieder im Parlament besprochen. Je nach Gegenstand des Gesetzes muss in Deutschland neben dem Bundestag auch der Bundesrat zustimmen. An dieser Stelle soll jedoch nicht das Gesetzgebungsverfahren in Deutsch-

Soziale Bewegungen spielen häufig eine zentrale Rolle im politischen Agenda-Setting. Die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen wäre ohne die jahrzehntelangen Kämpfe der Lesben- und Schwulenbewegung kaum ein Politikum geworden.



land vorgestellt werden.[1] Es reicht, zu verstehen, dass hiermit der – oft langwierige – Prozess der parlamentarischen Diskussion gemeint ist. Ist ein Gesetzentwurf angenommen worden, wird er *umgesetzt*, indem das neu beschlossene oder reformierte Gesetz in das jeweilige Rechtsgebiet aufgenommen beziehungsweise das alte Gesetz korrigiert wird. Die Aufnahme des Staatsziels Tierschutz in das Grundgesetz 2002 war juristisch betrachtet die bisher weitreichendste Gesetzesänderung, da für eine Verfassungsänderung große Hürden überwunden werden müssen. Die Phase der *Evaluation* umfasst die Gesamtheit der möglichen nachträglichen politischen Einschätzung der Wirksamkeit des Gesetzes, aber auch die Kritik durch die Oppositionsparteien. Hier wird geschaut, inwiefern das erhoffte Ziel des Gesetzes erfüllt wird. Hier spielen soziale Bewegungen erneut eine zentrale Rolle. Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen kritisieren beispielsweise regelmäßig das massive ‚Vollzugsdefizit' des Tierschutzrechts, weil Verstöße kaum kontrolliert und geahndet werden.

Fünf Faktoren, die den Einfluss sozialer Bewegungen auf Gesetze mitbestimmen

Dieser theoretische Exkurs war nötig, um ein Verständnis davon zu erzeugen, in welchen Phasen soziale Bewegungen in den Gesetzgebungsprozess theoretisch einwirken können. In einem zweiten Schritt sollen nun fünf Faktoren benannt werden, die sich auf die Erfolgschancen sozialer Bewegungen, Gesetze zu ändern, auswirken können. Diese fünf Faktoren umfassen die kulturelle Anschlussfähigkeit der politischen Forderungen, die erfolgreiche Mobilisierung sowie die Existenz konkurrierender Akteure, politischer Opportunitätsstrukturen sowie Verbündeter innerhalb der Politik. *Kulturelle Anschlussfähigkeit* bezieht sich auf die Wahrscheinlichkeit, dass ein großer Teil der Bevölkerung der jeweiligen Forderung zustimmen würde. Politische Forderungen in Bezug auf Tiere unterscheiden sich hier deutlich. Das Verbot von Pelzfarmen ist kulturell anschlussfähiger als das Verbot von Schlachthäusern. Tierschutzverbesserungen haben deutlich mehr Erfolg auf Unterstützung als Forderungen nach Abschaffung jeglicher Nutzung von Tieren. *Erfolgreiche Mobilisierung* bedeutet, dass eine soziale Bewegung in der Lage ist, ihre Mitglieder zu praktischem Handeln zu ermutigen. Dies kann sich beispielsweise in der Teilnahme an Demonstrationen, Petitionen oder im Schreiben von Protestbriefen ausdrücken. Häufig haben bekannte und mit finanziellen Ressourcen gut ausgestattete Organisationen mehr Mobilisierungserfolg als kleine Basisgruppen. *Konkurrierende Akteure* sind einflussreiche Personen oder Gruppen, die öffentlich eine politische Position vertreten, die sich nicht mit den Forderungen der sozialen Bewegung vereinbaren lässt. Sie stehen somit in Konkurrenz und versuchen ebenfalls, ihre politischen Forderungen gegenüber der Politik durchzusetzen. Interessensverbände der Agrarindustrie oder der Pharmabranche waren häufig in die Konflikte über Tierschutzgesetze involviert und haben zum Teil maßgeblichen Einfluss auf die entsprechenden Gesetzgebungen genommen. Als *politische Opportunitätsstrukturen* werden zeitlich begrenzte Situationen gemeint, die die Chancen einer Bewegung, auf ein Gesetz Einfluss zu nehmen, deutlich erhöhen. So hat beispielsweise der

Reaktorunfall in Fukushima kurzzeitig die Chancen für einen Ausstieg aus der Atomenergie massiv verbessert. Auch Undercover-Recherchen können eine kurze Phase der verbesserten Einflussbedingungen bedeuten. *Verbündete in der Politik* sind Politiker*innen, die sich den Zielen der sozialen Bewegung verbunden fühlen und ihren Einfluss in deren Sinne einsetzen, um auf den Gesetzeswandel hinzuwirken. Vor allem die Linkspartei und die Grünen gelten als ‚bewegungsnahe' Parteien, deren Vertreter*innen sich offen zu Zielen sozialer Bewegungen bekennen, etwa der Umweltbewegung oder der Friedensbewegung.

Und konkret heißt das was?

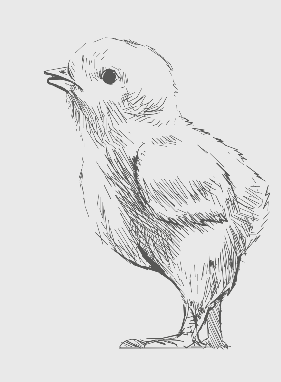
So viel, so abstrakt, aber es wird noch etwas komplizierter. Die letztgenannten Einflussfaktoren stehen im Zusammenhang. So kann beispielsweise eine Forderung große Unterstützung in der Bevölkerung erhalten, aber trotzdem nicht zu einem Gesetzeswandel führen, weil konkurrierende Akteure einflussreicher sind. Denken wir beispielsweise an das Verhältnis zwischen Klimabewegung und der Autoindustrie im Kontext der Verkehrswende. Zwar mobilisiert die Klimabewegung Millionen Menschen für Proteste, aber die Autoindustrie schafft es bisher, die Verkehrswende massiv zu entschleunigen. Ein anderes Beispiel betrifft den Zusammenhang zwischen konkurrierenden Akteuren und der Unterstützung durch politische Akteure. Zwar kann es sein, dass Tierschutzverbände direkte und tatkräftige Unterstützung durch einzelne Politiker*innen, sogar aus Regierungsparteien bekommen, aber dies gilt natürlich auch für diejenigen kollektiven Akteure, die sich gegen die Verbesserung der Tierschutzgesetze einsetzen. Ein drittes Beispiel betrifft die naheliegende Wechselwirkung zwischen kultureller Anschlussfähigkeit und Mobilisierungspotential. Forderungen, die auf weitreichende Unterstützung in der Bevölkerung stoßen, bieten für soziale Bewegungen weit bessere Bedingungen für die Mobilisierung von Anhänger*innen als Forderungen, die nur von einem sehr kleinen Teil der Bevölkerung unterstützt werden.

Zwar kann es sein, dass Tierschutzverbände direkte und tatkräftige Unterstützung durch einzelne Politiker*innen, sogar aus Regierungsparteien bekommen, aber dies gilt natürlich auch für diejenigen kollektiven Akteure, die sich gegen die Verbesserung der Tierschutzgesetze einsetzen.

Darüber hinaus muss jeweils betrachtet werden, an welcher Phase des *policy cycles* die soziale Bewegung Einfluss nehmen kann. Die Faktoren ‚kulturelle Anschlussfähigkeit' und ‚Mobilisierungserfolg' sind etwa besonders wichtig in der Phase des Agenda-Settings. Proteste und Forderungen, die den kulturellen Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft entsprechen, haben gute Chancen, dass ein unterrepräsentiertes Thema auf die politische Agenda gesetzt wird. Der Kontakt zu Verbündeten in der Politik ist dagegen beispielsweise bei der Formulierung von Gesetzen und bei deren Entscheidung sehr wichtig. Lobbyarbeit bezieht sich wesentlich auf diese Phase des Gesetzgebungsprozesses und wird sowohl von Tierrechtsverbänden als auch von Lobbygruppen der tiernutzenden Industrien betrieben. Darüber hinaus können soziale Bewegungen unter guten Voraussetzungen in der Phase der Evaluation maßgeblich die Kritik an Gesetzen mitgestalten. Wenn die praktische Umsetzung eines Gesetzes beispielsweise scheitert oder unerwartete Konsequenzen eintreten, die nicht vorhergesehen wurden, kann die Evaluation negativ ausfallen. So sollte die Einführung von Biokraftstoffen das Klima schützen, führte aber zur massenhaften Abholzung von Urwäldern. Durch die Kritik an der Umsetzung durch soziale Bewegungen kann eine neue Phase des Agenda-Settings ausgelöst werden. Hierfür ist es dann wiederum hilfreich, dass Forderungen kulturell anschlussfähig sind, die Bewegung ein hohes Mobilisierungspotential hat und konkurrierende Akteure wenig Einfluss haben et cetera. Das Rad dreht sich also immer weiter und der Erfolg einer Bewegung hängt vom richtigen Zeitpunkt und den richtigen Rahmenbedingungen ab.

Zweck dieses Textes war es, den Lesenden einen theoretischen ‚Werkzeugkasten' in die Hand zu geben. Mit diesem können zum einen politische Diskussionen über neue Gesetze sowie der Gesetzgebungsprozess selbst besser verstanden werden. Zum anderen kann er helfen, strategisch durchdachte Entscheidungen zu treffen, ob eine Kampagne für oder gegen ein bestimmtes Gesetz sinnvoll erscheint. Auch kann er helfen, die Ressourcen und die Organisierung der Tierrechtsbewegung im Hinblick auf diese Frage zu reflektieren. Voraussetzung hierfür ist natürlich, dass die Veränderung des Tierschutzrechts überhaupt durch die Tierrechts-/Tierbefreiungsbewegung angestrebt werden soll (siehe hierzu „(Tier-)Subventionen abschaffen – Eine gangbare Forderung der Tierbefreiungsbewegung?" ab Seite 12).

[1] Informationen über das Gesetzgebungsverfahren in Deutschland bietet unter anderem die Bundeszentrale für politische Bildung. Wer sich also dafür interessiert, wie sich Bundestagsausschüsse zusammensetzen, was eine zweite oder dritte Lesung eines Gesetzentwurfs ist oder wann der Vermittlungsausschuss einberufen wird, kann dies dort nachlesen.



(TIER-)SUBVENTIONEN ABSCHAFFEN –

Eine gangbare Forderung der Tierbefreiungsbewegung?

» von Tierbefreiung Hamburg

Die Tierbefreiungsbewegung tut sich traditionell schwer damit, Gesetzesänderungen zu fordern oder andere konkrete Forderungen an „die Politik" zu richten. Kritik an parlamentarischer Repräsentations-Politik und den „Spielregeln" dieser ist ein wichtiger Grund hierfür. Im Rahmen einer Strategie-Diskussion innerhalb unserer Gruppe haben wir uns ausführlich und kritisch mit zukünftigen möglichen Aktionsfeldern und -formen im Bereich von Landwirtschaft und Tierproduktion auseinandergesetzt und uns dabei auch zum Thema Subventionen Gedanken gemacht, wobei Subventionen als staatliche, wirtschaftspolitische Mittel und somit realpolitischer Bezugspunkt, der über Gesetze und Verordnungen gesteuert wird, zu betrachten sind. Die folgenden Ausführungen sind lediglich als Schlaglichter unserer Überlegungen und Diskussionen zu sehen, trotzdem möchten wir sie im Rahmen des aktuellen Schwerpunktthemas der *TIERBEFREIUNG* gerne mit anderen Aktiven der Bewegung teilen.

Der Stellenwert von Forderungen nach Gesetzesänderungen

Bei der Frage nach unserer politischen Strategie ist die Zielgruppe natürlich immer ein wichtiger Aspekt: Wen sprechen wir mit unseren Aktionen und politischen Kämpfen an? An wen richten wir unsere Forderungen? Von *wem* wollen wir *was*?

Die (grassroots-)Tierbefreiungsbewegung, als deren Teil wir uns verstehen, sträubt sich von jeher zu Recht dagegen, Bittstellerin gegenüber politischen Institutionen zu sein und will schon immer eigene Politik „von unten" machen. Dies haben wir als Gruppe in der Vergangenheit stets so gelebt und über Kampagnenarbeit und Öffentlichkeitsarbeit möglichst kompromisslos Themen gesetzt und abolitionistische[1] Forderungen gestellt. Durch diese Praxis bezogen und beziehen wir uns zwar nicht beziehungsweise kaum auf aktuelle Debatten um Gesetze, greifen jedoch mal mehr und mal weniger erfolgreich ins sogenannte Agenda-Setting[2] im Gesetzgebungs-/Gesetzesveränderungsprozess ein.

Mit der aktuell massiv verstärkten medialen und gesellschaftlichen Aufmerksamkeit auf die (ökologischen) Auswirkungen von Lebensmittelproduktion (die Klima-„Krise" als „politische Opportunitätsstruktur" laut Andresen) hat sich der Stellenwert des Themas Tierproduktion im öffentlichen Diskurs verändert. Ein Grund für uns, Lebensmittelproduktion und somit die Fleisch-, Tier- und Agrarindustrie verstärkt in den Blick zu nehmen und Handlungsoptionen in unserer politischen Praxis zu durchleuchten. Damit stellt sich für uns also auch die Frage, ob die Forderung nach einer anderen Lebensmittelproduktion auch die konkrete Forderung nach der Abschaffung oder Veränderung von Subventionen, also staatlicher Regulierungsmaßnahmen, beinhalten muss beziehungsweise welchen Stellenwert diese hat. Wie wollen wir die aktuelle Agrarpolitik aufgreifen, die in unserem Wirkungskreis maßgeblich von EU-Richtlinien und Verordnungen bestimmt wird und zu einem großen Teil auf europäischer Ebene verhandelt wird?

Pro (Tier-)Subventionen abschaffen: Wirksames Mittel gegen die Tierindustrie

Ein Vorteil der Bezugnahme auf und Problematisierung von bestehenden Subventionen ist, dass hiermit konkrete politi-

sche Forderungen gestellt werden können. Unser politischer Kampf würde damit weniger ein „idealistisches Bekehren“ darstellen, das ja in der häufigen Fokussierung von Tierrechts- und Tierbefreiungsgruppen auf „vegan outreach“ auch von uns schon lange kritisiert wird. Konkrete politische Forderungen stellen klare, messbare Ziele dar, deren Auswirkungen sichtbarer sind als beispielsweise die Veränderung gesellschaftlichen Bewusstseins, die auch in unserer politischen Praxis (noch) immer einen hohen Stellenwert hat. Dabei kann unserer Meinung nach die Forderung nach einer Abschaffung von (Tier-)Subventionen, das heißt konkrete Sparten oder Bereiche der Tierausbeutungsindustrie nicht mehr zu fördern oder zu begünstigen, erstmal abolitionistisch und als eine Verneinung der bestehenden politischen Praxis zu verstehen sein, ohne zwangsläufig einen positiven Bezug auf dieses wirtschaftspolitische Mittel im Kapitalismus zu eröffnen (also zum Beispiel Subventionen für XY zu fordern) oder einen positiven Bezug auf die Art und Weise der dahinter stehenden Logik (parlamentarische Demokratie) zu bedeuten.

Ein weiterer positiver Aspekt bei der Bezugnahme auf Subventionen oder Gesetzesänderungen ist, dass Änderungen von Vorgaben et cetera tatsächlich oft eine Einschränkung der Tierhaltungs- und Fleischindustrie bewirken. Dies knüpft an unser Interesse an, Tierbefreiungsarbeit zukünftig so aufzustellen, dass wir mehr gesellschaftliche Wirkungsmacht bekommen, statt uns an kleineren Themen abzuarbeiten. Vor diesem Hintergrund haben wir Gesetzesänderungen in der Vergangenheit zwar selten/nicht gefordert, aber doch dann begrüßt, wenn sie zum Ende einer Ausbeutungsform führten.[3] Die Abschaffung von Subventionen der Fleisch- beziehungsweise Tierproduktion würde Tierausbeutung oder Tierproduktion zwar nicht abschaffen, aber es kann so zumindest starker ökonomischer Druck auf die Tierausbeutungsindustrie ausgeübt werden und der Industrie somit möglicherweise effektiv geschadet werden.

Die Abschaffung von Subventionen der Fleisch- beziehungsweise Tierproduktion würde Tierausbeutung oder Tierproduktion zwar nicht abschaffen, aber es kann so zumindest starker ökonomischer Druck auf die Tierausbeutungsindustrie ausgeübt werden und der Industrie somit möglicherweise effektiv geschadet werden.

Auch unsere interne Diskussion um die Notwendigkeit größerer Bündnisse mit Kooperationspartner*innen, zum Beispiel aus anderen sozialen Bewegungen, würde subventionsbezogene politische Forderungen eher nahelegen als ausschließen, denn die Forderung nach einer veränderten Agrarpolitik, beispielsweise nach Abschaffung von (Tier-)Subventionen ist möglicherweise anschlussfähiger für andere Tierschutz-/Tierrechtsorganisationen oder Bündnispartner*innen aus der Klima- und Umweltbewegung als es die klassischen Forderungen der Tierbefreiungsbewegung sind („kulturelle Anschlussfähigkeit“ nach Andresen). Wenn diese möglichen Bündnispartner*innen entsprechende Forderungen ebenfalls vertreten und ihre „Verbündeten in der Politik“ (Andresen) ebenfalls hierfür gewinnen können, können diese durch ihren Einfluss auf Veränderungen und Diskussionen hin- und einwirken. Ein wichtiger Aspekt in der Analyse von Subventionen ist nämlich, dass diese nicht unwesentlich durch Lobby-Arbeit verschiedener Interessensvertreter*innen aufrechterhalten werden, und dies sogar auch, wenn sie gegebenfalls schädlich oder nicht zielführend im Sinne des vorgeblich angestrebten gesellschaftspolitischen Veränderungsprozesses sind.

Contra (Tier-)Subventionen abschaffen – Starker Lobbyismus als starker Gegner

Dies wiederum ist einer der Gründe, weshalb wir den Kampf gegen die aktuelle Subventionspolitik beispielsweise der Bundesregierung oder der Europäischen Union als nicht allzu vielversprechend ansehen beziehungsweise uns hier harte Gegner*innen („konkurrierende Akteure“, siehe Artikel von Andresen) entgegenstehen: Interessensverbände, Wirtschaftszusammenschlüsse und weitere (selbsternannte) Vertreter*innen der Fleisch- und Tierindustrie machen ihren Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger*innen geltend, wo sie nur können. Dabei haben sie sowohl mehr finanzielle Mittel als auch bessere persönliche Kontakte in Politik und Wirtschaft als die Tierbefreiungsbewegung und können unseren Forderungen dadurch wirksam entgegentreten. Und auch nicht alle NGOs, die vermeintlich als einfache Verbündete angesehen werden, weil sie sich das Wohl von Tieren oder der Umwelt auf die Fahnen geschrieben haben, sind in diesem Bereich sinnvolle Bündnispartner*innen, denn auch sie verfolgen eigene Interessen und sind teilweise mit der Fleischindustrie verwoben oder kooperieren mit Unternehmen der Tierindustrie und profitieren finanziell hiervon.

Insofern haben wir aufgrund unserer beschränkten Möglichkeiten der Einflussnahme, durch eine fehlende Reichweite und einen eher niedrigen Professionalisierungsgrad in der Tierbefreiungsbewegung starke Bedenken, wirklich effektiv im Bereich dieser wirtschaftspolitischen Forderungen viel ausrichten zu können. Zudem schwingt auch hier immer die Gefahr mit, in einen Tierschutzdiskurs „abzurutschen“, indem die Skandalisierung der schlimms-

ten Übel in den Mittelpunkt gestellt wird, damit unsere Argumentation von einer breiten Masse mitgetragen wird.

Weitere Gegenargumente, die wir diskutiert haben, sind die doch recht geringe öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Subventionspolitik und die eher komplexen Hintergründe der Verteilung/Steuerung dieser. Dies gilt insbesondere im Gegensatz zu den sonst klassischen Themen und Forderungen der Tierbefreiungsbewegung, in denen viel mit Bildern und Anknüpfungen an die Alltagsrealität gearbeitet werden kann und es nicht um „trockene" Wirtschaftspolitik geht, die einen persönlichen Bezug erschwert, insbesondere, wenn das Gefühl, dass „die da oben in Brüssel das eh allein entscheiden", mit hineinspielt.

Auch ist die Veränderung der Subventionspolitik kein schneller Prozess, was sowohl im Artikel von Andresen als auch im Titelthema insgesamt deutlich wird (siehe auch Einführungsartikel von Loris Matzke). Da die Agrarsubventionen in Deutschland zu einem großen Teil von der europäischen Politik mitbestimmt werden, sind zudem mehrere politische Ebenen zu adressieren, und es steht für so einen Prozess ein möglicherweise sehr langwieriger Weg bevor.

(Wie) Kann eine Forderung nach Abschaffung von (Tierindustrie-)Subventionen für die Tierbefreiungsbewegung gangbar sein?

Die Forderungen nach Änderungen in den Gesetzen und Richtlinien zur Fleisch- und Tierindustrie oder gar das Thema Subventionen sind durch die oben genannten Überlegungen zum aktuellen Zeitpunkt nicht unser Hauptaugenmerk geworden, jedoch als möglicher Bestandteil eines Forderungskatalogs in unseren politischen Handlungsrahmen gerückt. Denn den Schaden, der der Industrie durch eine wesentliche Veränderung von Subventionierung zugefügt werden könnte, erachten wir als relativ hoch. Die Forderung nach einer Abschaffung, Veränderung oder Umverteilung von Subventionen kann für uns also unter bestimmten Umständen Teil allgemeinerer Forderungen nach der Veränderung von Nahrungsmittelproduktion sein. Dabei kann und sollte unserer Meinung nach in diesem Rahmen auch das Thema Lobbyismus und Verstrickungen zwischen Politik und Wirtschaft thematisiert werden.

Eine Frage, die sich uns stellt und wir nicht abschließend diskutiert haben, ist, ob es Teil der Forderung sein kann oder sollte, Subventionen dann woanders hin zu richten, also zum Beispiel die Förderung bio-veganer Landwirtschaft zu fordern und sich in diesem Sinne positiv auf Subventionen als wirtschaftspolitisches Mittel zu beziehen.

Klar ist jedoch, dass es zur Verwirklichung unserer Vorstellung einer befreiten Gesellschaft langfristig eine bedürfnisorientierte statt profit- oder marktorientierte Produktionsweise, also auch Landwirtschaft, geben muss. Wie genau diese erreicht werden kann und welche Forderungen hierfür am Ende zielführend sind, gilt es gemeinsam herauszufinden und zu erproben. Wir sind dabei!



Klar ist jedoch, dass es zur Verwirklichung unserer Vorstellung einer befreiten Gesellschaft langfristig eine bedürfnisorientierte statt profit- oder marktorientierte Produktionsweise, also auch Landwirtschaft, geben muss.

[1] auf Abschaffung von Tierausbeutung zielend

[2] Siehe hierzu die Ausführungen im Artikel von Moritz Andresen, auf den sich im Folgenden mehrfach bezogen wird.

[3] So führte in Deutschland und auch in anderen Ländern die gesetzliche Änderung zu den Bedingungen der Pelztierhaltung zu einer de facto Abschaffung der Haltung bestimmter Tiere für die Pelzproduktion.



„RETTET DIE HONIGBIENEN!“

Subventionen gegen und für das Insektensterben

» von Mirjam Rebhan

Laut der Seite bienenretter.de säen Bienenretter_innen bienenfreundliche Pflanzen, kaufen Honig aus der Region, verzichten auf Pestizide, spülen Honiggläser immer aus, um Krankheiten zu vermeiden und bieten Bienen Nistmöglichkeiten an. Bienenrettung wird meistens mit Honig in Verbindung gebracht.[1] Auch die Politik möchte die Bienenzucht und -haltung und deren Vermarktungsbedingungen fördern. Denn „die Honigbiene bestäubt viele Wild- und Kulturpflanzen. Sie ist deshalb ein unverzichtbares Bindeglied im Ökosystem der Kulturlandschaft und eine unserer wichtigsten Nutztierspezies. Damit eine flächendeckende Bienenhaltung sichergestellt ist, fließen auch hier Fördermittel.“[2] Auch für das Landwirtschaftssystem entstehen durch das Bienensterben Probleme, denn laut Wikipedia ist die Biene „nach Rind und Schwein das drittwichtigste Nutztier in der Landwirtschaft“.[3] Hier scheint es in erster Linie wichtig zu sein, dass das Tier (beziehungsweise das Kollektiv) für die menschlichen Interessen verwertbar ist. Im Fall der Bienen konzentriert sich der Mensch auf die ausbeutbaren fünf Prozent und zerstört weiterhin den Lebensraum der restlichen 95 Prozent. Honigbienen werden millionenfach nachgezüchtet, sind also keineswegs vom Aussterben bedroht und gefährden damit das Überleben anderer Bestäuber_innen, wie der Wildbienen und Hummeln, welche durch die Bienenzucht verdrängt und zudem durch eingeschleppte Krankheiten zusätzlich gefährdet und dezimiert werden.

Honigbienen und die Honigindustrie

Laut Wikipedia gibt es etwa 30.000 unterschiedliche Wildbienenarten auf der Erde. Die solitär lebenden machen 95 Prozent der Bienenarten aus und leben nur wenige Wochen. Doch interessiert wird sich scheinbar in erster Linie für die ausbeutbare westliche Honigbiene. Sie lebt kollektiv und ist die bekannteste Bienenart, weitere Bienenarten werden unter dem Begriff Wildbienen zusammengefasst. Laut *PeTA* stammen 80 Prozent des in deutschen Supermärkten verkauften Honigs aus dem Ausland. Diese Bienen werden massengezüchtet und ausgebeutet. „Gerade im Ausland

gibt es riesige „Honigfarmen", auf denen Hunderte oder gar Tausende solcher Magazine nebeneinanderstehen, was nach unserer Ansicht mit der Massenzucht in anderen Tierhaltungsbereichen gleichzusetzen ist."[4] Honigbienen sind Nutztiere, denen ein für ihr Leben sinnvolles und notwendiges Produkt gestohlen wird. Der Honig ist eine vollwertige Nahrung für sie selbst und den Nachwuchs und Vorrat für den Winter. Bei der Honigentnahme durch den Menschen geht es nicht zimperlich zu. Aus Sicht der Bienen sind Imker_innen Angreifer_innen, gegen die sie ihren Stock zu verteidigen versuchen. Die stechenden Bienen sterben, da ihr gesamter Stechapparat in der Haut hängen bleibt. Weitere Bienen sterben, da ihnen wesentliche Inhaltsstoffe des Honigs fehlen, welcher durch eine Zuckerlösung ersetzt wird. Honig enthält jedoch neben dem Hauptbestandteil Zucker weitere Bestandteile, wie essentielle Amino- und Fettsäuren. Auch Bienenvölker, die als zu schwach angesehen werden und somit keinen Gewinn versprechen, sind für Imker_innen nicht mehr profitabel und werden durch Abschwefelung getötet. Im Imkergewerbe wird „die Vernichtung hoffnungslos heruntergekommener Völker"[5] empfohlen.

„In der Honigindustrie werden Bienen Opfer von unnatürlichen Lebensbedingungen, genetischer Manipulation und stressvollen Transporten."[4] Im Grunde finden sich auch in der Honigindustrie alle Faktoren wieder, die in anderen Tierindustrien normal sind: Zucht inklusive künstlicher Befruchtung, Forschung und Zucht für leistungsfähigere und robustere Tiere, Lebensraumbeschränkung, Diebstahl ihres „Produktes" mit Inkaufnahme der Tötung der Produzentinnen, unnatürlich früher Tod und bewusste Tötung der Tiere bei Profitmangel. Und die große Masse an gezüchteten Tieren gefährdet das Überleben ihrer wilden Verwandtschaft.

„Anders als die Honigbiene sind viele Wildbienen auf Pollen von Pflanzen einer bestimmten Gattung oder sogar einer einzigen Art angewiesen, um ihre Nachkommen aufzuziehen. Die Honigbienen fressen ihren wilden Verwandten aber Nektar und Pollen weg. Außerdem könnten Honigbienen Krankheitserreger auf ihre wilden Verwandten übertragen und die Populationen zusätzlich schwächen."[6] Die Förderung der Honigbiene gefährdet damit den Fortbestand anderer Bestäuber_innen und die vielfältige Bestäubung verschiedenster Pflanzen. Honigbienen bestäuben Wildpflanzen nur defizitär. Und tatsächlich sammeln und essen sie den Großteil des Pollens und bestäuben nicht so viel. „Wilde Bestäuber sind demnach doppelt so effektiv wie Honigbienen und lassen sich durch Honigbienen nicht ersetzen, da eine größere Anzahl von Wildinsekten eine größere Vielfalt von Bestäubungstechniken beherrscht, mehr Pflanzenarten und -populationen besucht – und somit Auskreuzung (outcrossing beziehungsweise heteromorphe Xenogamie) ermöglicht – und sich besser an Änderungen der Umweltbedingungen anpassen kann."[7]

Konventionelle, industrielle Landwirtschaft tötet

Es ist kein Geheimnis mehr, dass das Insektensterben unter anderem direkte Folge von Pestiziden und anderen Mitteln aus der Landwirtschaft ist, auch wenn Konzerne, die an diesen Giften gut verdienen, das weiterhin leugnen. In einer aktuellen Untersuchung aus 2019 schreibt der BUND dazu: „[D]ie Hauptursache für das Sterben von Insekten wie Schmetterlingen und Bienen ist die industrielle Landwirtschaft mit ihren Giften (Neonicotinoide...), Herbizide (Glyphosat...), Überdüngung und die „pflegeleichte" ausgeräumte, monotone Agrar-Landschaft. Ein besonders bedrückendes Phänomen ist die Fernwirkung der Gifte und Düngemittel selbst in weit entfernte Naturschutzgebiete."[8] Neben den Giftkonzernen wie Bayer, stehen auch Landwirt_innen diesen Erkenntnissen teilweise kritisch gegenüber. Und demonstrieren gegen das geplante Agrarpaket der Bundesregierung, in dem diese den „Unkrautvernichter Glyphosat ab 2024 ganz und alle Unkrautkiller sowie besonders schädliche Insektengifte in den meisten Naturschutzgebieten bereits vorher verbieten [will] – vor allem, um das Insektensterben zu reduzieren."[9] Die Lobbyorganisation Deutscher Bauernverband fordert das Kabinett auf, das „verabschiedete „Aktionsprogramm Insektenschutz" grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen, [denn so] könnte dann Landwirtschaft nur noch mit erheblichen Einschränkungen betrieben werden."[10] Die Initiative „Land schafft Verbindung" ruft deshalb Landwirt_innen zu Protesten auf.

Die TAZ schreibt im Oktober 2019 dazu: „Deutschland steht vor den wohl größten Bauernprotesten seit Jahrzehnten. Die dort vertretenen Forderungen sind so weit rechts, dass sie von der AfD als einziger Bundestagspartei unterstützt werden."[9] Beteiligen werden sich vermutlich eher traditionelle Landwirt_innen, denn „auch von den Forderungen der ökologisch orientierten Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft sind die Veranstalter weit entfernt. Die AbL will, dass die Agrarsubventionen nicht für jeden Hektar gleich ausgezahlt werden, sondern an soziale und ökologische Kriterien gebunden werden."[9] Durch das bisherige Agrarsubventionssystem werden riesige Landwirtschaftsbetriebe bevorzugt. Wer viele Wiesen und Äcker hat, bekommt mehr Geld. „Die EU zahlt jedes Jahr europaweit rund 58 Milliarden Euro für die Branche. Das meiste Geld, die Direktzahlungen, werden pro Hektar Land vergeben."[11] In der Regel haben konventionelle, industrielle Großbetriebe die meisten Hektar Land. Diese „tendieren eher dazu, die für die Natur wichtigen Bäume und Hecken an Feldrändern zu roden, um kleine Flächen zusammenzulegen. So lassen sie sich effizienter bearbeiten. Studien der Universität Göttingen haben aber gezeigt, dass in Agrarlandschaften mit kleinen Feldern mehr Insekten- und Pflanzenarten vorkommen als in Regionen mit weitläufigen Äckern."[11]

Subventionen für Imker_innen und Blühflächen

Somit unterstützen auch Subventionen und die Art ihrer Verteilung das Insektensterben, da in der subventionierten konventionellen Landwirtschaft Gifte eingesetzt und Lebensräume zerstört werden. Auch durch die Fördermittel für Imker_innen wird eine Tierausbeutungsindustrie unterstützt, die andere Bestäuber_innen vertreibt und damit natürliche Landschaften minimiert. Die EU-Kommission genehmigte das Imkereiprogramm für Deutschland am 12. Juni 2019. „Für Deutschland stehen in diesem Zusammenhang Mittel in Höhe von insgesamt rund 3,3 Millionen Euro für insgesamt acht Förderbereiche zur

Verfügung, an denen sich die EU und die Bundesländer mit je 50 Prozent beteiligen.“[12] Ziel ist unter anderem die Anzahl der Imker_innen zu erhöhen und somit die der Honigbienen. Die Fördermittel für eine flächendeckende Bienenhaltung werden beispielsweise im Land Niedersachsen für „Leistungsprüfungen bei Honigbienen zur Ermittlung einer verbesserten Varroatoleranz sowie weiterer Leistungsmerkmale (Honigleistung, Sanftmut), die Aus- und Fortbildung der Imkerinnen und Imker, Honiganalysen sowie die Neueinrichtung von Bienenständen“[2] eingesetzt.

Es werden aber auch Fördermittel vergeben, wenn Landwirt_innen Blühstreifen anlegen. In einem Zeitungsartikel von 2017 bekommt ein Bauer aus Schleswig-Holstein für einen 6.000 Quadratmeter Blühstreifen 450 Euro Unterstützung pro Jahr.[13] Finanziell vermutlich noch kein sehr großer Anreiz, aber eine bessere Option Fördermittel einzusetzen als für Tierausbeutung. In einem Bericht im Deutschlandfunk wird dies jedoch ebenfalls kritisiert, denn spätestens im zweiten Jahr der Aussaat würden auf dem Blühstreifen nicht mehr die verordneten Blumen blühen, sondern sogenanntes Unkraut. „Die Blumensamen keimen vielleicht noch aus, aber es fehlt ihnen an Licht. Nun erkämpfen sich üble Unkräuter wie Ampfer oder Disteln den Acker zurück.“[14] Etwas, das mitbedacht werden sollte, wenn Blühstreifen angelegt werden. 2018 wurden die förderungsfähigen Blühflächen von fünf Hektar auf maximal 20 Hektar pro Betrieb vergrößert. Im selben Jahr wurden in Mecklenburg-Vorpommern 55 Millionen Euro für umweltgerechte Landwirtschaft ausgezahlt, darunter auch das Anlegen von Blühflächen, während die Einführung und die Beibehaltung ökologischer Anbauverfahren den größten Anteil Förderung erhielt.

Fazit

Große Summen an Fördermitteln fließen in die Landwirtschaft und neuerdings auch in die Bienenzucht, die die gleichen Merkmale wie andere ausbeutenden Tierindustrien hat. Noch sind wir in Deutschland weit entfernt davon, Massenbienenhaltung zu betreiben. In Nord- und Südamerika gibt es sie bereits. „Diese Form der Bienenhaltung, welche die Logik der Gewinnmaximierung verfolgt, hat den Namen Massentierhaltung mehr als verdient. Etwa fünf Prozent der Imker_innen in den USA halten 95 Prozent der Bienen und jährlich werden dort etwa zwei Millionen Bienenvölker per LKW von Plantage zu Plantage zur Blütenbestäubung transportiert.“[15] Mit Subventionen werden bäuerliche Aktivitäten in bestimmte Richtungen gelenkt. Und wie im Fall der Honigbienen werden nicht alle Konsequenzen bedacht und Halbwahrheiten verbreitet. Spannend ist in diesem Fall auch der folgende Gedanke: „Der mit weitem Abstand größte Teil der angebauten heimischen Pflanzen – also unsere Kulturgräser (Weizen, Roggen, Hafer et cetera), Kartoffeln und andere Pflanzen – wird weder von Honigbienen noch Wildbienen noch anderen Insekten bestäubt, ihre Vermehrung erfolgt wie bei etlichen Blattgemüse-Sorten durch Wind- oder/und Selbstbestäubung. Unter den Nahrungspflanzen, die tatsächlich von Insekten bestäubt werden, finden sich vor allem Hülsenfrüchtler (Familie Fabaceae), Nachtschattengewächse (Solanaceae), Kürbisgewächse (Cucurbitaceae), Kreuzblütler (Brassicaceae), Doldenblütler (Apiaceae) und Korbblütler (Asteraceae). “[7] Der allgemeine Fokus auf die Rettung der Honigbienen wirkt bei genauer Recherche unnötig und es stellt sich die Frage, weshalb er sich entwickeln konnte.

Um das Insektensterben aufzuhalten und die Biodiversität zu erhalten, braucht es eindeutig andere Maßnahmen, statt die Imkerei als eine weitere Tierausbeutungsmethode zu subventionieren.



„Diese Form der Bienenhaltung, welche die Logik der Gewinnmaximierung verfolgt, hat den Namen Massentierhaltung mehr als verdient. Etwa fünf Prozent der Imker_innen in den USA halten 95 Prozent der Bienen und jährlich werden dort etwa zwei Millionen Bienenvölker per LKW von Plantage zu Plantage zur Blütenbestäubung transportiert.“

[1] www.bienenretter.de/hilf-den-bienen/
[2] www.lwk-niedersachsen.de/index.cfm/portal/foerderung/nav/513.html
[3] de.wikipedia.org/wiki/Imker
[4] www.peta.de/honig
[5] Edmund Herold, „Neue Imkerschule: theoretisches und praktisches Grundwissen“, 5. Auflage, 1982, S. 174
[6] www.deutschlandfunk.de/konkurrenz-der-bestaeuber-honigbienen-koennen-anderen-arten.676.de.html?dram:article_id=410048
[7] www.wildbienen.de/wbf-poll.htm
[8] www.bund-rvso.de/insektensterben-quellen-studien-ursachen.html
[9] taz.de/Grosse-Bauernproteste-auf-AfD-Linie/!5633870/?fbclid=IwAR0Gnm0ug2R2sXNo5cxavo8MmzR0uXgrG4St0tYAs9Y-dNagi-mCtTLUHXBQ
[10] www.bauernverband.de/agrarminister-konferenz-september-2019
[11] taz.de/Agrarsubventionen-in-Deutschland/!5597589/
[12] www.bmel.de/DE/Tier/Nutztierhaltung/Bienen/_texte/Imkereiprogramm.html
[13] www.shz.de/17569226 ©2019
[14] www.deutschlandfunkkultur.de/blumige-subventionen.993.de.html?dram:article_id=247031
[15] www.vegan.at/bienen-honig/?utm_source=newsletter&utm_campaign=20170310&utm_medium=E-mail&utm_content=bienen

EINE NEUE KLIMA-GERECHTIGKEITS-BEWEGUNG FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

Was „Free the Soil" mit der GAP zu tun hat

» Kathinka von Free the Soil

Seit Herbst vergangenen Jahres ist mit der transnationalen Kampagne *Free the Soil* eine neue Akteurin der Klimagerechtigkeitsbewegung in Europa entstanden. Das erklärte Ziel lautete, den Betrieb der Industrieanlagen des Düngemittel-Konzerns YARA mit einer Massenaktion zivilen Ungehorsams zu stören und auf die zentrale Rolle aufmerksam zu machen, die die industrielle Landwirtschaft bei der Verschärfung der Klimakrise einnimmt.

Über 500 Menschen aus etlichen Regionen Europas kamen zusammen, um sich der Agrarindustrie in den Weg zu stellen. Viel Aufmerksamkeit erregten die zwei ausdauernden Blockaden vor den Werkstoren sowie Kleingruppen-Aktionen, die es zum Teil auch auf das Produktionsgelände schafften. Doch warum genau der Name *Free the Soil* und was hat er mit der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und der Klimakrise zu tun?

Eine kurze Geschichte der GAP

Beschäftigt man sich mit der Entwicklung der Landwirtschaft seit Mitte des letzten Jahrhunderts kommt man nicht an der *Gemeinsamen Agrarpolitik* (GAP) der Europäischen Union vorbei, um zu verstehen, wie Europas Agrarsysteme mittels politischer Instrumente geformt wurden.

Die Gemeinsame Agrarpolitik wurde nach dem zweiten Weltkrieg, Anfang der 50er Jahre, in Westeuropa mit dem Ziel eingeführt, die Lebensmittelproduktivität zu steigern und die Lebensmittelversorgung der Europäischen Union zu gewährleisten. Landwirtinnen und Landwirten wurden Subventionen und Preisgarantien für ihre Produkte geboten. Zusätzlich dazu gab es finanzielle Unterstützung beim Wiederaufbau von landwirtschaftlichen Betrieben. Zum Beispiel gab es Förderung bei Flächenvergrößerung und dem Ausbau von landwirtschaftlicher Infrastruktur, Mindestpreise für die erzeugten Produkte sowie die garantierte Abnahme aller Erträge. Obwohl wichtig für den Selbstversorgungsprozess der EU, hatte die GAP den negativen Nebeneffekt der Förderung unnachhaltiger landwirtschaftlicher Praktiken. Die größten Umweltbedrohungen stellten die Umweltverschmutzung durch intensiven Einsatz von Pestiziden und Reduzierung des Grundwasserspiegels durch Übernutzung von Wasser. Um die Umweltziele in die Agrarpolitik zu integrieren, wurden Änderungen in der GAP vorgenommen. In den 90er Jahren wurde eine Reform der GAP vereinbart. Ihr Ziel war die Verlagerung von einem „geschützten" Funktionieren zu einer „wettbewerbsfähigen" Landwirtschaft. Die Hauptänderung war eine Umwandlung hin zu flächenbezogenen Einmalzahlungen, die den Landwirt_innen eine gewisse Einkommensstabilität garantieren. Ein zweiter Bereich versucht die Umweltverantwortung besser zu verankern durch die Verknüpfung der finanziellen Unterstützung mit der Einhaltung von Umweltstandards.

Momentan werden die neuen Programme für die neue Förderperiode der GAP ab dem Jahr 2020 im EU Parlament diskutiert.

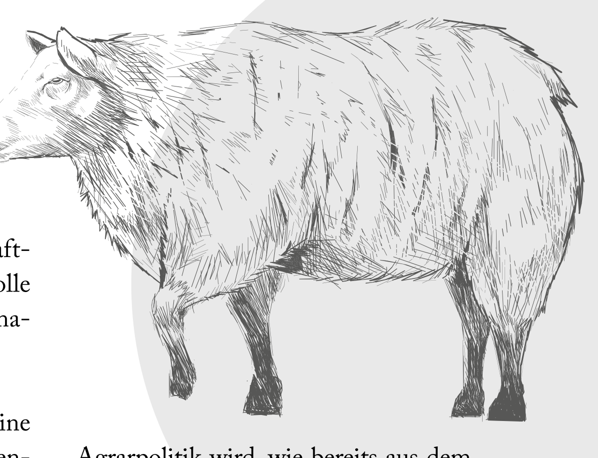
Bodenschutz, Landwirtschaft und die Klimakrise

Mit einem Nutzungsanteil von über 50 Prozent der EU-weiten Fläche kommt

der Landwirtschaft eine Schlüsselrolle beim Bodenschutz zu. Bisher werden Böden kaum als schützenswertes Gut wahrgenommen. Das zeigt zum Beispiel die vergleichsweise sehr späte Verabschiedung des Bodenschutzgesetzes der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1998. Allerdings zielt auch dieses Gesetz hauptsächlich auf Vorsorge gegen das Entstehen zukünftiger Belastung (durch Chemikalien beispielsweise) und der Sanierung bei bereits bestehenden Altlasten ab.

Dabei sind Böden auf vielerlei Ebenen von zentraler Bedeutung für sämtliche Ökosysteme. Böden entstehen im Zeitalter von Jahrtausenden durch die Verwitterung von Gesteinsmassen unter dem Einfluss von Klima und Vegetation. Während dieser Prozesse entwickeln sie unterschiedliche Eigenheiten, die zu unterschiedlichen Bodentypen klassifiziert werden können. In Deutschland wird nach der Bodenkundlichen Kartieranleitung von 2005 zwischen 57 Bodentypen unterschieden. Es gibt Böden, die ans Grundwasser angebunden sind und solche, die es nicht sind; Böden, die einen eher sauren pH-Wert haben und andere, die eher basisch sind. Es gibt Böden, die in der Lage sind, über 30 Tage pflanzenverfügbares Wasser zu halten und wieder andere, die nach drei Tagen trockenfallen. Und es gibt Böden, die eine Senke von Kohlenstoff darstellen und solche, die eine Quelle von Kohlenstoff sind. Vor allem der Ausstoß von Methan und Lachgas geht hauptsächlich auf Böden zurück. Je nachdem, welche Eigenschaften ein Boden besitzt, dominieren unterschiedliche Artengemeinschaften aus Mikroben, Pflanzen und Pilzen an einem Standort, die wiederum miteinander im Wechselspiel stehen. Und daher sind Böden essentiell in ihren Funktionen – nicht nur als Lebensraum, sondern auch als Filter und Puffer sowie Regelgröße beim Ab- und Umbau von Stoffen im Naturhaushalt. Weil diese Funktionen und Eigenschaften allerdings in so enger Beziehung zu ihrer Nutzung stehen, spielt die Form der (landwirtschaftlichen) Nutzung eine so hohe Rolle beim Boden- wie auch beim Klimaschutz.

In der Landwirtschaft wird heute eine „gute fachliche Praxis“ der Bodennutzung gesetzlich vorgeschrieben. Diese ist jedoch wenig konkretisiert und kontrolliert und kann somit ihr Ziel kaum erreichen, wie auch die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz kritisiert. Beispielsweise sind brachliegende Böden verstärkt erosionsgefährdet. Dadurch geht humoser Oberboden verloren, was sich sowohl auf die Treibhausgasbilanz der Landwirtschaft als auch langfristig auf die Erträge auswirkt. Denn dieser Verlust reduziert die Wasserhaltekapazität sowie die Fruchtbarkeit. Landwirtschaftliche Böden spielen deswegen eine wichtige Doppelrolle, sowohl beim Klimaschutz als auch bei der Anpassung an den Klimawandel. Einerseits führt zum Beispiel die zu hohe Düngung mit Nitrat je nach Standorteigenschaft zu hohen Lachgasemissionen. Oder, im Falle der Nutzung von trockengelegten Moorböden, wie in Norddeutschland sehr verbreitet, zum schnellen Abbau der darin gespeicherten organischen Substanz. Aber auch die Form der Landwirtschaft, wie sie heute großflächig betrieben wird, hängt mit der Treibhausgasbilanz zusammen. Es wird geschätzt, dass bis zu zehn Prozent der globalen Treibhausgasemissionen der Produktion und Nutzung von Kunstdüngern entspringen, wenn die Verwendung von Erdgas zur Düngemittelproduktion und die Bodenzerstörung, zu der deren Austragung beiträgt, berücksichtigt werden. Auf der anderen Seite sichern wiederum Böden mit hohem Kohlenstoffanteil in Form von Humus langfristig die Bodenfruchtbarkeit und erhöhen deswegen die Widerstandsfähigkeit landwirtschaftlicher Systeme gegen Klimaschwankungen und Extremwetterereignisse.



Agrarpolitik wird, wie bereits aus dem vorangegangenen Absatz ersichtlich, seit Jahrzehnten auf EU-Ebene gesteuert. Gut die Hälfte des EU-Gesamthaushalts fließt in Form von Agrarsubventionen an die Bäuerinnen und Bauern der Staatengemeinschaft. Gleichzeitig fehlt aber EU-weit bis heute ein Ordnungsrahmen zum Schutz des Bodens. In einem Eckpunktepapier zu den bereits öffentlichen Vorschlägen der Europäischen Kommission über die Weiterentwicklung der GAP nach 2020 forderte die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz bereits ein deutlich höheres Ambitionsniveau bei der Ausgestaltung der Standardanforderungen an die Flächenprämie. Zu ihren Vorschlägen gehören Verbote der Umwandlung von Dauergrünland in Ackerland auf kohlenstoffreichen oder wasser- und winderosionsgefährdeten Standorten, aber auch beispielsweise das Einführen einer grundsätzlich verpflichtenden Winterbegrünung. Es gibt unzählige Vorschläge dafür, wie Landwirtschaft klima- und sozialgerecht umstrukturiert werden könnte.

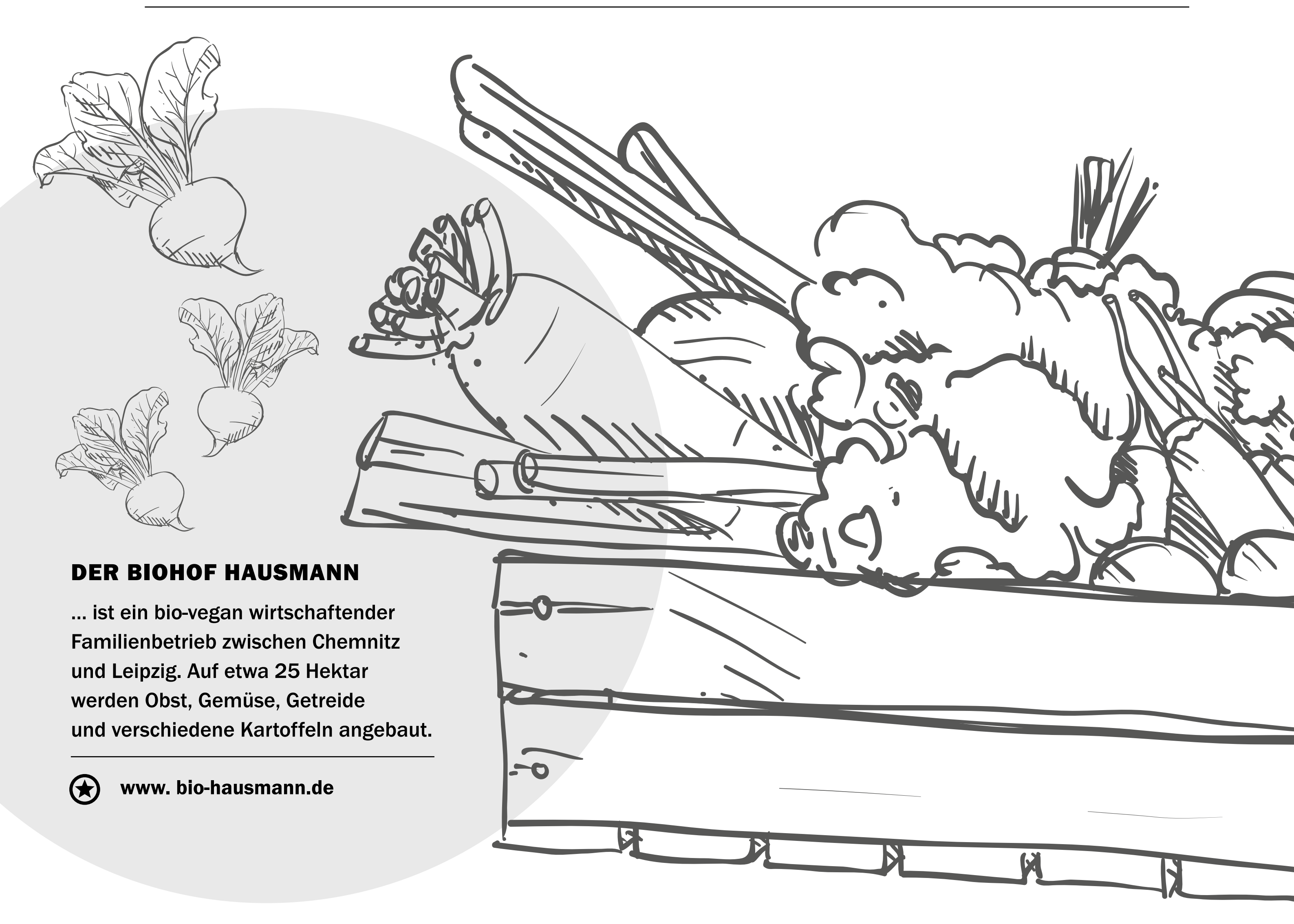
Unweit eines Hotspots der Energie- und Agrarindustrie, in Brunsbüttel bei Hamburg, fand nun vom 19. bis 25. September 2019 das erste *Landwirtschafts- und Klimagerechtigkeits-Camp* statt. Eine Woche lang haben viele, viele Menschen gemeinsam einen Raum geschaffen für selbstorganisierte Bildung, alternatives Campleben, Vernetzung mit anderen Aktiven und ungehorsame Aktionen gegen die Agrarindustrie. All dies wird getragen von ehrenamtlichem Engagement und der Zuversicht, dass es ein Anfang ist für mehr Bewegung in der Landwirtschaft und ein neues Bewusstsein für Böden. Denn Widerstand ist fruchtbar!

„DIE GAP IST EIN ÄUSSERST KOMPLEXES KONSTRUKT…“

Interview mit dem Biohof Hausmann

» von Ulrike Schwerdtner

Nachdem wir uns dem Thema Subventionen von verschiedenen, meist theoretischen Blickwinkeln genähert haben, wollen wir nun auch einen Blick in die Praxis werfen. Welche Perspektiven haben Landwirt*innen auf Subventionen und die jetzige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union? Welche Änderungen würden sie sich wünschen, wenn die GAP für die Zeit nach 2020 reformiert wird? Daniel vom *Biohof Hausmann* hat sich bereit erklärt, in einem Interview seine Sicht der Dinge zu schildern.



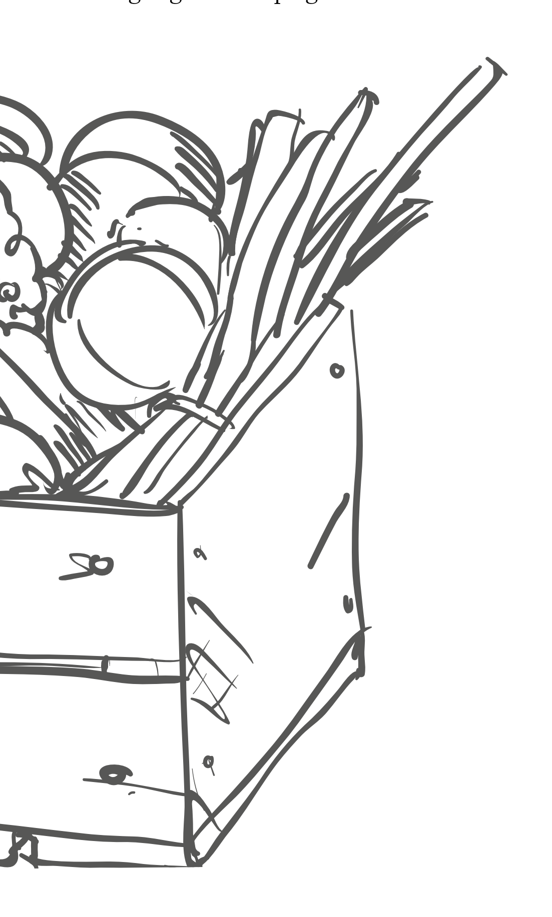
DER BIOHOF HAUSMANN

… ist ein bio-vegan wirtschaftender Familienbetrieb zwischen Chemnitz und Leipzig. Auf etwa 25 Hektar werden Obst, Gemüse, Getreide und verschiedene Kartoffeln angebaut.

www. bio-hausmann.de

Frage: Stell dich und deinen Hof bitte zunächst kurz vor.
Ich bin der Daniel, mittlerweile 28 Jahre alt, auf dem Familienbetrieb aufgewachsen und habe ihn 2012 von meinem Vater übernommen. Damals war der Hof noch konventionell, es wurden Getreide angebaut sowie Rinder gehalten. Im selben Jahr haben wir die Rinder jedoch verkauft, eher aus arbeitswirtschaftlichen Gründen. Denn ich habe in Eberswalde Ökolandbau und Vermarktung studiert und einfach keine Zeit gehabt, mich um die Tiere zu kümmern.

Während des Studiums bin ich dann selber zum Veganer geworden. Wieder zu Hause angekommen, macht es dann natürlich keinen Sinn, neue „Nutztiere“ anzuschaffen. Und so war die bio-vegane Landwirtschaft eigentlich die einzige Form der Landwirtschaft, die ich selber auch vertreten kann und machen möchte. Deswegen wurde der Hof 2014 auf Öko umgestellt und seit 2016 bauen wir Gemüse an. Und das ganz ohne tierische Erzeugnisse wie Dünger et cetera. Das Gemüse verteilen wir wöchentlich in Abokisten im nahegelegenen Leipzig.



Inwiefern sind Subventionen ein Thema für dich?
Beim Getreideanbau spielen die Direktbeihilfen eine sehr große Rolle und machen teilweise bis zu 50 Prozent vom Gewinn aus. Beim Gemüse ist der Umsatz pro Fläche um ein Vielfaches höher. Da spielen die Direktbeihilfen eine eher untergeordnete Rolle.

Ansonsten gibt es auch noch eine Reihe an indirekten Subventionen. Da gibt es oft Mindestinvestitionssummen. Da fallen wir als kleiner Betrieb meist von vornherein raus.

Bei uns in Deutschland ist es zum Beispiel sehr lukrativ, auf großen Flächen mit großen Maschinen und wenigen Kulturen zu produzieren. Solange Umweltschutz nicht extra honoriert wird, gibt es kaum Anreize, ihn zu betreiben.

Wie genau funktioniert die GAP in der Praxis?
Die GAP ist ein äußerst komplexes Konstrukt, was der/die einzelne Landwirt_in meist nicht komplett durchschaut. Ich selber tatsächlich auch nicht. Grob wird es in zwei Säulen aufgeteilt: Einerseits die erste Säule mit den Direktbeihilfen. Da wird pro Hektar (Flächeneinheit) eine bestimmte Summe an Geld ausgeschüttet, relativ unabhängig davon, was auf der Fläche angebaut wird. Große Betriebe mit viel Fläche bekommen da natürlich mehr. Kleine Betriebe mit wenig Fläche bekommen entsprechend weniger. Auf der anderen Seite gibt es die zweite, weitaus kleinere Säule. Diese hält Geld für Umweltmaßnahmen und ländliche Entwicklung bereit, wie zum Beispiel die Förderung des Ökolandbaus.

Das Ganze ist dann noch abhängig von dem Land innerhalb der EU beziehungsweise in Deutschland auch abhängig von dem jeweiligen Bundesland. Manche Gelder werden komplett von der EU finanziert. Andere werden vom Land beziehungsweise vom Bundesland oder von beiden kofinanziert und sind entsprechend auch abhängig von der Finanzkraft oder dem politischen Willen der entsprechenden Region und Regierung.

Wie hoch ist der bürokratische Aufwand verglichen mit dem letztendlichen „Nutzen“?
Der bürokratische Aufwand für die Menge an Geld für die Direkthilfen ist verglichen mit der Menge an Geld für den Aufwand des Anbaus erstmal ziemlich gering. Der bürokratische Aufwand für Beihilfen aus der zweiten Säule, also die Fördermittel für Umweltschutz und ländliche Entwicklung, ist meist ziemlich hoch und unabhängig von der geförderten Summe fast derselbe. Deswegen lohnt es sich für kleinere Betriebe, die kleinere Summen beantragen, oft nicht, den Aufwand überhaupt anzugehen.

Ein weiteres Problem ist, dass es eine Vielzahl an verschiedenen kleinen Förderungen gibt. Die meisten sind nur befristet antragsfähig. Die wenigsten Landwirt_innen sind über jede einzelne Fördermaßnahme beziehungsweise deren Fristen informiert. Dadurch geht sehr viel Potential verloren und das betrifft vor allem Maßnahmen in Sachen Umweltschutz, wie beispielsweise das Pflanzen einer Hecke.

Hast du das Gefühl, dass viele Landwirt*innen nur das anbauen, was subventioniert wird, weil sie sich sonst nicht über Wasser halten können? Ist das bei dir auch so?
Dadurch, dass die Fläche subventioniert wird und nicht die Kultur, ist es vor allem für große Betriebe oft verlockend, möglichst Kulturen anzubauen, die wenig Aufwand mit sich bringen, trotzdem aber einen gewissen Ertrag erzeugen. Anders gesagt, gibt es kaum einen Anreiz, etwas Be-

sonderes mit viel Aufwand anzubauen, wenn nicht gerade der Gewinn viel höher wäre. Bei uns in Deutschland ist es zum Beispiel sehr lukrativ, auf großen Flächen mit großen Maschinen und wenigen Kulturen zu produzieren. Solange Umweltschutz nicht extra honoriert wird, gibt es kaum Anreize, ihn zu betreiben.

Als Folge dieser auf Fläche betonten Subventionspolitik sind landwirtschaftliche Betriebe oft dazu gezwungen, zu wachsen oder zu weichen. Deswegen werden die bestehenden Betriebe immer größer und immer mehr Land und Kapital befinden sich in immer weniger Händen. In der Produktion wird immer mehr auf Quantität anstatt Qualität gesetzt. So werden Flächen immer größer und Tieranlagen immer weiter ausgebaut. Auf der Strecke bleibt dabei meist die Umwelt beziehungsweise das Wohl der Tiere.

Durch die aktuelle Subventionspolitik werden kleine, flächenarme Betriebe systematisch benachteiligt; sie ist hauptverantwortlich für das Höfesterben und den Ausbau der sogenannten Nutztierhaltung zu immer effizienteren Tierfabriken im immer größeren Ausmaß. Wir als kleiner Betrieb sind darauf angewiesen, Kulturen anzubauen, die auf geringer Fläche viel Umsatz bringen. So machen wir uns auch unabhängiger von den Subventionen.

Die Landwirtschaft steht wegen ihrer Umweltauswirkungen immer wieder in der Kritik. Inwiefern werden denn Landwirt*innen durch die jetzige GAP dazu angehalten oder dabei unterstützt, verstärkt Maßnahmen für Umwelt- und Klimaschutz umzusetzen?
Eine Neuerung der letzten GAP-Reform war zum Beispiel das sogenannte *Greening*. So müssen Landwirt_innen bestimmte ökologische Vorrangflächen bereithalten. Die Idee war erstmal gut, wurde aber im Verlauf der Verhandlungen vom Greening eher zum Greenwashing. So ist in dieser Berechnung ein Hektar biologisch wertvolle Hecke genau so viel „wert“ wie zwei Hektar Zwischenfrucht, die dann oft nach wenigen Wochen mit Pestiziden wieder entfernt wird. Eine andere Möglichkeit ist das Brachliegenlassen, also das Nichtbewirtschaften einer Fläche. Dort bildet sich oft Unkraut, was dann wieder mit einem Totalherbizid wie Glyphosat behandelt wird, um danach wieder eine Getreide-Monokultur anzubauen. Auch gibt es eine Vielzahl an neuen Regeln, beispielsweise in Sachen Nitrat. Zu dokumentierende Werte sind oft aber nur geschätzt und Kontrollen finden nur stichprobenartig statt.

Kurzgefasst: Offiziell sind Landwirt_innen dazu angehalten, mehr für Umwelt und Klima zu tun. In der Praxis gibt es aber einige Schlupflöcher.

Um eine gerechte Agrarpolitik zu bekommen, die Klima schützt, Tierausbeutung minimiert und fair zu allen Beteiligten ist, reicht es jedoch nicht, die GAP zu verändern. Dafür brauchen wir einen radikalen Umbruch und müssen sie komplett neu aufstellen.

Du gehörst ja zu den wenigen Höfen in Deutschland, die nicht nur ökologisch, sondern auch vegan wirtschaften. Damit verminderst du nicht nur Tierausbeutung, sondern trägst auch zu Klima-, Boden- und Gewässerschutz bei. Wird das bei Subventionen berücksichtigt und honoriert?
Wie in der Frage schon angemerkt wird, gibt es nur wenige Höfe, die bio-vegan wirtschaften. Die EU-Agrarpolitik ist aber ein allgemeines Regelwerk, das von Schweden bis Griechenland und von Frankreich bis Rumänien gelten muss. Es durchquert verschiedene Klimazonen und unterschiedliche Wirtschaftsregionen. So sind kleine Ausnahmen schwierig zu berücksichtigen. Wir bekommen die normale Ökoförderung, eine Förderung für vegane Landwirtschaft gibt es nicht.

Nun soll die GAP für die Zeit nach 2020 reformiert werden. Bei umfangreichen Änderungen könnte das die Landwirtschaft stark verändern. Welche Landwirtschaft würdest du dir denn für die Zukunft wünschen?
Ich würde mir auf alle Fälle eine Landwirtschaft wünschen, die ohne Tierausbeutung und sogenannte „Nutztierhaltung“ auskommt und zugleich die ökologische Vielfalt fördert und sogar steigert. Und das bei fairen Arbeitsbedingen zu gerechten Preisen.

Leider kann mit, vor allem aber an der Landwirtschaft sehr viel Geld verdient werden. Deswegen sind verschiedenste Lobbygruppen dabei, die Politik in eine bestimmte Richtung zu lenken und möglichst Strukturen so zu belassen, wie sie bereits seit Jahrzehnten existieren.

Größtes Problem ist dabei die Verflechtung von Politik, Landwirtschaft, Landwirtschaftsverbänden, vor- und nachgelagerten Bereichen. Nicht selten übt eine Person Ämter in mehreren der genannten (sich von den Interessen her eigentlich widersprechenden) Bereiche aus. So können Vorteile ausgespielt und Marktmechanismen ausgehebelt werden.

Und wie müsste die GAP verändert werden, um dies zu erreichen?
Diese Frage ist gar nicht so leicht zu beantworten. Dafür müssten wir zuerst weg von der Flächenförderung hin zu einer ergebnisorientierten Förderpolitik, die zeitgleich auch Bürokratie abbaut. Sehr viele Sachen sind über Jahre gewachsen und mit jedem Jahr und jeder Sonderregelung komplizierter geworden. Schon längst ist es überfällig, diese Dinge zu vereinfachen und für jede_n verständlich zu machen!

Um eine gerechte Agrarpolitik zu bekommen, die Klima schützt, Tier-

ausbeutung minimiert und fair zu allen Beteiligten ist, reicht es jedoch nicht, die GAP zu verändern. Dafür brauchen wir einen radikalen Umbruch und müssen sie komplett neu aufstellen.

Prioritäten müssen neu gesetzt werden. Personen dürfen nicht mehr zeitgleich in sich widersprechenden Posten sitzen. Die Bürger_innen sollten von Anfang an mehr in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Denn wenn am Ende die Artenvielfalt zusammenbricht und das Klima kollabiert, dann ist die ganze Gesellschaft betroffen und nicht nur einzelne Entscheidungsträger_innen.

Welche Forderungen sollten Aktivist*innen deiner Meinung nach auf die Straße tragen, wenn sie sich den Themen Subventionen und GAP-Reform widmen wollen?
Die Agrarpolitik ist ein sehr komplexes Thema, was betroffene Personen oft schon nicht verstehen. Deswegen ist es sinnvoll, nicht nur Forderungen zu stellen, sondern gleichzeitig realistische Lösungsansätze zu bieten. So ist es beispielsweise wenig praktikabel, einfach nur die Abschaffung der sogenannten „Nutztierhaltung" zu fordern, ohne den betreffenden Landwirt_innen Möglichkeiten, Anreize oder Subventionen zu bieten, um alternative Einkommensquellen zu schaffen.

Weiterhin ist es längst überfällig, den Mehrwertsteuersatz für tierische (offensichtlich klimaschädliche) Produkte von 7 Prozent auf 19 Prozent zu erhöhen und gleichzeitig den der pflanzlichen (offensichtlich klimafreundlicheren) Alternativen von 19 Prozent auf 7 Prozent zu senken!

Aus der Landwirtschaft ausgelagerte Kosten, wie zum Beispiel das Herausreinigen von Nitrat aus dem Trinkwasser, müssen endlich vom Verursacher, also den entsprechenden Landwirt_innen getragen werden und nicht von der Gesellschaft. Das würde nebenbei den Preis tierischer Produkte im Vergleich zu pflanzlichen Alternativen weiter erhöhen.

Solange durch die aktuelle Politik Kosten der tierausbeutenden Landwirtschaft ausgelagert werden, solange gibt es auch Preisverzerrungen und umweltzerstörende Produkte erscheinen günstiger als umwelterhaltende!

Generell sollte die sogenannte „Nutztierhaltung" gar nicht mehr subventioniert werden, da sie neben den fraglichen ethischen Aspekten maßgeblich für den Klimawandel verantwortlich ist!

Nebenbei sollte es Beihilfen für Landwirt_innen geben, die aus der Tierhaltung aussteigen und sich nebenbei alternative Einkommensquellen schaffen wollen. Denn tatsächlich gibt es einige tierhaltende Landwirt_innen, die gern aussteigen wollen, es wegen laufender Kredite oder Subventionsverpflichtungen aber nicht können. So kann beispielsweise der Umbau von einem Rinderstall hin zu einem Getreide- oder Gemüselager gefördert werden.

Gibt es sonst noch etwas, das du den Leser*innen der TIERBEFREIUNG mitteilen möchtest?
Förderungen und Subventionen haben immer den Nachteil, dass sie den Markt verzerren und meist nicht das bewirken, was sie bewirken sollten. In Europa brauchen wir sie, da landwirtschaftliche Güter zum Weltmarktpreis gehandelt werden und wir mit unseren hohen Löhnen sonst nicht wettbewerbsfähig bleiben können. So sehr die Subventionen uns Europäer_innen helfen, so sehr können sie die Landwirtschaft in Ländern der Dritten Welt aber auch zerstören.

Genauso wichtig, oder viel wichtiger ist es, Aufklärung zu betreiben, sodass die Menschen beim Einkauf entscheiden können, welche Form der Landwirtschaft sie bewusst unterstützen. Denn auch für uns würde es wenig Sinn machen, bio-vegan angebautes Gemüse überhaupt anzubauen, wenn es am Ende nicht gekauft wird. Denn im Endeffekt entscheiden immer die Verbrauchenden, was gekauft und damit auch angebaut wird.

Doch dazu ist eine entsprechende Politik notwendig: Denn solange durch die aktuelle Politik Kosten der tierausbeutenden Landwirtschaft ausgelagert werden (Stichwort Nitratverunreinigung durch Gülle), solange gibt es auch Preisverzerrungen und umweltzerstörende Produkte erscheinen günstiger als umwelterhaltende! Das verändert das Kaufverhalten enorm.

Vielen Dank für das Interview!

WELCHE LANDWIRTSCHAFT WOLLEN WIR?

Antispeziesistische Landwirtschaft und die GAP

» von Ulrike Schwerdtner

Eine antispeziesistische Landwirtschaft kann als neues Ideal beziehungsweise reale Utopie für ein emanzipatorisches Landwirtschaftsmodell von morgen dienen. Um dieses irgendwann zu erreichen, müsste die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) vorübergehend umgestaltet werden, bevor sie letztendlich vielleicht endgültig abgeschafft werden kann.

Vor dem Hintergrund einer multiplen Krise, der imperialen Lebensweise, dem Überschreiten planetarer Grenzen und einem zukunftsunfähigen Landwirtschaftsmodell ist eine progressive, emanzipatorische, sozial-ökologische Transformation auf allen Ebenen, die auch ein selbstbestimmtes und ausbeutungsfreies Landwirtschafts- und Ernährungssystem anstrebt, dringend nötig. Ein Artikel, der mit dem Titel „Gutes Essen für alle!" in der zweiten Ausgabe der *Zeitschrift für kritische Tierstudien* erscheint, zeigt, dass ein solches Landwirtschafts- und Ernährungssystem weitverzweigte Wurzeln in vielen emanzipatorischen Bewegungen hat – der Bewegung für Ernährungssouveränität und Agrarökologie, der Klimagerechtigkeitsbewegung, den feministischen Bewegungen und der Tierbefreiungsbewegung. Aus diesen Wurzeln kann in Zukunft ein gutes Leben mit gutem Essen für (wirklich) alle entstehen. Dazu müssen die verschiedenen Konzepte zusammengedacht und gemeinsam weiterentwickelt werden.

Antispeziesistische Landwirtschaft

„Die Herausforderung für Jetzt und in Zukunft liegt […] darin, die am „wenigsten schädliche" Produktionsweise sowie Land- und Ressourcennutzung ausfindig zu machen, die alle Menschen ernährt und dabei innerhalb der planetaren Grenzen auch Faktoren sozialer Gerechtigkeit berücksichtigt" heißt es im Fazit des Artikels. „Die Basis für ein zukunftsfähiges und (weitestgehend) ausbeutungsfreies Landwirtschafts- und Ernährungssystem" sieht der Artikel in einer „antispeziesistische[n] Landwirtschaft, die auf agrarökologischen und regenerativen Methoden fußt und entsprechend des vegan-anarchistischen Konzeptentwurfs organisiert ist". Als „reale Utopie" wird diese Form der Landwirtschaft im Artikel folgendermaßen definiert: „Eine antispeziesistische Landwirtschaft verbindet die Prinzipien des ökologischen Landbaus mit dem Tierbefreiungsgedanken. Damit ist entsprechend nicht nur das Beenden der Ausbeutung und Tötung nichtmenschlicher Tiere für die „Produktion" von Fleisch, Eiern, Milch und weiteren „Tierprodukten" oder der Verzicht auf Düngemittel tierlichen Ursprungs aus Tierhaltung und -tötung gemeint, sondern auch die Forderung, nichtmenschliche Tiere ebenso wie Menschen aus allen Nutzungs-, Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen zu befreien".

Um diese und ähnliche Utopien zu fördern, ist eine „sozial-ökologische Transformation vonnöten, für die mehrere Strategien vereint werden sollten: Neben der Erprobung solcher realen Utopien in zu verteidigenden Freiräumen sind nicht-reformistische Reformen nötig […]. Zusätzlich müssen das Wachstumsparadigma überwunden und eine „Gegenmacht" aufgebaut werden." Mit nicht-reformistischen Reformen sind dabei Reformen gemeint, „durch die Institutionen und Politiken so verändert werden, dass diese nach und nach den Utopien entsprechen beziehungsweise sie fördern".[1] Dies spielt natürlich auch auf eine Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der

Europäischen Union an, auf die so eingewirkt werden müsste, dass in Zukunft ökologisch und sozial gerechte Landwirtschaftspraktiken gefördert werden. Doch wie genau müsste ein Subventionierungssystem der Landwirtschaft dafür aussehen?

Mögliche Forderungen für eine Umgestaltung der GAP

Sofern die GAP überhaupt als potentielles Betätigungsfeld der Tierbefreiungsbewegung oder einzelner Gruppen gesehen wird, stellt sich die Frage, welche Forderungen an die GAP-Reform gestellt werden sollten. Zunächst einmal sollte natürlich die Entscheidung über die Subventionshöhe von der bewirtschafteten Fläche entkoppelt werden – wie es auch Wissenschaftler*innen und viele NGOs fordern. Schließlich fördern diese pauschalen Flächenprämien hauptsächlich große Betriebe und die Agrarindustrie – also klima- und umweltschädliche Praktiken und soziale Ungerechtigkeit.[2] Statt einer Flächenprämie könnte es eine Betriebsprämie geben, die jeder landwirtschaftliche Betrieb erhält.

Darüber hinaus sollten nur noch Zahlungen für sozial-ökologische Maßnahmen und Praktiken gezahlt werden. Dafür könnte beispielsweise ein Punktesystem herangezogen werden, wie es beispielsweise auch die *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft* (AbL) vorschlägt.[3] Selbstverständlich wären die Kriterien aus Tierbefreiungsperspektive und in Hinblick auf die oben beschriebene Utopie andere. So sollten aus ethischen, ökologischen und sozialen Gründen keine Subventionen mehr in die Tierausbeutung fließen. Das würde die Tierhaltung in der EU drastisch reduzieren, da dann insbesondere die Billigexporte unmöglich wären und Preissteigerungen wahrscheinlich auch zu einem geringeren Konsum führen würden.

Auch sollte in der Pflanzenproduktion zwischen dem Anbau von Nahrungs-, Genuss- und Futtermitteln sowie dem Anbau für sonstige Zwecke (Bioenergie, Kleidung, Industrieprodukte et cetera) unterschieden werden, die dann auch unterschiedlich subventioniert werden sollten. Insbesondere Nahrungsmittel, also Lebensmittel, die für die Ernährung essentiell sind, sollten subventioniert werden, damit sich alle Menschen – unabhängig von ihrer finanziellen Situation – gesund und vielfältig versorgen können. Da insbesondere der Anbau von Futtermitteln und Pflanzen für sonstige Zwecke mit dem Nahrungsmittelanbau um Flächen und Ressourcen konkurriert, sollten auch hier die Subventionen langfristig gestrichen oder zumindest stark reduziert werden.

Neben der Produktart sollte natürlich unbedingt auch die Produktionsweise berücksichtigt werden. Gäbe es Direktzahlungen nur noch für eine ökologisch sinnvolle Landwirtschaft, wäre das sicherlich für viele Landwirt*innen ein Anreiz zur Umstellung. Dabei sollte es jedoch nicht nur um die Erfüllung der Mindeststandards des europäischen Bio-Siegels gehen, sondern es sollten alle Maßnahmen und Praktiken berücksichtigt werden: Wie groß sind die einzelnen Schläge? Werden Fruchtfolgen oder auch Anbauformen wie Agroforstsysteme und Mischkulturen eingesetzt? Wie hoch ist der Leguminosenanteil, um Stickstoffdünger einzusparen? Wird auf Totalherbizide und Gentechnik verzichtet? Gibt es ausgeglichene Nährstoffbilanzen? Gibt es genügend Rückzugsräume, Nisthilfen und Nahrung für Wildtiere? Die Ausbringung von Pestiziden und Mineraldüngern – und damit ein großer Teil der klima- und umweltschädlichen Praktiken – könnte folglich stark zurückgehen. Weitere Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen sollten zusätzlich honoriert werden, damit es sich für Landwirt*innen endlich lohnt und ökonomisch überhaupt machbar ist, sich um Artenvielfalt, Klimaschutz sowie Gewässer- und Bodenschutz zu kümmern.

Daneben sollten die Produktions- und Standortbedingungen in das Punktesystem einfließen, um eventuelle umweltbedingte Nachteile auszugleichen. Auch die Arbeitsbedingungen und weitere soziale Faktoren sollten im Punktesystem für die Bemessung der Subventionshöhe unbedingt berücksichtigt werden. Mehraufwand und Mehrkosten, die durch sozial und ökologisch sinnvolle Zusatzaufgaben in der Landwirtschaft entstehen, müssen – auch im Sinne einer *Care Revolution auf dem Acker* – umsetzbar und bezahlbar werden.

Fazit

Sofern sich Tierrechts- und Tierbefreiungsgruppen weiter mit der GAP-Reform beschäftigen und vielleicht sogar entsprechende Aktionen durchführen wollen, sollten die Forderungen gut überlegt sein. Eine schlichte Forderung nach einem Ende aller landwirtschaftlichen Subventionen ist meiner Meinung nach im momentanen System nicht wünschenswert; selbst eine alleinige Forderung nach dem Ende der Subventionierung der Tierausbeutung wäre meines Erachtens verkürzt. Auch die Pflanzenproduktion kann höchst problematische Auswirkungen mit sich bringen. Deshalb sollte als erstes möglichst klar definiert werden, wie das gewünschte Landwirtschafts- (und Ernährungs-) system aussehen sollte, bevor überlegt wird, wie ein Subventionssystem und die GAP aussehen müssten, um dieser Idealvorstellung nach und nach näher zu kommen. Von heute auf morgen ist das sicherlich nicht umsetzbar…

[1] Alle Zitate wurden dem Artikel „Gutes Essen für alle! Grundlagen einer antispeziesistischen Landwirtschaft von morgen" von Ulrike Schwerdtner entnommen. Dieser Artikel erscheint in Ausgabe 2 der *Zeitschrift für kritische Tierstudien* im *Animot-Verlag*.

[2] Dieses Fazit zieht beispielsweise auch der NABU aus einer wissenschaftlichen Studie, die ein Forscher*innenteam aus acht Ländern dieses Jahr in der Fachzeitschrift Science veröffentlicht hat, nachdem sie den damals aktuellen Reformvorschlag der GAP analysiert hatten.

[3] www.bit.ly/2NgRhrT



Versuchen, die Lebensfreude nicht aus den Augen zu verlieren

In Münster hat sich mit *„tiefgrün“* eine Gruppe gegründet, die Strukturen für mehr emotionale und psychologische Nachhaltigkeit im Tierbefreiungsaktivismus bereitstellen will.

Wer kennt sie nicht, jene belastenden Situationen des Alltags, die einzeln betrachtet irgendwie verkraftbar, in der Summe aber doch sehr schwerwiegend und frustrierend sind?

Ein vorbeifahrender Tiertransporter, der*die Kolleg*in mit dem Wurstbrot auf der Arbeit oder in der Schule, die zahllosen Pelzkragen an den Jacken der Menschen in der Innenstadt oder der Radiobeitrag über die kulinarische Qualität eines Rumpsteaks – das sind nur einige Beispiele für Konfrontationen, mit denen sich die meisten der Leser*innen wahrscheinlich regelmäßig auseinandersetzen müssen. Situationen wie diese sind jedoch nur Begleiterscheinung im Alltag von Tierbefreiungsaktivist*innen, denn so richtig dicke kommt es vor allem, wenn sie sich in der Öffentlichkeit für ihre Ziele einsetzen oder unter dem Radar an jene Orte gehen, wo die entsetzlichen Quälereien und Missbräuche stattfinden.

Streitgespräche mit omnivoren Menschen – ob offline oder online – sind immer wieder eine große Herausforderung und gehen nicht selten mit enormen Frustrationen einher; aus persönlicher Erfahrung kann ich berichten, dass mich derlei Situationen schon dazu veranlasst haben, mich gezielt von Menschen fernzuhalten und mich völlig in meine vegane Blase zurückzuziehen. Aber das ist leider nicht zielführend, denn es braucht den Austausch, die Aufklärung, die Rebellion und die Direkte Aktion.

Wer sich völlig ohne selfcare-Maßnahmen im Aktivismus verausgabt, sich immer wieder in jenes feindselige Getümmel aus herablassenden Kommentaren, ignoranten Reaktionen und schrecklichen Bildern stürzt, ohne zwischendurch auch an sich selbst zu denken, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Lang oder Kurz aus der Bewegung fallen – und nebenbei auch erheblich an Lebensfreude einbüßen.

Es mag angesichts der schier maßlosen Leiden in der Welt arrogant anmuten, sich selbst ein Recht auf Lebensqualität einzuräumen, aber ich sehe das (mittlerweile) sehr pragmatisch:

Erstens habe ich auf vieles von dem, was ich abstoßend und skandalös finde, keinen oder nur einen mittelbaren Einfluss – das ist scheiße, aber leider auch Fakt. Wenn ich Dingen und Zuständen, die sich meinem Einfluss entziehen, erlaube, sich meiner zu bemächtigen, bin ich ihnen hilflos ausgeliefert. Das möchte ich nicht und das widerstrebt meiner Meinung nach außerdem dem Anspruch auf Autonomie.

Zweitens kann ich nur dann für meine Überzeugungen eintreten, wenn ich voll da und voll bei der Sache bin. Anders ausgedrückt: Ich kann mich eine Weile gnadenlos selbst ausbeuten und daran zugrunde gehen oder ich gebe Acht auf mich und meine Gesundheit, damit ich lange dabei- und dranbleiben kann.

STRUKTURELL BASIERT DAS PROJEKT AUF VIER SÄULEN, DIE JE EINEN SPEZIFISCHEN ASPEKT NACHHALTIGEN AKTIVISMUS‘ ADRESSIEREN:

1. DAS GRUPPENGESPRÄCH (GRÜNES SOFA)

Einmal monatlich lädt *„tiefgrün“* zum sogenannten „Grünen Sofa“ ein, das heißt zu einer gemütlichen Gesprächsrunde bei Tee und Kaffee, die der Kommunikation über Themen dienen soll, die die teilnehmenden Aktivistis je nach Bedarf selbst bestimmen.

Da wir als Aktivist*innen häufig mit denselben Problemen und Frustrationen konfrontiert werden, bietet das Gruppengespräch einen guten Rahmen, um sich konstruktiv auszutauschen und zu beratschlagen. Darüber hinaus gilt ja bekanntlich ganz allgemein: Geteiltes Leid ist halbes Leid!

2. DAS EINZELGESPRÄCH

Es gibt aber natürlich auch Themen, die für Gruppengespräche eher ungeeignet sind. Für solche Fälle bietet *„tiefgrün“* auch Einzelgespräche an, die auf verschiedenen Kanälen erfolgen können: persönlich, telefonisch oder schriftlich.

3. RECHTSBERATUNG UND REPRESSION

Wer sich mit den hegemonialen Zuständen anlegt, muss immer damit rechnen, ins Visier der Ermittlungs- und Repressionsbehörden zu geraten. In einem solchen Fall kommt nicht selten die frustrierende Erfahrung hinzu, völlig auf sich allein gestellt und der Staatsmacht ausgeliefert zu sein. Das möchte *„tiefgrün“* dadurch verhindern, eine allgemeine Rechtsberatung anzubieten, die zwar nicht hochprofessionell, dafür aber engagiert ist und sowohl erste Hilfe bieten als auch an offizielle Stellen vermitteln kann.

4. BILDUNGSARBEIT

Parallel zu den Hilfs- und Unterstützungsangeboten möchte *„tiefgrün“* auch Bildungsarbeit leisten, bei der das Themenfeld „Nachhaltiger Aktivismus“ zwar klar im Vordergrund steht, aber nicht ausschließlich behandelt wird. Veranstaltungen und gemeinsame Aktionstage sind auch zu anderen Anlässen und Themen vorstellbar, die ins Portfolio emanzipatorischer Bestrebungen passen.

Das sind nun keine großartigen Neuigkeiten, erst vor kurzem hat Timo Luthmann ein Handbuch für nachhaltigen Aktivismus herausgebracht – Danke dafür!

Aber was nützen gute Ratschläge, wenn sie ignoriert werden? Das haben sich auch die Aktivisti von *„tiefgrün“* gedacht und in Analogie zu „out of action“ ein Projekt ins Leben gerufen, das als Anlaufstelle für all jene aus der Bewegung dienen soll, die eine Pause, Unterstützung, wen zum Quatschen oder auch Rechtsberatung brauchen.

Die Aktivist*innen von *„tiefgrün“* begreifen ihr Projekt als Angebot für alle, denen der Sinn nach Austausch und Kommunikation über belastende Themen aus dem Aktivist*innenalltag steht. Durch berufliche Erfahrungen oder private Weiterbildungen kann ein Mindestmaß an Kompetenz und Knowhow gewährleistet werden, doch auch ohne diese zweifelsohne hilfreichen Hintergründe kann ein Projekt wie *„tiefgrün“* zielführend und hilfreich sein, denn:

Um füreinander da zu sein, einander zuzuhören und zu unterstützen, braucht es keiner Zertifikate und aufwändigen Ausbildungen. Oft reicht die Bereitschaft, das Gegenüber mit seinen Sorgen und Anliegen ernst zu nehmen, um die gewünschten Effekte zu erzielen. Manchmal ist allein die Erfahrung, mit seinen Problemen und Sorgen nicht allein zu sein, der erste Schritt in Richtung eines nachhaltigeren Umganges mit sich selbst und seinen Ressourcen. Und überhaupt leben Projekte wie *„tiefgrün“* davon, dass sich viele Menschen mit den verschiedensten Kompetenzen und Persönlichkeiten an ihnen beteiligen, sodass eine Vielfalt an Angeboten und Perspektiven entsteht, von der letztlich jede Einzelne*jeder Einzelne profitiert.

Falls ihr jetzt Lust bekommen haben solltet, selbst ein Projekt wie *„tiefgrün“* ins Leben zu rufen, lasst euch bitte nicht aufhalten! In diesem Sinne: Passt auf euch auf und gebt aufeinander Acht – Für eine starke und nachhaltige Bewegung!

*Aktivist*innen von „tiefgrün“*

Bei Fragen und dem Wunsch nach Unterstützung erreicht ihr die Münsteraner Aktivist*innen unter: tiefgruen-ms@riseup.net.



Butenland

Tierrechts-Doku auf den Internationalen Hofer Filmtagen 2019 ausgezeichnet

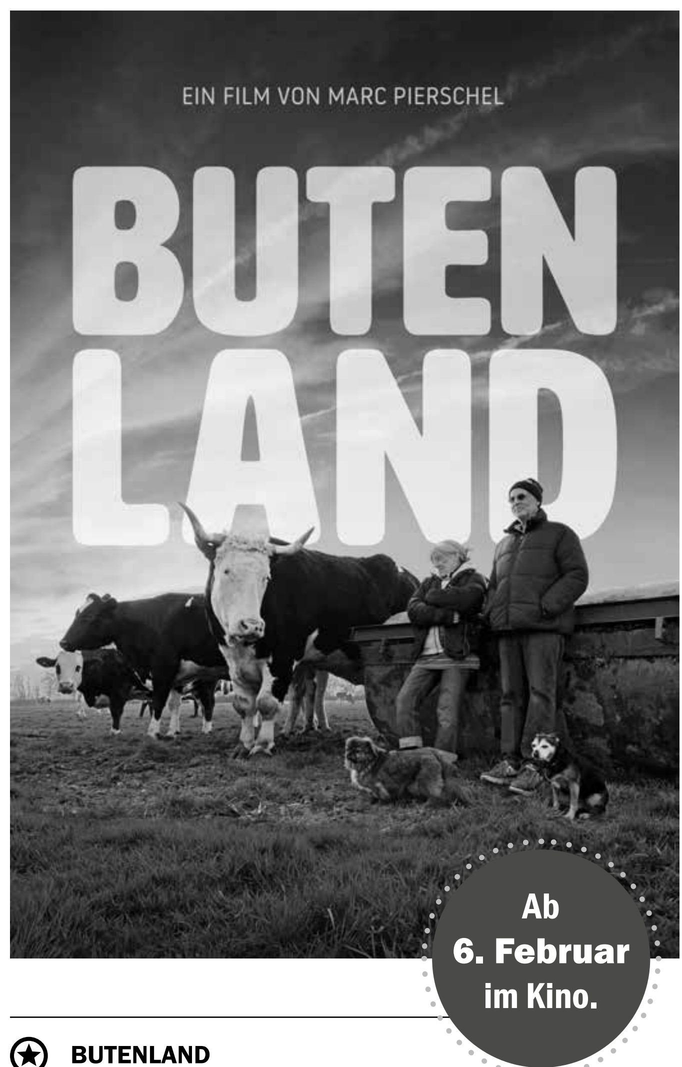
2019 gingen sie zum 53sten mal über die Bühne: die Internationalen Hofer Filmtage – sie zählen zu den weltweit renommiertesten Festivals für non-mainstream-Filme –, bei denen seit 1967 jedes Jahr Ende Oktober die ostoberfränkische Kleinstadt Hof für sechs Tage zum Nabel der Filmwelt avanciert. Vom 22. bis 27. Oktober wurden 141 Filme gezeigt, vorausgewählt aus rund 2.500 Einsendungen. Sämtliche Beiträge, darunter herausragende Arbeiten von Newcomern wie Lothar Herzog oder Sven Hill, waren als deutsche Erstaufführungen beziehungsweise Weltpremieren zu sehen.

Weltpremiere feierte auch der Dokumentarfilm „Butenland" des Münsteraner Regisseurs Marc Pierschel, in Tierrechtskreisen bekannt nicht zuletzt durch seine Filme „Live and Let Live" (2013) und „The End of Meat" (2016). TIERBEFREIUNG-Autor Colin Goldner war in Hof mit dabei.

In ruhigen Einstellungen erzählt Pierschel von „Hof Butenland", einem ehemaligen Milchviehbetrieb auf Butjadingen, einer Halbinsel an der deutschen Nordseeküste. Mit der sehr persönlich gehaltenen Geschichte von Jan Gerdes und Karin Mück, die den Hof heute als Altenheim für ausrangierte sogenannte Milchkühe betreiben, wirft er einen weit zurückreichenden Blick auf die Anfänge der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung und zeichnet zugleich das anrührende Bild einer real gewordenen Utopie: eines Ortes, an dem ehemalige landwirtschaftliche „Nutztiere" leben können, ohne irgendwelchen weiteren Nutzen erfüllen zu müssen.

Jan

Landwirtschaftsmeister Gerdes hatte den Hof Ende der 1970er Jahre von seinen Eltern übernommen, deren als „konventionell" geltenden Umgang mit „Milchkühen" als reine Renditeobjekte er nie gutheißen konnte. Als erster Bauer der Region stellte er seinen Betrieb auf biologische Landwirtschaft (nach Demeter-Richtlinien) um: Verkleinerung der Herde und damit Vergrößerung des Stallplatzes für jedes einzelne Tier sowie konsequente Abschaffung der Anbindehaltung; auch konnte er die neugeborenen Kälber etwas länger bei ihren Müttern belassen, anstatt sie ihnen kurz nach der Geburt schon wegnehmen zu müssen. Doch auch „bio", wie Jan erkennen musste, bedeutete für die Tiere letztlich keinen Unterschied: Sobald die geforderte Milchleistung einer Kuh nachließ oder sie gesundheitliche Probleme bekam, wurde sie, oft schon im Alter von zwei, drei Jahren, geschlachtet. Milchbauer Gerdes konnte und wollte so nicht weitermachen. Sein Entschluss, komplett aus der prinzipiell



BUTENLAND
Dokumentarfilm 2019
Regie/Produktion: Marc Pierschel
Trailer: www.butenland-film.de



Den Hofer Dokumentarfilmpreis 2019 GRANIT gewinnt Marc Pierschel mit BUTENLAND. Foto: Andreas Rau

nicht tiergerecht umsetzbaren „Milchviehhaltung“ auszusteigen, stürzte ihn in eine tiefe existentielle Krise: Kühe weg, damit Einkommen weg, in der Folge Ehefrau und Kinder weg. An diesem absoluten Tiefpunkt seines Lebens fand Jan sich in einer psychologischen Reha-Maßnahme wieder. Dort traf er, wie das Leben so spielt, auf seine spätere Partnerin Karin Mück.

Karin

Anfang der 1980er: Karin, gelernte Psychiatrie-Krankenschwester, hatte an ihrem Arbeitsplatz in einem Hamburger Uniklinikum einen Blick in das hauseigene Forschungslabor werfen können und die unter indiskutablen Bedingungen dort gehaltenen und grausamsten Experimenten unterworfenen Versuchstiere gesehen: Hunde, Katzen, Affen, Schafe, Meerschweinchen, Mäuse… Ihr Entschluss stand fest: Die Tiere müssen befreit werden, aus diesem und aus jedem anderen Labor. Mit einer kleinen Gruppe Gleichgesinnter brach sie nachts in verschiedene Labore und Versuchsanstalten ein, entwendete ein paar der Tiere und demolierte Laboreinrichtungen. Beim Versuch, ein noch nicht in Betrieb genommenes Großlabor in Brand zu setzen, wurde sie von einem Sondereinsatzkommando der Polizei geschnappt und kam in Isolations-U-Haft. Der seinerzeitige Generalbundesanwalt, Kurt Rebmann, der die Tierbefreiungsaktionen als Terroranschläge gegen die Bundesrepublik Deutschland auf gleicher Ebene wie die der RAF wertete, zog die Sache an sich. Glücklicherweise fand Karin einen Richter, der ihre uneigennützige und rein tierethische Motivation erkannte und den Terrorismusvorwurf fallen ließ. Sie wurde zu 15 Monaten auf Bewährung verurteilt. Die Folgen der Isolations-U-Haft und des Prozessgeschehens verschlugen sie rein zufällig in eben jene Reha-Maßnahme, an der auch Jan teilnahm.

Kuhaltenheim

Gemeinsam beschlossen Jan und Karin Hof Butenland zu einem Altenheim für ausrangierte Milchkühe umzugestalten. Von den ehedem sechzig Kühen aus Jans Milchviehbetrieb waren noch zwölf auf dem Hof, denen sie versprachen, auf Lebenszeit dort bleiben zu dürfen. Nach und nach kamen weitere Rinder aus schlechter Haltung hinzu oder solche, die vor dem Schlachter gerettet werden konnten. Mittlerweile beherbergt Hof Butenland neben fünfundvierzig Rindern auch in Not geratene Schweine, Hühner, Enten, Gänse, Hunde, Katzen, Pferde und Kaninchen: ein nachgerade paradiesisches Refugium für all jene, die das Glück hatten, dort zu landen.

Marc Pierschels einfühlsamer Film fängt die beglückenden Momente auf Hof Butenland ebenso ein wie die herzzerreißenden, wenn ein Tier stirbt oder von Leiden erlöst werden muss; und er lässt hautnah miterleben, mit wieviel Hingabe und Opferbereitschaft Jan und Karin für die ihnen anvertrauten Tiere da sind. Seit Jahren haben sie keinen freien Tag mehr gehabt, von Urlaub gar nicht zu sprechen. Längst wurden der Hof und das dazugehörige Grünland in eine gemeinnützige Stiftung eingebracht, aus deren Vermögen, ebenso wie aus Patenschaften, Spenden und nicht zuletzt dem Verkauf selbstproduzierten Stroms aus einer Windradanlage, der Hofbetrieb finanziert wird.

Granitpreis

Bei den Hofer Filmtagen 2019 wurde Marc Pierschels Film als bester Dokumentarfilm ausgezeichnet: Per einstimmigem Juryvotum erhielt er den mit 7.500 Euro dotierten sogenannten „Granitpreis“. Die Jury begründete ihren Entscheid so: „Ein Film, der von einem Ort erzählt, der nicht in unser gängiges System passt. Ein Heim für ausrangierte Nutztiere, eine packende Geschichte über Aktivisten und Tierschützer. »Butenland« erlaubt den Perspektivwechsel. Entstanden ist ein zärtlicher Film, der weh tut und uns einlädt, anders zu denken.“

Über den Verleiher Mindjazz Pictures wird „Butenland“ 2020 in die Kinos kommen. Wünschenswert wäre, dass der Film auch in Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen gezeigt würde.

Colin Goldner

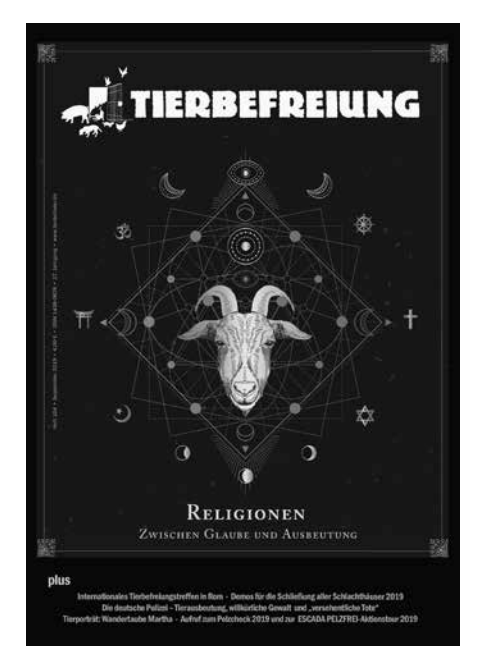
Revolution gegen Gott

Unvollständige Gedanken über Sinn und Ethik ohne Metaphysik

» von Kevin Pottmeier

Die letzte Ausgabe der TIERBEFREIUNG erschien unter dem Titel „Religionen. Zwischen Glaube und Ausbeutung“ und hat herausgearbeitet, inwieweit Religion einen Beitrag dazu leistet, patriarchale, anthropozentrische, speziesistische und andere repressive gesellschaftliche Strukturen zu legitimieren beziehungsweise zu reproduzieren. Das zu verfolgen war sehr spannend, was mir persönlich allerdings ein wenig zu kurz kam, war die Frage nach konkreten Alternativen zu einer gott- und religionsfreien Weltanschauung.

Das Bedürfnis nach Metaphysik ist menschlich – und der historisch verbreitetste Umgang mit der Ungewissheit über das eigene Schicksal ist die Flucht in ein religiöses Glaubenssystem. Rein psychologisch ist das sicherlich auch naheliegend, denn jede Wissenslücke – und die Beschränktheit unseres Erkenntnisapparates lässt Lücken zur Regel und Wissen zur Ausnahme werden – kann auf der Grundlage eines Gottesglaubens recht bequem gefüllt werden: Gott als Lückenbüßer. Wäre die Gewohnheit, Gott als Antwort auf alle unsere Erkenntnis übersteigenden Fragen zu benennen, eine rein persönliche Angelegenheit, um besser mit der Absurdität[1] unseres Daseins klarzukommen, gäbe es wenig daran auszusetzen. Doch Religionen als Institution sind weder persönlich noch harmlos, sondern – wie in der letzten Ausgabe der TIERBEFREIUNG gezeigt wurde – ein Unterdrückungsmechanismus, ein Herrschaftsinstrument und eine Verneinung des guten Lebens. Insofern ist es für den Weg in eine befreite Gesellschaft unerlässlich, Religionen und Gott zu überwinden. Dass auch etwa 1 1/3 Jahrhunderte, nachdem Nietzsche Gottes Tod diagnostizierte, Religionen immer noch einen so großen Einfluss auf unser Leben haben, hängt meiner Meinung nach auch mit der Angst zusammen, sich ohne



TIERBEFREIUNG 104: Religionen – zwischen Glaube und Ausbeutung

Gott hilflos, verlassen und verzweifelt zu fühlen. Aber das muss nicht sein.

Sinn ohne Gott – geht das?

Welchen Sinn hat Leben? Nüchtern betrachtet funktioniert die Natur, die lebendig ist und deren Teil wir sind, nach einem Prinzip, das, müsste es sich einer sittlichen Beurteilung unterziehen, selbst nach Maßstäben bürgerlicher Moralvorstellungen gnadenlos verurteilt gehörte.

Im satirischen „Misanthropischen Manifest“ des Künstler*innenkollektivs Neo C. findet sich eine Stelle, die dieses Prinzip meines Erachtens sehr gut zusammenfasst:

> „Was aber nicht bloß nicht richtig, sondern geradezu der Gipfel der Widersinnigkeit ist, ist der Glaube, sie [die Natur] sei ein Werk einer liebenden Gottesgestalt! So zauberhaft uns die Natur auch erscheint, so grausam, unerbittlich und gnadenlos ist sie in ihrem Innersten. […] Sie schafft Kreaturen, jede einzelne von ihnen ausgestattet mit einem individuellen Lebenswillen, mit der Fähigkeit, zu fühlen, zu wünschen, zu leiden, und lässt sie übereinanderherfallen, sich zerfressen, zerfleischen, zerstückeln. […] Ihr geht es nicht um die Subjekte, die sie schafft, sondern allein um ihr objektives Funktionieren auf Kosten eben aller individuellenLebensqualität.“[2]

Natürlich gibt es auch Solidarität und Kooperation in der Natur – und das nicht allein in menschlichen Gesellschaften, wie zum Beispiel Kropotkin schon gezeigt hat.[3] Es ist nicht alles Konkurrenz und verbitterter Kampf ums Dasein, aber bei ausreichender Abstraktion vom Einzelfall wird schon recht schnell deutlich, dass die Natur zwar zweifelsfrei bewundernswert, aber eben auch insofern sinnlos ist, als sie kein erkennbares Ziel verfolgt und nach Gesetzen funktioniert, die, wären sie von

einem Schöpfergott installiert worden, diesen als Sadisten ausweisen würden.

Endgültig Zweifel an einer Sinnhaftigkeit der Natur kommen mir, wenn ich mir vor Augen führe, dass Lebewesen, die unter den widrigen Bedingungen der Leidensfähigkeit ein Leben fristen, neue Lebewesen erzeugen, denen es genauso geht.[4] Die Rolle des Menschen innerhalb dieses natürlichen Treibens wurde seit jeher überschätzt[5] – aber gleichzeitig auch seit jeher angezweifelt und widerlegt. Bei Nietzsche heißt es:

> „Seit Kopernikus scheint der Mensch auf eine schiefe Ebene gerathen, – er rollt immer schneller nunmehr aus dem Mittelpunkt weg – wohin? in's Nichts? in's *durchbohrende Gefühl des Nichts*?"[6]

Wenn Gott durch naturwissenschaftliche Errungenschaften zwar nicht wiederlegt, seine Existenz aber fundiert in Zweifel gezogen wird, steht er als Sinnstifter nicht weiter zur Verfügung. Was aber tritt an seine Stelle? Etwa das von Nietzsche beschworene „durchbohrende Gefühl des Nichts"? Vielleicht. Aber das muss nicht sein. In seinem Essay „Das Leben und der Sinn des Ganzen. Zwischen Nihilismus und einem Funken Moral" unterbreitet Patrick Spät den einleuchtenden Vorschlag, zwischen einem inneren und einem äußeren Sinn zu unterscheiden.

Da ein äußerer Sinn, das heißt ein Sinn durch Gott oder andere metaphysische Instanzen, niemals verifiziert werden kann (schließlich ließe sich immer die Frage nach dem Sinn des letzten Sinns, also zum Beispiel dem Sinn von Gott stellen); da sich jeder äußere Sinn also im infiniten Regress[7] verliert, spricht Patrick Spät sich in einem durchaus existenzialistischen Sinne dafür aus, sich einen inneren Sinn selbst zu schaffen. So schreibt er: „Der Sinn des Lebens kann nicht von außen kommen. […] Ja, es kann gar kein äußerer Sinn existieren. Es existiert nur der suchende Mensch."[8] Spät geht sogar so weit zu sagen, dass ein äußerer Sinn, würde er bestehen, den Menschen determiniere und ihm jene Freiheit nähme, die gerade wegen der objektiven Sinnlosigkeit bestehe. Das erinnert stark an Sartre, der behauptet, „der Mensch [sei] nichts anderes als das, wozu er sich macht."[9]

Natürlich drängt sich die Frage auf, ob nicht auch ein subjektiver Sinn letztlich eine Illusion und Betrug an sich selbst sei – gegenüber einem von außen kommenden und den Menschen entmündigenden Sinn hat eine subjektive Sinnsetzung aber zwei entscheidende Vorteile:

1. Ein subjektiver Sinn hat das empirische Leben als Bezugspunkt, ist also weniger spekulativ und viel realitätsnäher.
2. Der subjektive Sinn gibt dem Menschen seine ihm von Religionen geraubte Würde zurück, denn er wird vom Individuum selbst und nicht von Gott bestimmt.

Wenn wir uns das Treiben auf der Erde anschauen und zugrunde legen, was weiter oben über das „Prinzip Natur" geschrieben wurde, wird schnell ersichtlich, wonach alles Lebendige eigentlich strebt: Die Vermeidung von Leid oder im Umkehrschluss: Lust, das heißt angenehme Erfahrungen. Als Naturalist bin ich der Meinung, dass wir in erster Linie körperliche Wesen sind und alles Mentale eine physische beziehungsweise materielle Grundlage besitzt. Wir stecken in mit Sinnesrezeptoren ausgestatteten Körpern, die uns leiden und Freude verspüren lassen – es sind keine Empfindungen, keine Wahrnehmungen und es ist kein Denken vorstellbar ohne die Daten, die unser Leib aufnimmt und zu gangbaren Informationen verarbeitet. Es gibt, wie es der Philosoph und Wissenschaftstheoretiker Bernulf Kanitscheider nennt, ein „Streben aller Menschen [und nichtmenschlicher Lebewesen] nach irgendeiner Form des sinnlichen Genusses"[10] und vielleicht liegt hier ganz tendenziös gedacht der Sinn unseres Daseins. Vielleicht leben wir der guten Erfahrungen wegen, die wir machen können und selbst wenn das Empfinden von Lust keine vollends zufriedenstellende Antwort auf die große Sinnfrage bietet, so lässt sich doch nicht leugnen, dass hedonistische[11] Momente unser Leben lebenswert machen. In Momenten der Lust fühlt sich Leben richtig und selbsterklärend an, in intensiven Lusterfahrungen ist die Frage nach dem Sinn des Lebens vielleicht die letzte, die uns in den Sinn kommt. Dass Religionen im Regelfall genau das Gegenteil von uns verlangen, nämlich die Selbstzügelung bis hin zur Askese, sei nur eine Randbemerkung an dieser Stelle.

Natürlich muss gelebter Hedonismus Grenzen haben, diese allerdings sollten nicht aus metaphysischen Glaubenssystemen abgeleitet werden, sondern – wie der Hedonismus auch – aus dem Leben selbst.

Ethik ohne Gott – geht das auch?

Wenn Gott nicht existiert, dann ist alles erlaubt – das behauptete jedenfalls der russische Schriftsteller Fjodor Dostojewski, und zwar um sich *für* die Existenz Gottes auszusprechen. Nur Gott und seine klerikalen Vertreter (hier zu gendern erübrigt sich) bringen Werte in die Welt? Das ist natürlich Unfug, zumal diejenigen Werte, die Religionen in der Regel predigen, im krassen Widerspruch zum tatsächlichen Verhalten der Geistlichen stehen. Aber ist es nicht vielleicht wirklich so, dass ohne metaphysisch „begründete" Glaubenssysteme die Welt in einen Werte-Nihilismus stürzt und keine*r mehr weiß, was sittlich geboten ist und was nicht? Diese Annahme ist vielleicht nicht ganz unberechtigt; wer Gott den Rücken kehrt, sieht immer mal wieder das Gespenst des Nihilismus aus den finstersten Ecken der Vorstellungskraft hervorlugen. Doch wie auch bei der Sinnfrage täten wir gut daran, auf uns und das Leben selbst zu schauen, um Orientierung und Halt zu finden. Zwar halte ich eine Ethik, die auf alle Situationen und Dilemmata zufriedenstellende Antworten findet, für ausgeschlossen, aber ich bin der Überzeugung, dass es so etwas wie einen moralischen Kompass geben kann, der uns Orientierung schenkt und aus uns selbst statt aus einer Religion heraus abgeleitet werden kann.

Wenn (wie oben behauptet) der Lustgewinn als sinnstiftendes Element im Leben akzeptiert wird, ist daraus die zunächst banal anmutende Regel abzuleiten, möglichst vielen Lebewesen möglichst viel Lustgewinn zu ermöglichen. Das

klingt jetzt stark utilitaristisch und wahrscheinlich ist es das zu einem gewissen Grad auch, aber ich persönlich spreche mich klar gegen eine pedantische Kosten-Nutzen-Abrechnung in Ethikfragen aus. Ich möchte vielmehr auf Folgendes hinaus: Den meisten Menschen ist die Fähigkeit angeboren, Mitleid zu empfinden. Ich halte dieses Vermögen für sehr intuitiv und ursprünglich, es gibt vermutlich kaum Kinder, die – wenn sie nicht schon entsprechend indoktriniert wurden – das Abschlachten einer Kuh oder das Treten eines Hundes ohne empathische Gefühlsregung hinnähmen. Ich glaube, dass in einem Großteil aller Menschen diese Fähigkeit vorhanden ist und dass die Schrecken, die beim Anblick einer leidenden Kreatur auftreten (oder aufzutreten versuchen) einen sittlichen Wert auch ohne Gott in die empirische Welt setzen. Der unausgesprochene Apell eines leidenden Lebewesens an den Beobachter*die Beobachterin, Hilfe zu leisten, steigt in uns auf, noch ehe wir die entsprechende Situation gedanklich begreifen. Patrick Spät spricht mit Verweis auf den Philosophen Hans Jonas von einer „Sieh hin und du weißt-Mentalität“,[12] die ich sehr gut nachvollziehen kann. Vielleicht ist es gar nicht vonnöten, abstrakte Gedankengebäude über Ethik zu errichten, vielleicht braucht es keine kantianische „Kritik der praktischen Vernunft“,[13] um zu verstehen, was sittlich angeblich geboten oder verboten ist. Menschen und andere Tiere haben bestimmte Bedürfnisse und streben zwecks Lusterfahrung nach ihrer Befriedigung. Im Umkehrschluss heißt das, dass Lebewesen Leid vermeiden möchten. Wenn wir unser Verhalten nach der Prämisse ausrichten, dass alle Individuen ein möglichst lustvolles beziehungsweise leidfreies Leben anstreben und ein Anrecht darauf haben, entsprechende Erfahrungen zu machen, dann ist diese Haltung meines Erachtens ein guter Anhaltspunkt für sittliche Orientierung. Ich weiß nicht, ob es so etwas gibt oder welcher Begriff besser geeignet wäre, aber ich würde in diesem Zusammenhang von einer *intuitiv-empathischen Mitleidethik* sprechen. Mir ist schon klar, dass ein solcher Ansatz Detailfragen nicht lösen kann: Hat Lust/Leid immer dieselbe Qualität? Sind Insekten auch Hedonisten? Wie soll ich mich in moralischen Dilemmasituationen entscheiden?

Diese selbstverständlich unvollständige Antwort auf die Frage, wie eine Ethik ohne Gott aussehen könnte, ist natürlich nicht befriedigend geklärt, aber das war auch nie mein Anspruch. Mir geht es einfach darum zu zeigen, dass es auch Werte ohne Religion gibt und dass diese Werte aus dem Leben und uns selbst heraus abzuleiten sind – wir brauchen dafür keinen Gott oder so. Eine Ethik ohne religiöses Dogma hat darüber hinaus den Vorteil, dass sie uns als Individuen dazu auffordert, selbst zu urteilen, sich Gedanken zu machen und dynamisch zu bleiben. Wenn mir Religionen weder Sinn noch Moral zur Verfügung stellen, muss ich selbst zusehen, wie ich meinem Leben einen Wert geben kann. Ich nenne das Freiheit.

Schlussbetrachtung

Religionen manifestieren Herrschaft, entmündigen und sind vor allem eines: überflüssig. Wir brauchen keinen Gott, um ein gutes Leben und einen sittlichen Kompass zu haben. Ich würde sogar sagen, dass uns Gott und seine Religionen dabei eher im Weg stehen. Die Gefahr, ohne metaphysische Glaubenssysteme ins nihilistische Nichts abzudriften, ist zwar real, aber ihr kann begegnet werden, zum Beispiel durch eine lebens- und alltagsbezogene Sinnsuche. Das Gefühl, Lust zu empfinden, braucht keine theoretische Herleitung, um als positiv empfunden zu werden. Wer Lust empfindet, weiß, dass das gut ist. Ich spreche mich klar für eine hedonistische Kultur der Lebensbejahung aus, weise aber natürlich darauf hin, dass Lust nicht um jeden Preis gewonnen werden darf. Hier kommt die ebenfalls gut ohne Gott auskommende Ethik ins Spiel, denn das hedonistische Prinzip ist universell: Alles Leben will Lust und kein Leid. Dieser Grundsatz sollte stets berücksichtigt werden. Die Beschaffenheit der Natur mutet zunächst völlig widersinnig an: Lebewesen fallen übereinander her, um sich am Leben zu erhalten – und dann letztlich doch zu sterben. Angesichts dieses perfiden Mechanismus und der kolossalen Nichtigkeit des Individuums im kosmischen Maßstab ist es schwer, an einen externen Sinn oder eine liebende Gottesgestalt zu glauben. Doch wir können uns unsere eigene Bedeutungslosigkeit und auch die Beschaffenheit der Natur insofern zu Nutze machen, als wir darin eine Freiheit und die Fähigkeit entdecken, ein sinnlich schönes Leben zu führen und anderen zu ermöglichen. Akzeptieren wir das Absurde in der Welt und werden wir ein flüchtiger, aber glücklicher Teil davon!

[1] Im „Der Mythos des Sisyphos“ beschreibt der französische Schriftsteller und Philosoph Alber Camus das „Absurde“ als jenes Lebensgefühl, das sich bei der Erkenntnis einstellt, ein letztlich völlig sinn- und zielloses Dasein zu führen. Die Absurdität unseres Lebens äußert sich vor allem in der krassen Diskrepanz zwischen subjektiver Weltwahrnehmung und der objektiven Gleichgültigkeit der Natur unserem Dasein gegenüber.

[2] Neo C. (2019): Das Misanthropische Manifest – Warum es die Menschen nicht geben sollte. In: Wer zur Welt kommt, den bestraft das Leben. Von der Betrachtung zur Verachtung zum Trotz. befreit –Schriften zur Tierbefreiung 2, Lengerich/Westfalen, Seite 59.

[3] Vergleiche Kropotkin (1902): Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt.

[4] Ich möchte an dieser Stelle explizit betonen, dass ich nicht den subjektiv empfundenen Wert einer Geburt in Zweifel ziehe – im Gegenteil: Ich bin mir sicher, dass Kinder und die Liebe zu ihnen ein Menschenleben auszufüllen vermögen.

[5] Ich meine das nicht kausal, sondern ideologisch. Kausal ist die Menschheit gerade dabei, die Natur ganz wesentlich zu beeinflussen.

[6] Friedrich Nietzsche: Zur Genealogie der Moral, KSA 5, Seite 404.

[7] „Infiniter Regress“ meint den endlosen Rückgang in einer unendlichen Reihe und wird auch als „Matrjoschka-Problem“ bezeichnet.

[8] Patrick Spät (2013): Das Leben und der Sinn des Ganzen. Zwischen Nihilismus und einem Funken Moral, Seite 47.

[9] Jean-Paul Sartre (2010): Der Existenzialismus ist ein Humanismus. In: Der Existenzialismus ist ein Humanismus und andere philosophische Essays, Seiten 145–192.

[10] Bernulf Kanitscheider (2007): Die Materie und ihre Schatten. Naturalistische Wissenschaftsphilosophie, Seite 223

[11] Der philosophische Hedonismus geht davon aus, dass Lusterfahrungen einen intrinsischen Wert haben und unsere Lebensqualität umso besser ist, je mehr Lust wir verspüren.

[12] Vergleiche Patrick Spät (2013): Das Leben und der Sinn des Ganzen. Zwischen Nihilismus und einem Funken Moral, Seiten 89–94.

[13] Kants Moralphilosophie halte ich persönlich nicht allein für sehr kompliziert und konstruiert, sondern vor allem für reduktionistisch: Für Kant ist der Mensch Vernunft und nichts als Vernunft, das Körperliche kommt bei ihm meiner Meinung nach sträflich zu kurz.



Save the dates!

Macht mit!

Aktionsbündnis für eine Massenaktion gegen die Tierindustrie!

Nach einer Aktionskonferenz im Juli 2019 hat sich ein breites Bündnis gegen die Tierindustrie aus Gruppen und Einzelpersonen der Ernährungssouveränitäts-, Klimagerechtigkeits- und Tierrechts-/Tierbefreiungsbewegungen formiert.

Nach mehreren Folgetreffen steht nun unser Aktionsziel fest: Wir werden im Frühsommer 2020 ein Protestcamp in Niedersachsen organisieren – By2020WeRiseUp! Dort wollen wir bewegungsübergreifend, mit einer vielfältigen Massenaktion gegen einen Hauptakteur der deutschen Tierindustrie vorgehen: PHW mit seinen Marken Wiesenhof, Bruzzzler und Co.

Gemeinsam wollen wir dort hingehen, wo wir die Tierindustrie am empfindlichsten treffen! Wir wollen dort hingehen, wo der Klimawandel gemacht wird! Wir wollen die Profiteure von Klimawandel, Tierleid und Ausbeutung zur Rechenschaft ziehen! Wir wollen uns verbünden – schließt euch uns an! Gemeinsam stoppen wir PHW und die Tierindustrie! Wir sind ein überregionales Bündnis und organisieren uns in themenbezogenen Arbeitsgruppen. Alle fünf Wochen treffen wir uns in einer anderen Stadt zu einem offenen Bündnistreffen, an dem neue Gruppen und Einzelpersonen gerne teilnehmen können. Das nächste Bündnistreffen findet am 11./12. Januar 2020 statt (danach 15./16.02.) Schreibt uns bei Interesse: aktionscamp-tierindustrie-2020@riseup.net

Veröffentlicht diesen Aufruf gerne auf euren Verteilern und Mailinglisten, leitet ihn an weitere potentiell interessierte Gruppen weiter oder teilt ihn in Messenger-Channels und auf Social Media!
Weitere Infos folgen.
System Change not Climate Change!

20. bis 24. Dezember 2019

Winteraktionstage gegen ESCADAs Pelzhandel

Ob wir es wollen oder nicht, bald ist es wieder soweit: Massen strömen in die Bekleidungsläden der Innenstädte und Einkaufszentren. Der Einzelhandel fährt in den Tagen vor Weihnachten seinen alljährlichen Umsatz-Höhepunkt ein, auch ESCADA. Rund ein Fünftel des Jahresumsatzes machen die Wochen vor Weihnachten im Bekleidungseinzelhandel aus. Online steht der Handel dem in nichts mehr nach. Fast zeitgleich beginnt die sogenannte Ernte auf den Pelztierfarmen. Am laufenden Band werden Millionen von Tieren in nur wenigen Wochen brutal ihrer Leben beraubt. Die winterlichen Massentötungen finden statt, wenn der Winterpelz gewachsen ist: besonders warm, besonders wetterbeständig, besonders flauschig. Das Winterfell von Nerzen, Füchsen, Kaninchen und Marderhunden wird den Tieren zum Verhängnis. Die Pelzindustrie nennt sie dann „Kanin“, „Finnraccoon“ oder „Mink“ und bestückt mit ihnen Wintermäntel, Schals und Accessoires.

In den Wochen vor Weihnachten werden die Tiere auf Farmen umgebracht, gleichzeitig in Bekleidungsläden wie ESCADA als Produkte angepriesen.

Daher ruft die *Offensive gegen die Pelzindustrie* (OGPI) jährlich zu den Winteraktionstagen auf: An den umsatzstärksten Tagen des Jahres werden Tierrechtler_innen, Tierbefreier_innen und Tierschützer_innen ESCADA einmal mehr ihren Widerstand entgegensetzen. Konsument_innen soll ein weiteres Mal vor Augen geführt werden, was hinter dem Konsumartikel „Pelz“ wirklich steckt: zerstörte Leben, körperliches und psychisches Leid, Millionen gewaltsame Tode.

Helft mit, die Pelzindustrie und ESCADA weiter in die Defensive zu drängen! Organisiert Kundgebungen, Demos, Straßentheater, Flugblattverteilungen und Aktionen vor ESCADA-Läden. Macht es ihnen schwer weiter Umsätze in Millionenhöhe auf Kosten der Pelztiere zu machen!

Vergesst nicht, auf ESCADAs Onlineportalen ebenfalls eure Meinung zu hinterlassen. Google-Bewertungen, Instagram, Facebook und derlei sind wichtige Bewerbungsmöglichkeiten für ESCADA und Co. – und auch hier boomt das Geschäft in den Wintermonaten.
Auf die Straßen, in die Fußgängerzonen – Für die Befreiung der Tiere!

Online:
info@de.escada.com
de-de.facebook.com/ESCADA
www.instagram.com/escadaofficial
twitter.com/escada
#escada #escadafurfree #makefurhistory #furismurder

Druck/Kopiervorlage zu Escada:
offensive-gegen-die-pelzindustrie.net/wordpress/wp-content/uploads/druckvorlage_Esc.pdf

Weitere Protestziele

Sollte es in eurer Stadt keine ESCADA-Filiale geben, müsst ihr euch selbstverständlich nicht auf online-Proteste beschränken. Tragt euren Protest einfach vor andere pelzverkaufende Modeketten (zum Beispiel Bogner) oder Einzelgeschäfte.

Bitte vergesst nicht uns Berichte, Fotos und Videos eurer Aktionen zukommen zu lassen, per Mail oder via Facebook:
info@offensive-gegen-die-pelzindustrie.net
facebook.com/Offensive-gegen-die-Pelzindustrie-135171026633359

Danke!

Eure Offensive gegen die Pelzindustrie



TEAR DOWN TÖNNIES

Am Montag, den 21. Oktober 2019, wurde die Schlachtfabrik R. Thomsen im schleswig-holsteinischen Kellinghusen besetzt. Wo sonst täglich bis zu 6.000 Schweine ermordet und zu Fleisch gemacht werden, wurde nicht geschlachtet. 14 Stunden lang war der Betrieb blockiert. Nach Angaben des Betriebes wären in dieser Zeit sonst 4.300 Schweine getötet worden. Die autonome Gruppe „Tear down Tönnies“ aus Tierbefreiungs- und Klimagerechtigkeitsaktivist*innen bekannte sich zu der Aktion. Die beiden Laderampen und das Dach des Schlachthauses wurden von circa 30 Personen besetzt. Die Aktion erregte bundesweite Aufmerksamkeit und beschäftigte die Lokalpresse noch Tage später.

Ziel der Aktion

In einem Flyer wurde die Motivation hinter der Aktion beschrieben:
„Warum sind wir hier?
Für die nichtmenschlichen Tiere, denn sie werden eingesperrt, gequält und ermordet, um ihre toten Körper zur Ware zu wandeln. […]
Aus Solidarität mit den Arbeiter*innen, die hier ihren täglichen Kampf ums Überleben austragen. In dieser Industrie ist es üblich, Menschen etwa aus Rumänien und Bulgarien mit Versprechungen nach Deutschland zu locken, um sie hier in Werkvertragsarbeit zu verschleißen. […]
Im Kampf für die Natur, die gegen Ausbeutung im Streben nach Profit verteidigt werden muss. [...] „Die Natur“ ist nicht das zu unterwerfende Gegenstück zur menschlichen „Kultur“, sondern ist in allen Lebenswelten unverzichtbar.
Der Schlachthof ist Sinnbild für Zerstörung. Mensch, Tier und Natur, untrennbar miteinander verbunden, leiden unter der kapitalistischen Ausbeutung und Vernichtung von Lebewesen und Ökosystemen. Das, was die Profiteur*innen spüren und ihre Verwertungsmaschinerie stört, sind direkte Aktionen, Sabotage und widerständiges Bewusstsein.“





Ablauf der Aktion

Der Blockade ging eine monatelange Vorbereitung voraus. Am Vortag der Aktion kamen erstmals fast alle Beteiligten für ein letztes Vorbereitungsplenum zusammen. All die Mühen zahlten sich am frühen Montagmorgen aus: Ungehindert konnte der Kleintransporter voller Blockierer*innen am erstaunten Pförtner vorbei auf das Betriebsgelände fahren und innerhalb weniger Minuten waren die drei angestrebten Orte – zwei Rampen und das Dach – durch Menschen in Ankettvorrichtungen blockiert. Außerdem wurde direkt die Soli-Mahnwache mit einem Pavillon aufgebaut, bei der sich Anwohner*innen und Interessierte informieren und moralische Unterstützung zeigen konnten. Die Polizei musste lange an einer Räumungsstrategie arbeiten und Spezialkräfte anfordern. Später am Tag wurde das besonders schwer überschaubare Dach mittels einer modernen Drohne ausgekundschaftet und auch die Mitteilungen der Polizei wurden den Besetzenden über Lautsprecher an dieser Drohne übermittelt. Die Gruppen machten deutlich, dass sie die Blockade nicht freiwillig aufgeben und ihren friedlichen Widerstand so lange wie möglich aufrechterhalten würden. Über legitime Aktionen im Verlauf der Blockade war sich am Vortag in den Bezugsgruppen und im Großplenum geeinigt worden, es fanden aber auch spontane Diskussionen und Absprachen statt. Alle Bezugsgruppen und die Mahnwache standen über Walkie-Talkies in Kontakt, mithilfe von Han-

Wir freuen uns über jede solidarische **Spende**:

Empfänger:
VusEumUmseP e.V.

IBAN:
DE30 8306 5408 0004 0613 81

BIC:
GENODEF1SLR

[WICHTIG!] Betreff:
TDT2110

Bitcoin Adresse: 1HRszUVJGwzu-C5oGhaCQutF9Fk1548e7iX



dys konnten Bilder und Informationen an das Backoffice mit Ermittlungsausschuss und Social-Media-Team gesendet werden.

Presse

Die Besetzung löste ein großes mediales Interesse aus. Eine der Bezugsgruppen wurde von einem Journalisten begleitet, was sicherlich zu der überwiegend wohlwollenden Berichterstattung beigetragen hat.

Besonders hervorzuheben ist der Bericht des NDR. In diesem drückt der Polizeipressesprecher seinen persönlichen Respekt für das Anliegen der Aktivist*innen aus. Selbstverständlich wurde er dafür von der Polizeiführung öffentlich gerügt und musste zurückrudern. Seine Worte bestätigen den Eindruck der Gruppe, dass der Blick der Öffentlichkeit auf diese Aktion überwiegend wohlwollend ausfällt und oftmals als legitimes Mittel anerkannt wird.

Rechtliche Folgen

Fast alle Aktivist*innen wurden nach der Räumung von der Polizei in Gewahrsam genommen und zur Polizeistation nach Itzehoe gebracht. Die meisten haben die Identitätsangabe verweigert, weshalb erkennungsdienstliche Behandlungen eingeleitet wurden. Von dem Arbeitspensum überfordert, mussten Polizist*innen einige Aktivist*innen dazu nach Heide bringen. Es wurden sorgfältige Vorkehrungen getroffen, um etwa Fingerabdrücke oder Fotos zu verfälschen und einer Identifizierung vorzubeugen. Einzelne Aktivist*innen sind allerdings identifiziert worden und müssen mit Repressionen rechnen. Fast allen wurde Hausfriedensbruch und Nötigung vorgeworfen. Viele Polizist*innen auf der Station äußerten im Gespräch(sversuch) Verständnis für die Aktion. Aktivist*innen waren dennoch Gewalt etwa in Form von Misgendern, Beleidigungen und dem Aufbau von psychischem Druck ausgesetzt. Auch während der Räumung wendeten Polizist*innen in einigen Fällen körperliche Gewalt an. Immerhin waren nach wenigen Stunden alle wieder frei und wurden von der Mahnwache vor der Gefangenensammelstelle erwartet und zum Out-of-Action-Ort gefahren.

Awareness

Ein wichtiger, aber unsichtbarer Teil der Aktion war die Vor- und Nachtbetreuung der psychischen Folgen der Aktion durch ein Awareness-Team. Im Vorfeld der Aktion wurden die Besetzenden von diesem auf die bevorstehenden Belastungen aufgeklärt. Zu diesen gehören Gestank, die Konfrontation mit dem Leid der Schweine, Polizeigewalt und Isolation. Bei der Aktion wurde aufeinander und auf Anzeichen einer drohenden Überforderung geachtet. Nach der Aktion wurden die Besetzer*innen in einem „Out of Action-Space“ empfangen. In diesem gab es neben Ruhe, Suppe und wiedergefundenen Genoss*innen, einen gesonderten FLINT* und Awarenessbereich für Rückzug und Gespräche. Diese Angebote wurden von den erschöpften Aktivist*innen dankbar angenommen.

Bewertung

Einer kleinen Gruppe von Aktivist*innen mit unterschiedlichen politischen Hintergründen und Erfahrungen ist es gelungen, den Schlachtbetrieb für viele Stunden aufzuhalten. Wesentlich dazu beigetragen hat eine offene und wertschätzende Umgangsform miteinander und das gegenseitige Sensibilisieren für unterschiedliche Perspektiven, Bedürfnisse und Fähigkeiten in der Gruppe. Zudem gab es ein großes Unterstützungsnetzwerk, ohne dessen Arbeit im Hintergrund die Aktion nicht hätte stattfinden können. Das Nachbereitungsplenum am Tag nach der Aktion ermöglichte den Aktiven eine Reflexion darüber, was schlecht und was gut gelaufen ist und wie es den Anwesenden nun geht. Es bleiben ein Erfolgsgefühl und der Wille, weiterhin vernetzt und aktiv zu bleiben, auf dass die Profiteur*innen der Tierausbeutungsindustrie nicht länger ungestört agieren können.

Tear Down Tönnies



Etwa 100 Kaninchen befreit

Am 5. Dezember 2019 befreiten 25 Aktivist*innen etwa 100 Kaninchen von einer der größten Käfigfarmen in Wallonien (Belgien). Die Tiere sollten ursprünglich zu Weihnachten geschlachtet werden. „Diese Individuen leben jetzt frei, glücklich und umgeben von der Liebe, die sie verdienen, weit weg von der speziesistischen Hölle, in der sie eingesperrt waren", heißt es im Bekenner*innenschreiben.

Weitere Aktionen im Quartalsreport ab Seite 77.

Quelle: www.unoffensiveanimal.com



RATSCHLAG DER TIERBEFREIUNGSBEWEGUNG

KENNENLERNEN – VERNETZEN – STRATEGIEN DISKUTIEREN

DER BEWEGUNGSRATSCHLAG SOLL EINE PLATTFORM FÜR DIE EMANZIPATORISCHE TIERRECHTS- UND TIERBEFREIUNGSBEWEGUNG SEIN:
RAUM, SICH BESSER KENNENZULERNEN, ZU VERNETZEN UND ZUSAMMEN STRATEGIEN ZU DISKUTIEREN. LASST UNS GEMEINSAM DIE BEWEGUNG STÄRKEN!

07.02. – 09.02.2020

HANNOVER



WENN DU INTERESSE HAST, BESUCHE TIERBEFREIUNGSRATSCHLAG.NOBLOGS.ORG
ODER SCHREIB UNS EINE (GERNE VERSCHLÜSSELTE) MAIL AN:
TIERBEFREIUNGSRATSCHLAG@RISEUP.NET



LPT endlich schließen!

Das neuerliche Erstarken der Front gegen Tierversuche

LPT – das steht für „Laboratory of Pharmacology and Toxicology GmbH & Co. KG" (pharmakologisches und toxikologisches Labor). Hinter der nüchtern klingenden Firmenbezeichnung, den drei harmlos erscheinenden Buchstaben LPT, steckt ein Unternehmen mit Laboren in Mienenbüttel, Hamburg und in Schleswig-Holstein, das im Auftrag externer Firmen Versuche an Hunden, Katzen, Affen, Mäusen, Ratten und anderen nichtmenschlichen Tieren durchführt. Es sind Versuche, in deren Folge alle diese Tiere sterben.

Schon lange gab es mit der „LPT schließen"-Kampagne Aktivist*innen, die sich dem Konzern entgegengestellt haben. Aus verschiedenen Gründen gab das Bündnis jedoch im Frühjahr 2019 seine Auflösung bekannt (siehe TIERBEFREIUNG #101, ab Seite 58).

Im Oktober veröffentlichte ein Mitarbeiter von *SOKO Tierschutz*, dem es gelungen war, sich verdeckt in die Firma einzuschleusen, die Ergebnisse seiner viermonatigen Recherche und Dokumentation. Sie zeigten Fälle von Tierquälerei aus dem Labor in Mienenbüttel, sodass die Staatsanwaltschaft Stade nun gegen LPT ermittelt.

Die Dokumentation von *SOKO Tierschutz* löste eine landesweite Welle der Empörung in den Mainstream-Medien aus und führte zur Mobilisierung der mit rund 7.300 Teilnehmer*innen bislang größten Demonstration gegen Tierversuche in der Geschichte der Bundesrepublik.[1] Die Demo fand am 19. Oktober in Hamburg-Neugraben statt, in der Nähe des Hamburger Labors von LPT.[2] Eine weitere Demo ist für den 16. November in Hamburg geplant. Zwischenzeitlich gab es eine ganze Reihe von Mahnwachen und Protesten gegen LPT.

Doch nicht nur in Hamburg erstarkt der Widerstand gegen Tierversuche: In Münster befindet sich das Versuchs-

labor Covance. Auslöser neuerlichen Protestes gegen das Unternehmen ist ein geplanter Erweiterungsbau. Derzeit wird in Münster für eine Demonstration mobilisiert und die Bürger*innen der Stadt und des Umlandes für das Thema Tierversuche vor allem seitens *Ärzte gegen Tierversuche* sensibilisiert. So wird eine informative Ausstellung gegen Tierversuche in der Volkshochschule in Münster gezeigt. Die Demo in Münster ist für den 23. November geplant.[3]

Beide geplanten Demonstrationen finden nach Redaktionsschluss statt, sodass über diese und weitere Ereignisse erst in der folgenden März-Ausgabe der TIERBEFREIUNG ausführlicher berichtet werden kann.

Mittlerweile wurden weitere Informationen bekannt, denen zufolge Versuchswerte im Hamburger LPT-Labor auf Anweisung „von oben" durch eine ehemalige Mitarbeiterin manipuliert worden seien. Dies berichtete das Nachrichtenmagazin Fakt am 5. November in der ARD. Demnach wurde nun, ausgehend von der Hamburger Gesundheitsbehörde, Strafanzeige gegen den Tierversuchslaborleiter gestellt. Damit wird neben den niedersächsischen Behörden nun auch Hamburg aktiv, um rechtliche Schritte gegen LPT einzuleiten.[4] Die Ereignisse gehen nicht spurlos an LPT vorbei, denn wie Die Welt berichtet, haben „[m]ehrere große Pharmakonzerne wie Merck und Boehringer Ingelheim (…) laut Fakt bereits Konsequenzen gezogen und beim LPT gekündigt. SOKO Tierschutz fordert von den Regierungen in Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein die sofortige Schließung der LPT-Labore, die Beschlagnahme der Tiere und die Überprüfung aller Studien der letzten 15 Jahre."[5]

Nach Redaktionsschluss erreichte uns am 10. November durch *SOKO Tierschutz* die gute Nachricht, dass das Labor in Mienenbüttel geschlossen werden soll. Diese Nachricht verbreitete sich auch in den Social Medias. Noch blieb unklar, was mit den verbleibenden Tieren passieren soll. Es gibt Hinweise darauf, dass die Affen ins Ausland verkauft worden sind.



Ausstellung der *Ärzte gegen Tierversuche* in der Volkshochschule in Münster



Großdemonstration mit 15.000 Teilnehmer*innen am 16. November in Hamburg

[1] www.jungewelt.de/artikel/365703.protest-gegen-firma-lpt-keines-der-tiere-verlässt-das-labor-lebend.html
www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/ermittlungen-nach-fakt-recherchen-gegen-tierversuchslabor-in-niederhessen-100.html

[2] www.facebook.com/events/neugrabener-markt-21149-hamburg-deutschland/gro%C3%9Fdemo-gegen-das-todeslabor-lpt/408196126746673/

[3] www.facebook.com/events/2734402623453005/

[4] www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Behoerde-Strafanzeige-gegen-Tierversuchsleiter,tierversuche188.html

[5] www.welt.de/regionales/hamburg/article203082470/Tierversuchslabor-LPT-Hamburg-schaltet-Staatsanwaltschaft-ein.html

ESCADA PELZFREI-Aktionstour

... durch Münster, Wien, Berlin, München, Düsseldorf, Frankfurt und Hamburg

Vom 5. Oktober 2019 bis zum 9. November 2019 fand zum ersten Mal die ESCADA PELZFREI-Aktionstour statt. Zu der Demoreihe hatte die Offensive gegen die Pelzindustrie (OGPI) aufgerufen. Von der ersten Station in Münster bis zur letzten in Hamburg fanden in verschiedenen Städten immer am Wochenende Proteste gegen ESCADAs Pelzhandel statt. Insgesamt dreizehn Aktionen machten deutlich, dass ESCADAs Wiedereinstieg in den Pelzhandel noch immer nicht hingenommen wird.

Tatort in Wien, 11. Oktober 2019



Am 5. Oktober startete die Aktionstour in Münster, organisiert von den Aktivist_innen des Tierrechtstreffs Münster. Mit einer Auftaktdemo und einer überraschenden Rede des Geschäftsführers von ESCADAver ein würdiger Beginn der Demoreihe. Er hatte wichtiges mitzuteilen:

„Auch mein Leben, als Inhaber von ESCADAver ist wahrlich kein Zuckerschlecken, denn ich trage viel Verantwortung. In erster Linie natürlich für mich. Aber auch für meine Angestellten, Menschen, die unter fatalen Arbeitsbedingungen meine Textilien produzieren; und nicht zuletzt für die Tiere, die ich artgerecht in kleinste Gitterkäfige zwänge und lebendig häuten,

© Liberation Nürnberg!




Liberation Nürnberg unterstützte die Kundgebung in München



Kundgebung der *Berliner Tierbefreiungsaktion* (BerTA)

vergasen oder sonst wie töten lasse. [...] Im Ranking für nachhaltige Mode schneidet mein Unternehmen ESCADAver mit den schlechtesten aller Bewertungen ab, da wir auf Transparenz, Menschen- und Arbeitsrechte, auf die Natur und natürlich die Tiere scheißen! Wir sind ein Unternehmen im Turbokapitalismus – da können wir uns mit derlei Sentimentalitäten wie Respekt, Würde und Wertschätzung nicht herumschlagen."

In Wien organisierte eine Woche später, am 12. Oktober, ein Bündnis von Aktivist_innen der *Basisgruppe für Tierrechte* (BAT), aus dem *Verein gegen Tierfabriken* (VGT) eine aufwendige Kundgebung.

Am Tag davor fand eine Fotoaktion mit symbolischer Straßentheateraktion statt. Auf den Schildern stand zu lesen: „Wegen Tierausbeutung geschlossen" und auf dem Boden waren die Umrisse eines toten Fuchses zu sehen. ESCADA war damit, wie bereits im März 2019 in Münster, wieder „Tatort eines Verbrechens".



In Wien organisierten die *Basisgruppe für Tierrechte* (BAT) und der *Verein gegen Tierfabriken* (VGT) eine aufwendige Kundgebung.

In Berlin fanden an beiden Wochenenden ebenfalls Proteste gegen ESCADAs Pelzhandel statt.

Dritte Station in Berlin und Laufdemo in München

Die *Berliner Tierbefreiungsaktion* (BerTA) stand wie geplant am 19. Oktober drei Stunden vor dem ESCADA Flagshipstore in der Friedrichstraße. Es war nicht nur die dritte Proteststation der Aktionstour, sondern auch die dritte Demonstration vor der Filiale in Berlin allein im Oktober. Die BerTA hat seit dem Wiedereinstieg ESCADAs schon etliche Male vor ESCADA protestiert und kündigte an, „regelmäßig ESCADA an seine moralischen Verpflichtungen (zu) erinnern, bis ESCADA endlich pelzfrei ist!"

In München unterstützten Aktivist_innen der tierbefreier-Ortsgruppe *Liberation Nürnberg* am 26. Oktober die Proteste gegen ESCADA, die von Einzelpersonen organisiert wurden. Neben der Kundgebung vor der dortigen Filiale fand auch eine Laufdemo statt. „Rund 20 Aktivist*innen zeigten potentiellen Kund*innen mit Bannern, Schildern, Flyern und informativen Redebeiträgen [...] die grauenhaften Zustände in der Pelzindustrie auf." Am Tag der Demo in München fand zudem eine weitere Kundgebung vor der ESCADA-Filiale in Berlin statt.

Dreifachdemonstration in Berlin, Düsseldorf und Frankfurt

In Berlin fand eine weitere Kundgebung vor der dortigen ESCADA-Filiale statt.

© Tierbefreiung Hamburg



Demonstration in Hamburg im Rahmen der Aktionstour, 09. November 2019

In Düsseldorf organisierte die dortige Ortsgruppe von *die tierbefreier e.V.* den Protest. „Eine Person flyerte viel, die anderen skandierten laut – nicht nur gegen ESCADA und deren Pelzhandel, sondern gegen jede Form der Tierausbeutung und auch gegen andere Unternehmen.“ Mitarbeiter_innen von ESCADA und der umliegenden Geschäfte fühlten sich definitiv gestört und versuchten, die Aktivist_innen beziehungsweise die Kundgebung an einen anderen Standort zu schicken. Auch die gerufene Polizei versuchte das durchzusetzen, musste dann jedoch feststellen, dass die Kundgebung genau an der angemeldeten Stelle stattfand, auch anhand von Fotos, die die Polizei intern mit dem Standort markiert hatten. Trotzdem „wurde immer wieder thematisiert, dass es sich bei unserem Standort um ein Privatgrundstück handelt. Die Düsseldorfer ESCADA-Filiale befindet sich im sogenannten Kö-Center. Der Bereich um das Ladengeschäft ist zwar nicht überdacht, entspricht aber einer Einkaufspassage beziehungsweise einem Einkaufscenter. Die Beamt*innen mussten somit – ungerne – immer wieder erklären, dass wir dort korrekter Weise stehen, trotz des Privatgeländes – Stichwort „jederzeit frei zugänglicher, öffentlicher Publikumsverkehr“.

Leider kam es auch zu einem körperlichen Übergriff auf eine Aktivistin vonseiten eines Passanten. „Der Mann ging auf die Demonstrierenden lautstark los und wollte sich hindurchdrängen, statt herum zu gehen. Als ihm das nicht umgehend ermöglicht wurde, griff er eine Demonstrierende körperlich an und wollte sie gewaltsam zur Seite rammen.“ Die Polizei, inzwischen aufgrund der Standortdiskussionen mit fünf Polizist_innen auf neun Demonstrierende, griff ein.

Auch die tierbefreier OG *Animal Liberators Frankfurt* haben gemeinsam mit der *Tierrechtsgruppe Gießen* im Rahmen der ESCADA PELZFREI-Aktionstour 2019 gegen ESCADA demonstriert. „Einige Menschen äußerten, dass sie nicht wüssten, wie sie Echt- von Kunstpelz unterscheiden könnten, da die Produkte nicht immer ausreichend gekennzeichnet seien. Diesen Menschen erklärten wir die diversen Methoden und machten auf die Homepage der OGPI, wo alles erklärt wird, aufmerksam, um Echtpelz zu identifizieren, was auf Dankbarkeit stieß.“ Zeitgleich machten die Aktivist_innen auch auf die rücksichtslose und ausbeuterische Unternehmenspolitik von Nestlé aufmerksam, da sich die Nespresso-Filiale direkt neben der ESCADA-Filiale befindet.

Abschlussdemonstration in Hamburg und Unterstützung aus Berlin

In Hamburg organisierte die Gruppe *Tierbefreiung Hamburg* eine Demonstration mit circa 90 Teilnehmer_innen durch eine volle Innenstadt. „Laut und entschlossen sind wir durch die Hamburger Innenstadt gezogen und haben neben Zwischenkundgebungen vor Bogner und AppelrathCüpper (die auch weiterhin Pelzbekleidung führen) schließlich vor der ESCADA-Filiale Halt gemacht.“ Dort wurden eine weitere Stunde Sprüche skandiert und sogar Flyer an Mitarbeiter_innen verteilt, die diese auch annahmen. Passant_innen wurden darüber aufgeklärt, dass es keinen „friendly fur“ oder korrekten Pelz gibt und es wurde ein Redebeitrag zum wieder verstärkten Protest gegen das Hamburger Tierversuchslabor LPT gehalten.

In Berlin hat die BerTA den Tourabschluss mit einer weiteren Kundgebung vor der dortigen Filiale begleitet.

Wir sehen die Aktionstour als Erfolg und freuen uns, dass so viele Aktivist_innen die Proteste gegen ESCADAs Pelzhandel unterstützt haben. Besonders die Zusammenarbeit mit den unterstützenden Gruppen in den verschiedenen Städten war toll. Gemeinsam werden wir es schaffen, dass ESCADA wieder aus dem Pelzhandel aussteigt! Oder um es mit den Worten von *Tierbefreiung Hamburg* zu sagen:

> „Im vollen Bewusstsein darüber, dass Pelz immer unermessliches Leid und letztendlich den Tod von unzähligen empfindsamen Tieren bedeutet und auch ökologisch eine Katastrophe ist, hat ESCADA sich entschieden, dieses Produkt wieder in ihre Mode einzuführen. Lasst uns ESCADA zeigen, was wir von dieser Entscheidung halten. Lasst uns gemeinsam deutlich machen, was es bedeutet, als pelzfreies Unternehmen wieder in den Pelzhandel einzusteigen. Wir werden erst ruhen, wenn ESCADA ein weiteres Mal – und diesmal endgültig – aus dem Pelzhandel aussteigt! Pelzhandel stopp – ESCADA Boykott!“

Danke an alle, die sich beteiligt haben!
Bis jeder Käfig leer steht!

Eure Offensive gegen die Pelzindustrie

ESCADA Pelzfrei – Kreative Laufdemo in Münster



Die *Offensive gegen die Pelzindustrie*, kurz OGPI, koordiniert schon seit 2007 Proteste gegen den Pelzverkauf bei ESCADA. Dank einer internationalen Kampagne und vielen verschiedenen, kreativen Aktionen stieg das Modeunternehmen im Jahre 2010 aus dem Pelzhandel aus. Seit 2017 verkauft Escada nun doch wieder Pelzwaren – und sieht sich seitdem regelmäßig mit Protesten der Tierbefreiungsbewegung konfrontiert. Dieses Jahr organisierte die OGPI eine Aktionstour mit dem Namen „Escada Pelzfrei". Der Tierrechtstreff veranstaltete am 5. Oktober die Auftaktdemo in Münster, von der wir nun berichten möchten.

Die Demo startete mit einer Musikeinlage von Neo C. Die Songs der Band handeln von Pelz und Tierausbeutung. Aber auch ein Song, der sich für die Rettung und Aufnahme Geflüchteter ausspricht, wurde gespielt. Die entschlossene, jedoch nicht zu aggressiv wirkende Musik lockte schon einige Menschen an, die sich dann unsere Banner, unseren Aufsteller und unsere Flyer ansahen.

Nach einem kurzen Redebeitrag lief der Demozug schließlich los. Da wir schon damit gerechnet hatten, dass nicht allzu viele Menschen an der Laufdemo teilnehmen würden (wir waren circa 30 Demonstrant*innen), wollten wir zumindest mit kreativen Aktionen die Blicke der Passant*innen auf uns lenken. Dazu präparierten wir eine Schubkarre mit einem rot besprenkelten Laken und legten eine Aktivistin in einem Morphsuit hinein. Sie spielte das tote „Pelz"-Tier und wurde von einer anderen Aktivistin, die einen Blaumann trug, über die Demo geschoben.

Nach einem Gang durch die prall gefüllte Innenstadt statteten wir dem Traditionsunternehmen Mersmann einen Besuch ab. Der Pelzhandel ist das Kerngeschäft von Mersmann. Daher rechnen wir nicht damit, dass Mersmann durch unsere Demonstrationen aus dem Pelzgschäft aussteigen wird. Dem Ruf

des Unternehmens können wir trotzdem ein bisschen schaden. Außerdem werden immerhin die vorbeigehenden Menschen inspiriert, einmal über das Thema Tierausbeutung nachzudenken. Wir konnten uns dieses Mal sogar so nah an das Geschäft heranstellen, dass nur noch der Fußweg zwischen dem Eingang und unseren Bannern frei blieb. Und obwohl unser Protest den Inhaber im besten Falle nervt, ist es doch befreiend, die eigene Wut einmal lauthals heraus zu skandieren.

Danach liefen wir zur Escada-Filiale. Im Rahmen einer Satireaktion empfing uns dort der Konzernchef von „Escadaver“. Er erklärte uns, dass er dank seines vielen Geldes leicht über die Ermordung zahlreicher unschuldiger Lebewesen hinwegsehen könne und dass auch die Arbeitsbedingungen der Menschen, die seine Kleidung nähen, ihm einfach scheißegal seien. Diese Ignoranz wollen wir natürlich nicht hinnehmen und so werden wir auch weiterhin gegen die Ausbeutung von menschlichen und nichtmenschlichen Tieren protestieren.

Mittlerweile versuchen wir, nicht zu düster, aggressiv und abschreckend auf die Passant*innen zu wirken. Unser ehemaliges Frontbanner mit dem Slogan „Wer Pelz trägt, trägt den Tod“ haben wir deshalb um ein bunt bemaltes Banner mit dem Spruch „Pelz – Lebewesen oder Ware?“ ergänzt. Es ist wichtig, die Menschen in der Stadt zu erreichen, ohne von unserer herrschaftskritischen, radikalen und antikapitalistischen Position abzurücken. Deshalb sind Aktivist*innen, die sich bereit erklären, mit den Menschen vor Ort Gespräche zu führen und Flyer zu verteilen, wichtig. Trotzdem ist es absolut verständlich, dass manche von uns die Diskussionen mit Passant*innen meiden. Es ist absolut in Ordnung, zunächst auf das eigene Wohlbefinden zu achten und den Kontakt zu Passant*innen gegebenenfalls anderen zu überlassen. Schließlich gilt: Je kreativer eine Demo ist, desto mehr unterschiedliche Aufgaben fallen an. So kann jede*r einzelne eine Aufgabe finden, mit der er*sie sich wohl fühlt!







Aktuelle Aufnahmen aus französischer Pelzfarm

(ogpi) Aktuelle Aufnahmen von 2019 aus der französischen Nerzfarm Eure-et-Loir zeigen den Horror, das Leid und das Elend, das diese empfindsamen Tiere erfahren müssen. Mitten in Europa. Die Fur Free Alliance nennt die Farm nach Sichten der Aufnahmen eine der schlimmsten Farmen Europas. Die erwachsenen und neugeborenen Nerze krabbeln über tote und auseinandergerissene Tiere, die teilweise bereits mumifiziert sind.

Video und Bilder: tinyurl.com/y4vspd8o





ZIP HOODIE
Motiv: Faust und Pfote



ZIP HOODIE
Motiv: Für die Befreiung aller Tiere



Bio + Fair

ZIP HOODIES

... zu 100% aus fair gehandelter Biobaumwolle.

Verschiedene Größen, beidseitig bedruckt, ab **48 Euro**

Der unbedruckte Hoodie ist GOTS zertifiziert. Textildruck in Gelsenkirchen.

- Kleine Größen mit leicht tailliertem Schnitt
- Große Größen gerader Schnitt
- Alle Motive auch als T-Shirt erhältlich, einseitig bedruckt, **18 Euro**



ZIP HOODIE
Motiv: Support the Animal Liberation Front



Bio + Fair

TURNBEUTE UND TASCHEN

... aus fair gehandelter Biobaumwolle.

Verschiedenen Motive und Farben! **12,50 Euro**




ZIP HOODIE
Motiv: Tierbefreierin & Hase



Pelztragende: Aufklären oder Konfrontieren?

» von der Anti Fur League (AFL)

Leider kommt mit dem Winter auch wieder die Zeit, in der wir uns mit den Pelzen auf der Straße auseinandersetzen müssen. Die Anti-Pelz-Bewegung weiß seit den 1980/90er Jahren, dass das Ansprechen von Konsument*innen ein wichtiges Mittel ist im Kampf gegen Pelz. Dabei gibt es verschiedene Ansätze – vom freundlichen Aufklären mit Flyern bis hin zum Stickern und zum „Shaming" (Bloßstellen). Bei der AFL sind wir der Meinung, dass jede Form von Aktivismus berechtigt ist, solange wir unsere Grenzen kennen.

Im Folgenden wollen wir aufzeigen, wieso das Ansprechen gerade im Anti-Pelz-Aktivismus so wichtig ist und was es dabei zu beachten gibt.

Pelztragen: Eine Provokation

Eine der häufigsten Fragen, die uns bei der AFL gestellt wird, ist diese: "Warum kritisiert ihr nicht die Fleisch beziehungsweise Milch- oder Lederindustrie? Sind diese Formen der Tierausbeutung denn weniger schlimm als die Pelzproduktion?" Die Antwort ist klar und muss immer wieder betont werden: Nein, das sind sie nicht. Die Tiere leiden überall, sowohl auf Pelzfarmen wie in Milch- und Mastbetrieben. Kein Leid ist schlimmer als das andere – alle Tiere verdienen es, dass wir für sie kämpfen.

Als Luxusprodukt, das nur zu Dekorationszwecken getragen wird, hat Pelz jedoch eine Art Symbolstatus: Er steht für Gleichgültigkeit und Dekadenz. Niemand hat in der westlichen Welt das Gefühl, einen Pelzbesatz zu "brauchen", und kein Erwachsener kann heute behaupten, noch nie etwas von den Grausamkeiten der Pelzindustrie gehört zu haben. Es mangelt nicht an Aufklärung: Wer im Jahr 2019 noch Pelz trägt, tut dies bewusst und sagt damit klar aus, dass ihm/ihr Tierquälerei* egal ist.

Wenn also die Pelzproduktion auch nicht schlimmer ist als andere Formen der Tierausbeutung, so ist das Pelztragen im Gegensatz zum Konsum von anderen tierlichen Produkten doch immer ein Fashion-Statement – und somit auch immer eine Provokation. Und jede Provokation verlangt nach einer angemessenen Reaktion: Um die Öffentlichkeit zu überzeugen, müssen wir nicht nur im Rahmen von Organisation und Protesten, sondern auch im Alltag – als Individuen – agieren. Doch wie tun wir das am besten?

*Wir verwenden bewusst den Begriff "Tierquälerei", da die normalen Produktionsmethoden der Pelzindustrie in der Schweiz rechtlich den Tatbestand der Tierquälerei erfüllen. Es gibt hier zwar kein Pelzfarmverbot, aber eine Pelzfarm müsste den Wildtierschutzauflagen entsprechen – also quasi wie ein Zoo aussehen – und das wäre natürlich nicht rentabel. Zumindest in der Schweiz können wir also sagen, dass jemand, der Pelz trägt, offiziell Werbung für Tierquälerei macht.

Der Unterschied zwischen Aufklärung und Konfrontation

Das Ansprechen von Pelzträger*innen ist kein einfaches Unterfangen. Oft nehmen wir uns vor, freundlich auf jemanden zuzugehen, das Gespräch zu suchen, unsere Argumente rein objektiv darzulegen. Dabei vergessen wir oft, dass wir die Leute, wenn sie Pelz tragen, ja auch immer kritisieren – ob nun bewusst oder nicht. Und wenn wir im Alltag wildfremde Leute kritisieren, müssen wir damit rechnen, nicht viel Erfolg zu haben.

Dies ist tatsächlich ganz unabhängig davon, wie gut oder "wahr" unsere Argumente sind. Menschen haben große Angst davor, zuzugeben, dass sie im Unrecht sind, und die meisten werden, sobald sie sich kritisiert fühlen, eine defensive Haltung einnehmen. Sie werden uns entweder ignorieren oder versuchen, sich mit einem Gegenangriff zu verteidigen, im Stil von; "Du trägst ja auch Leder/isst ja auch Fleisch/hast ja auch ein T-Shirt aus Kinderarbeit".

Wenn wir auf diese Fragen eingehen, haben wir schon verloren – denn indem wir darauf antworten, rechtfertigen wir das Argument. Indem wir uns rechtfertigen, sagen wir aus, dass "nur wer perfekt ist, kritisieren darf" – und das stimmt nicht. Wir müssen nicht perfekt sein, um uns aufzuregen, wenn jemand Werbung macht für Tierquälerei. Menschen, die Pelz tragen, haben auch kein "Recht, in Ruhe gelassen zu werden". Im Gegenteil: Wir als Aktivist*innen haben das Recht, uns für die Unschuldigen einzusetzen.

Bei der Konfrontation hingegen geht es nicht darum, jemanden zu überzeugen, sondern darum, ein öffentlich wirksames Statement zu machen. Statt mit der Aufklärung genau das anzustreben, was sowieso nicht in unserer Macht liegt, machen wir bei der Konfrontation von unserem Recht Gebrauch, angesichts einer Provokation zu reagieren.



Demo für eine Pelzfreie Schweiz 2018

Wie kann eine Konfrontation im Alltag aussehen?

Natürlich können wir nicht überall rumrennen und wahllos Pelzträger*innen anschreien, das wäre nicht produktiv und würde uns auf Dauer erschöpfen. Zumal es ja nicht mehr nur die paar Superreichen mit ihren Pelzmänteln sind – sondern ein ganzes Meer von Menschen mit Pelz, die wir niemals alle konfrontieren können. Wir müssen also andere Wege finden, unsere Entrüstung zu zeigen – und dabei auch an uns selbst denken.

Zunächst einmal ist es wichtig, die eigenen Grenzen zu kennen. Wenn wir uns verletzlich oder unsicher fühlen, sollten wir auf Konfrontationen verzichten, denn auch diese können emotionale Auswirkungen haben. Wenn wir jedoch den Mut spüren, können wir sie ansprechen – und wir werden sehr schnell merken, ob sie bereit sind, uns zuzuhören.

Um jene seltenen Fälle nicht auszuschließen, die uns tatsächlich zuhören, ist es wichtig, beim ersten Kontakt höflich zu bleiben und möglichst Fragen zu stellen ("Weißt du, dass du Echtpelz trägst?"). Es gibt leider immer noch jene, die ihren Pelz für Kunstpelz halten oder sonst von der Pelzindustrie hinters Licht geführt wurden. Diese Menschen dürfen wir durch eine initiale, aggressive Haltung nicht abschrecken. Wenn sie bereit sind, zuzuhören, können wir versuchen, im Gespräch ihre Empathie und ihr kritisches Denken anzuregen. Dabei hilft es, einen Flyer zur Hand zu haben und in Ich-Botschaften zu kommunizieren (zum Beispiel: "Ich finde es schlimm, mir deinen Pelzbesatz anzusehen, weil ich dabei an die armen Tiere denken muss").

Wenn wir jedoch merken, dass sie uns nicht zuhören wollen, ist es legitim, sie zu konfrontieren – und zwar mit den Fakten, ob sie diese nun hören wollen oder nicht. Es geht dabei wie erwähnt nicht darum, jemanden zu überzeugen, sondern darum, ein Statement zu machen, indem wir Aufmerksamkeit erregen. Bei der Konfrontation können wir nicht "scheitern", denn solange uns jemand gehört hat, haben wir unser Ziel erreicht: Wir haben der Öffentlichkeit gezeigt, dass heutzutage niemand mehr unbemerkt Pelz tragen kann. Im Gegenteil: Wer heute Pelz trägt, muss damit rechnen, konfrontiert zu werden. Und wer will das schon?

* **Smarte Argumente für die Konfrontation gibt's hier: www.antifurleague.org/ansprechen**

Wieso wir nicht immer „nett“ sein müssen

Ein Blick nach Toronto oder New York zeigt, dass die Aktivist*innen dort eine wenig zimperliche Strategie verfolgen. Während im deutschsprachigen Raum der Fokus eher auf die Aufklärung gelegt wird, bedient sich die dortige Bewegung vermehrt auch weniger “netten” Mitteln. Neben Boykott-Kampagnen gibt es zahlreiche spontane und unbewilligte Aktionen (direct actions), Störungen von öffentlichen Anlässen (disruptions), Blockaden und Tierbefreiungen. Nicht zuletzt werden auch Celebrities und Pelzträger*innen auf der Straße konfrontiert – und es wird auf Social Media viel Aufmerksamkeit generiert.

In Anbetracht der Erfolge der US/Kanadischen Mitkämpfer*innen – Kalifornien hat soeben als erster Bundesstaat ein komplettes Pelzverbot erlassen! – wollen wir Mut machen und aufzeigen, dass Aktivismus nicht immer “nett” sein muss. Natürlich sind wir unendlich froh um den Einsatz all jener, die auf der Straße stehen und Flyer verteilen – denn die Sensibilisierung unterstützt unseren Kampf. Wir finden aber auch, dass es angesichts der Provokation einen öffentlichen Aufschrei braucht – und dass dieser gerechtfertigt ist.

„Wir“, das ist übrigens die *Anti Fur League* : Ein kleines Team von freiwilligen/unabhängigen TierrechtlerInnen aus Zürich, die sich zum Ziel gesetzt haben, Echtpelz aus den Schweizer Modehäusern zu verbannen. Wir organisieren die jährliche “Demo Für Eine Pelzfreie Schweiz” in Zürich und betreiben eine zweisprachige Webseite (DE/ENG), wo mensch sich ausführlich zum Thema Pelz informieren kann. Wir fordern ein komplettes Importverbot von Echtpelz-Produkten in der Schweiz und möchten politischen Aktivismus bei allen Mitgliedern fördern, weshalb wir auch immer gerne Fotos, Videos und Erlebnisberichte von Konfrontationen mit Pelzträger*innen entgegen nehmen. Wir machen Gesichter unkenntlich und teilen eure Geschichten mit der Facebook-Community.



Mehr Informationen und Kontakt:
antifurleague.net/ (DE)
antifurleague.net/ (ENG)
instagram.com/antifurleague/
youtube.com/c/antifurleague



Kalifornien ab 2023 pelzfrei

(mr) Der kalifornische Gouverneur Gavin Newsom unterschrieb am 12. Oktober 2019 das Gesetz, das die Herstellung und den Verkauf von neuen Echtpelzprodukten ab 2023 verbietet. Ausgenommen sind Second-Hand-Waren oder Pelzwaren, die von der indigenen Bevölkerung aus spirituellen oder kulturellen Gründen genutzt werden.

Bereits seit September ist es im US-amerikanischen Bundesstaat Kalifornien verboten, Tiere ihres Felles wegen in Fallen zu fangen. Gerade in den USA werden nach wie vor Tiere aus diesen Gründen in Fallen gefangen, wo sie teilweise tagelang warten, bis der Trapper kommt, um sie zu töten. Besonders Kojoten, eine wilde Hundeart, werden gejagt und beispielsweise für die Kragen an den Canada Goose-Jacken getötet. Es muss eigentlich nicht extra erwähnt werden, dass auch viele andere Tiere in diesen Fallen sterben.

Damit ist der Bundesstaat natürlich nicht pelzfrei, es werden weiterhin Menschen mit Echtpelzbekleidung zu sehen sein, aber ein deutliches Zeichen Richtung Pelzindustrie wurde gesetzt. Und auch in den Köpfen der Menschen wird das Tragen von Pelz dadurch ethisch fragwürdiger. Eine wichtige Entwicklung um das Ziel, die Pelzindustrie abzuschaffen, zu erreichen.

Bezeichnungen für Tierfelle

(mr) Eine große Übersicht für die Bezeichnungen für verschiedene Tierfelle findet sich beim *Tierschutzbund*. Leider mit dem Hinweis, dass sich trotz Verbots Hunde- und Katzenfelle hinter manchen Tarnnamen verbergen können, als wäre es schlimmer, wenn diese Felle verwendet werden würden. Nichtsdestotrotz ist es schon beeindruckend die lange Liste zu sehen und festzustellen, dass oftmals nicht klar ist, um welches Tier es sich handeln könnte. Eine clevere Strategie der Pelzindustrie. Für einen Infotisch lohnt es sich vielleicht, diese oder eine ähnliche Liste ausgedruckt zu haben, um Passant_innen aufzuklären.



www.tierschutzbund.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Hintergrundinformationen/Artenschutz/Pelzbranche_Bezeichnungen.pdf

Tierbefreiung

(ogpi) In Blekinge, Schweden, wurden Anfang September 2019 1.500 Nerze aus ihren Käfigen befreit. Im Bekenner_innenschreiben werden auch inhaftierte Aktivisten gegrüßt, die sich für ein Ende der Erd- und Tierausbeutung einsetzen.



Bekenner_innenschreiben auf: directaction.info

Slowakei pelzfrei

(ogpi) Am 17.Oktober 2019 hat die Regierung der Slowakei beschlossen, ab 2021 Pelzfarmen zu verbieten. Bis 2025 haben schon bestehende Farmen eine Übergangsfrist, danach wird es keine Pelzfarmen mehr geben. Damit ist die Slowakei das 15. europäische Land, das Pelzfarmen verbietet. Die Kampagne für ein Pelzfarmverbot startete sieben Monate vor dieser Entscheidung im März 2019 mit Undercoverbildern aus einer Nerzfarm im Norden der Slowakei. Die Kampagne wurde von der Gruppe Humánny Pokrok geleitet.

In einer Umfrage sprachen sich 68 Prozent der slowakischen Bevölkerung gegen Pelzfarmen aus. Aktuell werden noch eine Nerzfarm mit 5.000 Nerzen und acht Kaninchenfarmen betrieben.

NABU kämpft gegen Waschbären

(rg) Der *Naturschutzbund Deutschland* (kurz: NABU) unterstützt zusammen mit der Gemeinde Limeshain (Hessen) Jäger_innen im Kampf gegen Waschbären. In einer Pressemitteilung nimmt der NABU Limeshain zur Population der Tiere Stellung. Die Rede ist von einer Waschbärenplage.

Waschbären sind „ökologische Generalisten". Das heißt: „Es fällt ihnen leicht, sich neue Lebensräume zu erschließen und die in ihnen vorkommenden Ressourcen zu nutzen. Da Waschbären Kulturfolger sind, entdecken sie zunehmend auch Städte mit ihren Parks und Gärten für sich.", wie der NABU mitteilt. Eine halbe Million soll es hierzulande von ihnen geben.

„Es ist offensichtlich, dass der Waschbär eine ökologische Nische besetzt, die einheimische Raubsäuger wie Marder und Wiesel nicht besetzen", erklärt Manfred Vogt, Vorsitzender der NABU-Gruppe Limeshain. „Es gibt klare Hinweise darauf, dass die Zahl der Höhlenbrüter erheblich abgenommen hat. Selbst in einem Seeadlerhorst wurden schon Waschbären gesichtet. Das macht sie auch zur Gefahr für viele einheimische Tierarten. Bodenbrüter wie Brachvögel oder Kiebitze haben sowieso keine Chance gegen sie. Deswegen werden sie seit Jahren und mit Billigung der EU, die sie als nicht gewünschte invasive Art einstuft, bejagt." Die Gemeinde Limeshain, die Natur- und Vogelschutzgruppe Hainchen und der NABU Limeshain unterstützen – mit Blick auf den Schutz der Wald- und Wiesenvögel – die Jäger_innen bei der Fallenjagd. Dem Antrag auf Bezuschussung von vier Waschbärfallen wurde stattgegeben.



Nein zu Pelzfarmen

Pelzfarmverbote in Europa

In vielen europäischen Ländern wurden und werden Pelzfarmverbote diskutiert und gesetzlich verabschiedet. In einigen Ländern existieren keine Pelzfarmen mehr aufgrund hoher Tierschutzstandards. In den Jahren 2000 und 2004 waren Großbritannien und Österreich die ersten Länder, die Pelzfarmen verboten. Aktuell finden Diskussionen dazu in den Parlamenten in Irland und der Ukraine statt. Immer weniger Länder scheinen an der Pelzindustrie festzuhalten.

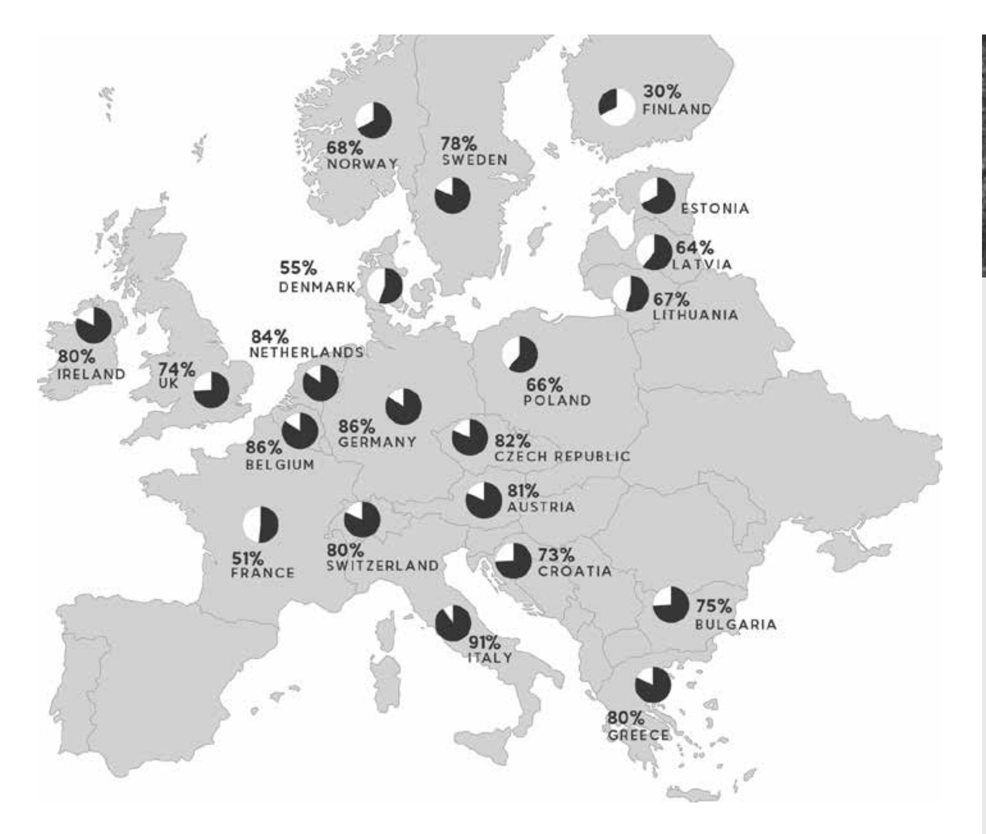
» von Mirjam Rebhan

Pelzfarmverbote

Irland wird höchstwahrscheinlich das 15. Land in der europäischen Union werden, das Pelzfarmen verbietet. Im September 2019 wird das entsprechende Gesetz im Parlament vorgestellt. Ziel ist es, neue Farmen zu verhindern und bestehende mit einer Übergangsphase zu schließen. 80 Prozent der irischen Bevölkerung unterstützen ein Verbot, ebenso wie die irische Tierärzt_innenvereinigung *Veterinary Ireland*, die ein sofortiges und komplettes Verbot der Züchtung und Haltung von Nerzen und anderen Wildtieren zur Pelzgewinnung empfiehlt. „Sie begründen ihre Empfehlung mit wissenschaftlichen Untersuchungen, die seit Jahren immer deutlicher machen, dass die Bedürfnisse dieser Tiere nicht befriedigt werden können mit dem aktuellen Stand der Pelzfarmhaltung.“[1]

Weitere Länder wie Polen und Litauen diskutieren über ein mögliches Verbot. Auch Montenegro überlegt ein Pelzfarmverbot. Das Land hat aktuell keine bestehenden Pelzfarmen, möchte aber verhindern, dass durch Pelzfarmverbote in den Nachbarländern die dortigen Pelzfarmer_innen nach Montenegro ziehen. Auch die Ukraine diskutiert über ein mögliches Pelzfarmverbot. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, wäre es in der Ukraine ab dem 1. Januar 2025 verboten, Tiere ihres Felles wegen zu züchten und zu töten. Das Gesetz wurde formuliert, nachdem eine Petition diesbezüglich eine Rekordbeteiligung von 27.500 Stimmen erhielt.

In Estland hat es leider nicht für ein Verbot gereicht. Von den 101 Sitzen stimmten 28 für und 25 Stimmen gegen ein Verbot,



EUROPA GEGEN PELZ

In den meisten Ländern mehr als die Hälfe gegen Pelz

(mr) Die Organisation *Fur Free Allianc*e veröffentlichte eine Karte von Europa, in der dargestellt wird, wie viel Prozent der Bevölkerung eines Landes sich gegen den Pelzhandel aussprechen. Am kritischsten ist das Modeland Italien mit 91 Prozent und trauriges Schlusslicht Finnland mit nur 30 Prozent. Finnland hat eine lange Pelzfarm-Tradition und das bekannte und einflussreiche Auktionshaus Saga Fur kommt aus Finnland. Auch Schweden hat eine lange Pelzhandeltradition, doch dort sind inzwischen 78 Prozent der Bevölkerung gegen Pelz und immer mehr Pelzfarmen schließen, auch aufgrund der sehr aktiven schwedischen Tierrechtsbewegung. In den meisten Ländern sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung pelzkritisch, was eine positive Entwicklung ist und zu den bald 16 europäischen Ländern mit Pelzfarmverbot passt.

© One Voice

PELZFARMEN SIND ODER WERDEN AB EINEM BESTIMMTEN ZEITPUNKT IN FOLGENDEN LÄNDERN VERBOTEN SEIN:

BELGIEN → ab 2023

BOSNIEN-HERZEGOVINA → ab 2029

DÄNEMARK → ab 2023
(nur Füchse und Marderhunde)

GROSSBRITANNIEN → seit 2000

KROATIEN → seit 2018

LUXEMBURG → seit 2018

MAZEDONIEN → seit 2014

NORWEGEN → ab 2025

NIEDERLANDE → ab 2024

SCHWEDEN → seit 1995
Füchse, seit 2014 Chinchillas

SERBIEN → ab 2019

SLOWENIEN → seit 2016

TSCHECHIEN → ab 2019

ÖSTERREICH → seit 2004

30 Stimmen enthielten sich. Es gab damit zwar eine relative Mehrheit, aber nicht die erforderlichen 51 Stimmen. Somit werden in Estland vorerst weiterhin circa 55.000 Füchse, Nerze und Chinchillas leben und sterben für die Mode.

Hohe Tierschutzstandards

Interessanterweise wird in vielen Übersichten über pelzfreie Länder immer wieder Deutschland mit aufgeführt, obwohl Deutschland kein offizielles Pelzfarmverbot hat, sondern nur Standards innerhalb der Farmen verlangt, die eine Pelzfarm wirtschaftlich unrentabel machen würden. Das gleiche gilt für die Schweiz, in der ebenfalls keine Pelzfarmen mehr existieren.

Europäische Pelzfarmen

Die meisten Pelzfarmen befinden sich in Polen und Finnland. Schweden, das traditionell viele Pelzfarmen unterhielt, hat laut der Organisation *Djurrättsalliansen* nur noch 54 aktive Farmen. 2015 wurden jedes Jahr noch 1,2 Millionen Nerze getötet, aktuell sind es 650.000 Nerze. Fuchsfarmen sind bereits verboten und vor einigen Jahren schloss die letzte Chinchillafarm des Landes.

Zu den europäischen Ländern, die noch an der Pelzindustrie festhalten, gehört auch Spanien. Dort werden laut fureurope.eu[2] 650.000 Nerze für ihr Fell gezüchtet und getötet. Spanien hat jedoch ebenfalls eine Übergangsfrist beschlossen, innerhalb der die ungefähr 50 Nerzfarmen des Landes geschlossen werden müssen. Bis wann die Farmen Zeit haben, ist noch nicht klar. Doch ab einem bestimmten Zeitpunkt wird es auch keinen Pelz mehr aus Spanien geben. In Italien gibt es eine aktive Tierrechtsbewegung, die seit Jahren versucht, ein Pelzfarmverbot durchzusetzen. Obwohl 90 Prozent der italienischen



LAUT FUREUROPE.EU GIBT ES NOCH FOLGENDE LÄNDER MIT PELZFARMEN:

BULGARIEN → mit zwei Nerzfarmen (100.000 Tiere)

ESTLAND → mit 40 Pelzfarmen
(41.000 Nerze, 11.000 Füchse, 5.000 Chinchillas)

FINNLAND → mit 914 Pelzfarmen
(1.876.000 Nerze, 2.633.000 Füchse, 160.000 Marderhunde)

FRANKREICH → mit 9 Nerzfarmen (100.000 Tiere)

GRIECHENLAND → mit 98 Farmen (1.600.000 Nerze)

ITALIEN → mit 20 Nerzfarmen (145.000 Nerze)

LETTLAND → mit 8 Pelzfarmen
(600.000 Nerze, 2.400 Füchse, 1.500 Chinchillas)

LITAUEN → mit 131 Pelzfarmen
(1.300.000 Nerze, 1.500 Füchse, 30.000 Chinchillas)

POLEN → mit 1.144 Pelzfarmen
(5.250.000 Nerze, 35.000 Füchse, 1.000 Marderhunde, 70.000 Chinchillas)

RUMÄNIEN → mit 153 Pelzfarmen
(230.000 Nerze, 15.000 Chinchillas)

SCHWEDEN → mit 50 Nerzfarmen
(650.000 Nerze)

UNGARN → mit 213 Chinchillafarmen (25.000 Chinchillas).

Bevölkerung nach Undercoverrecherchen 2018 ein Verbot unterstützen, ignorierte die Regierung das Thema. Die Aktivist_innen hoffen auf eine neue Regierungszusammensetzung und klären weiterhin Abgeordnete über das Thema auf. Und auch in Italien werden bereits weniger Nerze ermordet, als noch vor ein paar Jahren.

Auch wenn die Zahlen der für ihr Fell ermordeten Individuen in Europa sinkt, sind sie weiterhin unfassbar hoch. Und in Ländern außerhalb Europas leiden und sterben ebenfalls Millionen Tiere. Um die Pelzindustrie wirklich abzuschaffen, müssen wir auf allen Ebenen kämpfen. Unerwarteterweise führten strengere Haltungsbedingungen dazu, dass Farmen geschlossen wurden und es somit in Deutschland keine Pelzfarmen mehr gibt. In anderen Ländern führte es zum Erfolg, mit Politiker_innen und einer aufgeklärten Bevölkerung Pelzfarmverbote durchzusetzen. Der nächste Schritt wäre wie in Kalifornien, USA, ein Verbot des Verkaufs von Pelzwaren. Und wir brauchen auch weiterhin Kampagnen, um Unternehmen zum Ausstieg aus dem Pelzhandel zu bewegen und direkte Aktionen, um den Druck zu erhöhen. Denn auch in Länder, die keine Pelzfarmen (mehr) haben, werden weiterhin Echtpelzwaren importiert und zum Verkauf angeboten.

Die Pelzindustrie mit all ihren Facetten gehört abgeschafft! Überall!

[1] TIERBEFREIUNG 102, Seite 85
[2] www.fureurope.eu/fur-information-center/fur-industry-by-country/



www.hsi.org/news-media/fur-farming-bans/

Feuer frei auf Braunbären?

(rg) Anfang Oktober hat der rumänische Senat einen Gesetzentwurf verabschiedet, der die uneingeschränkte Jagd auf Braunbären für einen Zeitraum von fünf Jahren erlaubt. Bisher war in Rumänien lediglich der Abschuss von 600 Bären legal. Die Regierung gibt an, mit der geplanten Gesetzesänderung Konflikte zwischen Menschen und Bären reduzieren zu wollen. Bärenschützer_innen befürchten, dass so ein Gesetz ohne eine detaillierte und unabhängige wissenschaftliche Begutachtung der Bärenpopulation zu Massentötungen führen wird und damit katastrophale Folgen für die Wildpopulation der Bären haben kann. Das Land beheimatet mit geschätzt 7.000 Bären die größte Population Europas. Seitens der Tierschutzorganisation *VIER PFOTEN* heißt es: „Dieser Plan verstößt gegen EU-Gesetz: Demnach gehören Bären seit 1953 der Liste der streng geschützten Arten an. Auch Rumänien muss sich an europäische Richtlinien halten und Bären schützen, anstatt ihre massenhafte Bejagung zu erlauben. Wir fordern die rumänische Regierung auf, dieses unverantwortliche Gesetz abzulehnen“. Dass es mit so scheuen Tieren zu Konflikten kommt, ist ein menschengemachtes Problem: Illegale Abholzung hat den natürlichen Lebensraum der Tiere enorm eingeschränkt. Deshalb dringen diese vermehrt in bewohnte Gebiete ein, um nach Essbarem zu suchen. „Der Entwurf des Senats wird nicht wissenschaftlich unterstützt und ist auch nicht die Lösung des Problems. Wir möchten, dass die rumänische Regierung offizielle Statistiken veröffentlicht und wissenschaftliche Daten über Bären in Rumänien vorlegt, die die Notwendigkeit neuer Gesetze belegen“, so die Sprecherin von *VIER PFOTEN*.

Jagdgesetz in der Schweiz verschlimmbessert

(rg) Ende September verkündete das Schweizer Parlament eine Revision des Jagdgesetzes. Diese schwächt jedoch den Schutz wildlebender Tiere, anstatt ihn zu verbessern. Der Artenschutz wird dadurch massiv in Mitleidenschaft gezogen: Künftig sollen Tierarten auf Vorrat abgeschossen werden können – einfach weil sie da sind. Das revidierte „Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz einheimischer Säugetiere und Vögel“ schützt nur eines: die Interessen der Landwirtschaft und die Jagd- und Fischereierträge. Die Chance, gefährdete, aber immer noch jagdbare Tierarten wie den Feldhasen oder die Waldschnepfe endlich unter Schutz zu stellen, wurde verpasst. Unter der verharmlosenden Bezeichnung „Regulation geschützter Arten“ will das Parlament den Abschuss geschützter Tiere deutlich erleichtern. Wölfe – auch Jungtiere und auch in Schutzgebieten – können zum Abschuss freigegeben werden, präventiv, nur weil sie möglicherweise Schaden anrichten könnten. Nicht einmal „zumutbare“ Herdenschutzmaßnahmen werden vorausgesetzt. Neu soll anstelle des Bundes jeder einzelne Kanton selber über die Regulierung geschützter Arten bestimmen können. Luchs und Biber laufen Gefahr vom Bund, ohne Konsultation von Parlament oder Stimmvolk, zur Bestandsregelung freigegeben zu werden. Und auch dem Höckerschwan droht Ungemach. „Bei Bedarf“ soll der Bund eigenmächtig Abschüsse bewilligen können. Ein Gesetz, das solche Schnellschüsse zulässt, widerspricht jeglichem Tierschutzgedanken. Jagdgegner_innen wollen diese missratene Revision des Jagdgesetzes nicht hinnehmen. Mehrere Schweizer Tier-und Naturschutzorganisationen haben sich deshalb zusammengetan und werden ein Referendum ergreifen. Man ist zuversichtlich, bis Januar 2020 die notwendigen 50.000 Unterschriften gesammelt zu haben, damit das Stimmvolk an der Urne über den künftigen Umgang mit Biber, Wolf, Graureiher, Luchs und Co. entscheiden kann. Die Unterschriftensammlung startete bereits kurz darauf im Oktober dieses Jahres.

Schweiz: Kükenschreddern ab 2020 verboten

(rg) Das Schweizer Parlament hat im September beschlossen, das Schreddern von sogenannten Eintagsküken zu verbieten. Am 23. Oktober hat der Bundesrat die entsprechende Anpassung der Tierschutzverordnung genehmigt. Bis jetzt war in der Schweiz das Schreddern von lebenden Küken erlaubt. Dabei wurden die männlichen Tiere durch einen mechanischen Vorgang getötet. Die Methode kam in den letzten Jahren jedoch nur noch in wenigen Brütereien und in Ausnahmefällen zum Einsatz. Der Bundesrat wurde Anfang 2019 mittels einer Motion aufgefordert, diese Art der Tötung zu verbieten. Die Tierschutzverordnung wird entsprechend geändert und tritt am 1. Januar 2020 in Kraft. Weiterhin erlaubt bleibt die Tötung mit Kohlendioxid. Eine Alternative zu den bestehenden Tötungsmethoden bietet die Geschlechtsbestimmung im Ei. Mit dieser Methode ist es möglich, sehr früh nach der Befruchtung das Geschlecht der Küken zu bestimmen. Die Bruteier von männlichen Legeküken können somit frühzeitig „aussortiert“ werden und männliche Legeküken würden gar nicht erst ausgebrütet werden.

Immer mehr jagdfreie Grundstücke in Polen

» von Krzysztof Wychowalek, Zakaz Polowania Prywatnym Terenie

In Polen gibt es immer mehr jagdfreie Grundstücke: Zahlreiche Grundstückseigentümer_innen klagen vor Gericht gegen die zwangsweise Bejagung ihres Grund und Bodens. Inzwischen gibt es 133 Urteile von Verwaltungsgerichten, wodurch private Grundstücke aus Jagdbezirken herausgenommen wurden. Auch die Privilegien für Jäger_innen wurden in den letzten Jahren erheblich eingeschränkt. Die Initiative *„Zakaz Polowania Prywatnym Terenie“* (Initiative zum Verbot der Jagd auf privatem Land) macht sich für die Rechte von Grundstückseigentümer_innen und für die Wildtiere stark.

In den letzten Jahren ist es in Polen zu erheblichen rechtlichen Änderungen in Bezug auf die Jagdausübung auf Privatgrundstücken gekommen. 1952 hatten die damaligen kommunistischen Behörden das bis heute in Polen geltende Jagdrecht eingeführt, wodurch Wildtiere rechtlich als Eigentum des Staates gelten und die Jagdwirtschaft durch den Staat geführt wird. Die Behörden entscheiden über die Art und Anzahl der Tiere, die gehegt und später abgeschossen werden sollen. Das Eigentumsrecht privater Grundstückseigen-



tümer_innen wurde als zweitrangig gegenüber den Bedürfnissen der Forst- und Jagdwirtschaft positioniert.

Das neue Jagdgesetz von 2005 hat in diesen Bereichen nichts geändert. Das ganze Land ist in Jagdbezirke gegliedert, die sowohl öffentliche Bereiche (zum Beispiel Staatswälder) als auch zahlreiche Privatgebiete (Wälder, Wiesen, Anbauflächen) umfassen. Das Jagdrecht steht ausschließlich den Mitgliedern einer quasi-staatlichen Organisation, dem Polnischen Jagdverband, zu, dessen regionale Vereine die verschiedenen Jagdbezirke verwalten, wofür sie an die Kreisbehörden beziehungsweise an die Verwaltungsbehörden der Staatswälder eine geringe jährliche Gebühr zahlen.

Private Eigentümer_innen ziehen daraus keine Profite und haben auch keine Möglichkeit, die Jagd auf ihren Grundstücken zu verweigern. Jäger_innen dürfen ohne Genehmigung der Eigentümer_innen deren Felder jederzeit betreten oder sie mit Autos befahren, Hochstände aufstellen, Luderplätze mit Möhren oder Mais zum Anlocken von Wild anlegen und auf Tiere schießen.

Im Austausch gegen die Führung der „Jagdwirtschaft“ hat der Staat dem polnischen Jagdverband die Verpflichtung zum Ersatz von Wildschäden übertragen. Die Landwirte hatten jedoch in der Praxis erhebliche Probleme mit der Erlangung einer zufriedenstellenden Entschädigung, da die Schadensbewertung und die Festlegung des Schadensersatzbetrages zu den Aufgaben der Jäger_innen gehörte. Diese wollen natürlich eine möglichst geringe Wildschadensentschädigung auszahlen. Viele Jagdbezirke treffen auch keine Maßnahmen, um Felder vor Wildschäden tatsächlich zu schützen, denn für viele ihrer Mitglieder ist das Schießen auf Tiere ein Hobby oder ein Wochenendabenteuer mit Jagdtrophäen. Zum Teil verkaufen Jagdbezirke auch die Möglichkeit einer kommerziellen Jagdausübung an ausländische Jäger_innen. Diese Jagdbezirke zielen darauf ab, dass die Zahl der Hirsche, Rehe oder Wildschweine so stark wie möglich wächst, vor allem durch intensive Fütterung der Tiere im Winter, um später in der Jagdsaison mehr Gelegenheit zum Schießen zu haben.

Die Regelungen des polnischen Jagdrechts sind mit dem deutschen Jagdgesetz vergleichbar

Auch in Deutschland unterliegen alle Flächen außerhalb geschlossener Ortschaften (die als befriedeter Bereich gelten) dem Jagdrecht. Jede_r Grundstückseigentümer_in, die_der Flächen im Außenbereich besitzt, ist automatisch – und oft, ohne dass sie_er davon weiß – Mitglied in einer Jagdgenossenschaft. Die Jagdgenossenschaft verpachtet die Jagd an Jäger_innen, welche dann die Jagd ausüben. Die Grundstückseigentümer_innen müssen damit dulden, dass Jäger_innen ihre Grundstücke betreten, Hochsitze aufstellen, Futterstellen anlegen, Treibjagden abhalten und Tiere erschießen – sogar die Katze der Grundstückseigentümer_innen, wenn sie sich zu weit vom Haus entfernt und damit als „wildernd“ angesehen wird.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat am 26. Juni 2012 entschieden, dass die Zwangsmitgliedschaft in einer Jagdgenossenschaft gegen die Menschenrechte verstößt, wenn die Grundeigentümer_innen die Jagd aus ethischen Gründen ablehnen. Es ist nicht mit dem in der Menschenrechtskonvention garantierten Schutz des Eigentums zu vereinbaren, wenn Grundstückseigentümer_innen zwangsweise Mitglied in einer Jagdgenossenschaft sind und damit die Jagd auf ihrem Grund und Boden gegen ihren Willen dulden müssen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat 2012 entschieden, dass die Zwangsmitgliedschaft in einer Jagdgenossenschaft gegen die Menschenrechte verstößt, wenn die Grundeigentümer_innen die Jagd aus ethischen Gründen ablehnen.

Aufgrund des Urteils des höchsten europäischen Gerichts wurde die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, ihre Jagdgesetzgebung entsprechend zu ändern. Am 6. Dezember 2013 ist das „Gesetz zur Änderung jagdrechtlicher Vorschriften“ in Kraft getreten. Grundstückseigentümer_innen können bei der Unteren Jagdbehörde einen Antrag stellen, dass ihr Grundstück jagdrechtlich befriedet wird. In der Praxis werden den Grundstückseigentümer_innen von den Behörden jedoch zahlreiche Steine in den Weg gelegt, um sie von der Befriedung ihrer Grundstücke abzuhalten: von der Androhung hoher Kosten bis zur Drohung, Wildschäden auf benachbarten Grundstücken zahlen zu müssen. Viele Grundstückseigentümer_innen müssen jahrelang auf die Befriedung ihrer Grundstücke warten und kommen oft nur mit Hilfe eines Rechtsanwalts zum Ziel.

Nach Urteil des europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegen die Zwangsbejagung auch erste Klagen in Polen

Der Konflikt zwischen Eigentümer_innen privater Grundstücke (meistens Landwirt_innen) und Jäger_innen hat in den letzten Jahren weiter zugenommen. Der Grund: 2012 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ein Urteil im Fall Herrmann gegen Deutschland gefällt, in dem festgestellt wurde, dass ein_e Grundstückseigentümer_in die Jagd auf seinem_ihrem Eigentum ablehnen kann, wenn er_sie das Töten der Tiere in dieser Form nicht mit seinem_ihrem Ge-



Akzeptanz für die Jagd in Polen massiv gesunken

Polen hat 38,5 Millionen Einwohner_innen, davon 120.000 Jäger_innen. Die Akzeptanz für die Jagd in der Bevölkerung ist inzwischen sehr gering: Laut einer Studie vom 2016 akzeptieren nur zehn Prozent der Polinnen und Polen diese Art von Hobby. Die Maßnahmen zur Einschränkung der Jäger_innen-privilegien finden positive Resonanz sowohl in der Gesellschaft als auch in den Medien – und sogar unter mehreren Vertreter_innen der regierenden Behörden. Zudem sind die tierfreundlichen Gesetzesänderungen wohl auch eine Folge einer persönlichen Intervention des Vorsitzenden der Regierungspartei, Jaroslaw Kaczynski, der sich öffentlich mehrmals kritisch über Jäger_innen geäußert hat.

wissen vereinbaren kann. Daraufhin hat ein Bauern-Ehepaar aus Lebus in Polen gegen die Eingliederung ihrer Felder mit einer Fläche von 53 Hektar in den Jagdbezirk Nr. 47 beim Verwaltungsgericht geklagt. Die Ehegatten wollten auf ihrem Grundstück Teiche anlegen. Diese Pläne wurden durchkreuzt, als Jäger_innen auf diesem Gebiet die Jagd ausgeübt, Bäume gefällt und Geländewagen geparkt haben, Jagdhunde frei laufen gelassen und auf Tiere geschossen haben. Das Verwaltungsgericht zweiter Instanz hat an das Verfassungsgericht eine rechtliche Anfrage nach der Konformität des Jagdrechts mit der polnischen Verfassung gerichtet. Im Juli 2014 hat das polnische Verfassungsgericht entschieden, dass Artikel 27 des polnischen Jagdgesetzes verfassungswidrig ist und ab Januar 2016 aufgehoben wird. Das Verfassungsgericht hat sich auch auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte berufen und festgestellt, dass die Eingliederung eines Grundstücks in den Jagdbezirk, ohne dass die Rechte der Grundeigentümer_innen entsprechend gesichert werden, einen unverhältnismäßigen Eingriff in ihr Eigentumsrecht darstellt.

Im Januar 2016 hat der Öko-Verein *Zródla*, Eigentümer eines fünf Hektar großen Waldes, bei der Woiwodschaft (das ist eine polnische Verwaltungseinheit, vergleichbar mit einem deutschen Bundesland) Lodz beantragt, dass dieses Gebiet von dem Jagdbezirk Nr. 315 ausgeschlossen wird, weil der Verein, der auch als Tierschutzorganisation tätig ist, das Töten der Tiere auf seinem Grundeigentum nicht dulden kann. Nach Abweisung des Antrags durch die Woiwodschaft mit der Begründung, dass Artikel 27 des Jagdgesetzes durch das Verfassungsgericht aufgehoben wurde und folglich keine Vorschrift mehr vorhanden ist, auf deren Grundlage die Grenzen der Jagdbezirke bestimmt oder geändert werden könnten, hat der Verein beim Verwaltungsgericht geklagt. Im Dezember 2016 wurde ein Urteil verkündet, nach dem die Gründung eines Jagdbezirks auf dem zum Verein gehörenden Gelände als ungültig erklärt wurde. Das Gericht betonte, dass alle Beschlüsse der regionalen Parlamente der Woiwodschaften mit Berufung auf Artikel 27 auf Grundlage verfassungswidriger und ungültiger Regelungen gefasst wurden. Folglich können Grundstückseigentümer_innen eine Ungültigkeitserklärung dieser Beschlüsse beantragen. Im Jahre 2016 wurden gleichzeitig noch drei ähnliche Urteile in anderen Woiwodschaften verkündet.

Naturschutzverein unterstützt Grundeigentümer_innen bei Klagen gegen die Zwangsbejagung

Der Naturschutzverein *Zródla* machte die Möglichkeit, dass jede_r Grundeigentümer_in diesen Antrag stellen kann, bekannt, rief die Webseite www.zakazpolowania.pl (zu Deutsch: „Jagdverbot“) ins Leben und bot Betroffenen Rechtshilfe an.

Seit Anfang des Jahres 2017 haben über 100 weitere Grundstückseigentümer_innen Klageschriften in ähnlichen Fällen bei Gerichten eingereicht. Alle Urteilssprüche waren gleich. Die meisten Kläger_innen waren Bauern, die Jäger_innen auf den ihnen gehörenden Grundstücken nicht akzeptieren konnten und nicht damit einverstanden waren, dass der Ersatz von Wildschäden durch Jagdvereine, und nicht aus der Staatskasse, beglichen wird.

Die Gerichte haben fast automatisch die Grundstücke der Kläger_innen von den Jagdbezirken ausgeschlossen und in acht Fällen sogar die ganzen Jagdbezirke geradezu aufgelöst. Dennoch scheuen viele betroffene Grundeigentümer_innen den gerichtlichen Weg wegen der Kosten und einer eventuellen Langwierigkeit des Verfahrens.

Grundstückseigentümer_innen können verlangen, dass sie nicht mehr dem Jagdbezirk angehören

Im Jahre 2018 hat der polnische Sejm, eine der beiden Kammern der polnischen Nationalversammlung, das Jagdgesetz geändert und unter anderem den Artikel 27

erneut eingeführt, unter Berücksichtigung der Hinweise des Verfassungsgerichts. Nun haben die regionalen Parlamente der Woiwodschaften bis März 2020 Zeit, die Grenzen der Jagdbezirke neu festzusetzen, diesmal aber nach Absprache mit den Bauernvereinigungen. Außerdem kann jeder Grundstückseigentümer verlangen, dass sein Grundstück dem neuen Jagdbezirk nicht angegliedert wird, und zwar aufgrund der auf diesem Gelände ausgeführten spezifischen Tätigkeit.

Ob solche Einwände der Grundstückseigentümer_innen berücksichtigt werden oder ob ihre Rechte nur einem scheinbaren Schutz unterliegen werden, wird sich erst im Jahre 2020 zeigen. Sollte sich herausstellen, dass die Vorschläge der Eigentümer_innen missachtet werden, würde das bedeuten, dass das Urteil des Verfassungsgerichts vom 2014 nicht respektiert wird, was weitere Klagen zur Folge hätte.

Weitere Möglichkeit: Grundstückseigentümer_innen können Jagdverbot beantragen

Die neuen Vorschriften geben auch die zusätzliche Möglichkeit, durch Einreichen einer einfachen Erklärung bei den lokalen Behörden die Jagdausübung auf Privatgrund verbieten zu lassen. Dieses Grundstück bleibt dann zwar weiterhin Teil eines Jagdbezirks und Jäger_innen können es ohne Erlaubnis der Eigentümer_innen betreten (zum Beispiel um verletzte Tiere aufzuspüren), sie dürfen dort aber nicht schießen. Diese Regelung basiert auf dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahr 2012. Ursprünglich sollte die Vorschrift ausschließlich die ethischen Anschauungen der Eigentümer_innen betreffen, falls diese im Widerspruch zum Töten der Tiere stehen, wobei Eigentümer_innen ihre Überzeugungen vor Gericht belegen müssten. Letzten Endes wurden diese Bestimmungen vom Parlament praktisch im letzten Augenblick gestrichen, da sie wahrscheinlich verfassungswidrig gewesen wären.

Der Antrag auf Jagdverbot kann also ohne jegliche Begründung gestellt werden. Allerdings ist der Anwendungsbereich dieser Vorschrift nur auf natürliche Personen beschränkt. Das bedeutet, juristische Personen wie Tier- und Naturschutzorganisationen oder Stiftungen können – genau wie in Deutschland – für ihre Flächen keinen Antrag auf ein Jagdverbot stellen. Infolgedessen können Tier- oder Naturschutzvereine wie *Zródla* keinen Gebrauch davon machen, ähnlich wie zum Beispiel Gesellschaften, die Besitzer_innen von landwirtschaftlichen Anbauflächen oder Wirtschaftswäldern sind. Diese aktuell gültigen Vorschriften scheinen verfassungswidrig zu sein, weil sie gesellschaftlichen Einrichtungen die Möglichkeit nehmen, von ihren Rechten Gebrauch zu machen. Die juristische Anfechtung könnte aber kompliziert sein, besonders vor dem Hintergrund, dass die polnische Regierung die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts abgeschafft hat. Die in der Koalition „Niechzyja!“ („Lasst sie leben!“) vereinigten Naturschutzorganisationen planen gemeinsam eine Reihe von Kampagnen, die private Grundstückseigentümer_innen dazu anregen sollen, solche Anträge auf Jagdverbot abzugeben.

Grundstückseigentümer_innen können Widerspruch gegen geplante Gesellschaftsjagden erheben

Eine weitere, ab 2018 geltende Änderung, ist die Möglichkeit, dass die Grundstückseigentümer_innen Widerspruch gegen eine Gesellschaftsjagd, wie Treib- oder Drückjagd, erheben können. Die Gesellschaftsjagd ist in Polen ein populäres, brutales „Freizeitvergnügen“, bei der eine Gruppe von Jäger_innen an einem Ort gemeinsam jagt und auf Vögel oder Wildtiere schießt, die aus dem Wald vor Treiber_innen (das heißt vor lärmenden Menschen) zu fliehen versuchen. Oftmals sind das auch kommerzielle Jagden, die für Jäger_innen aus Deutschland, Frankreich oder Italien veranstaltet werden. Ab 2019 haben die Jäger_innen mindestens 14 Tage vor solchen Jagden das Gemeindeamt in Kenntnis zu setzen, welches dann verpflichtet ist, das Datum der Jagd auf der offiziellen Webseite zu veröffentlichen. Grundstückseigentümer_innen können gegen die geplante Jagd Einspruch erheben unter Berufung auf Sicherheitsgründe, zum Beispiel, weil sie zum gleichen Zeitpunkt Feldarbeiten oder ornithologische Beobachtungen für eine Menschengruppe planen.

Von *Zródla* durchgeführte Kontrollen haben allerdings ergeben, dass die meisten Jagdvereine ihren Verpflichtungen leider nicht nachkommen: Informationen über geplante Gesellschaftsjagden werden nicht rechtzeitig oder nicht vollständig an die Gemeindebehörden weitergeleitet (zum Beispiel ohne Angabe der Uhrzeiten oder ohne Bezeichnung des Jagdreviers in der Meldung). Es kommt aber auch nicht selten vor, dass die richtig benachrichtigte Behörde mit den neuen Vorschriften nicht vertraut ist und keine Mitteilung auf der Internetseite veröffentlicht.

Im Laufe der Arbeiten an der Gesetzesänderung hat der Entwurf eines elektronischen zentralen Jagdregisters, in dem alle bequem Orte und Termine der geplanten Jagden einsehen könnten, leider keine Zustimmung unter den Abgeordneten gefunden. Vielleicht gelingt es in Zukunft, auf diese Idee zurückzukommen. Die Veranstalter_innen der Gesellschaftsjagd sollen auch das Jagdrevier durch entsprechende Warnhinweise markieren, doch das Umweltministerium hat keine Verordnung mit dem Muster für solche Warnschilder erlassen. Höchstwahrscheinlich werden Jäger_innen auch diese Verpflichtung missachten.

Naturschutzorganisationen bringen Verstöße gegen Vorschriften zur Anzeige

Die Naturschutzorganisationen werden diese Situation aufmerksam beobachten und bei der Polizei solche Fälle zur Anzeige bringen, wenn aufgrund der Verletzung einer Informations- oder Markierungspflicht durch Jäger_innen Unbeteiligte – zum Beispiel Tourist_innen oder Pilzsammler_innen – in Gefahr gebracht werden könnten.

Quelle: www.wildbeimwild.com

Hobby-Jäger_innen killen pro Jahr 25 Millionen Vögel in Süd-Europa illegal

Text im Original übernommen von www.wildbeimwild.de

Viele Vögel werden von oder auf dem Weg in die Gärten Nord-Europas erschossen oder mit Fallen gefangen. Seltene und wunderschöne [sic] Vögel werden von Wildtierkiller_innen illegal zum Spaß erschossen oder gefangen, bevor sie gezupft, gehäutet und gegessen werden – oder einfach weggeworfen werden. Von den gesetzlosen Wüsten des vom Krieg zerrissenen Syriens bis zu den von Zypressen gesäumten Feldern Italiens werden unzählige Vögel getötet. In Süd-Europa und Nordafrika sterben Vögel mit einer Rate, die gefährdete Arten an den Rand des Aussterbens treibt.

Eine Studie von *BirdLife International* enthält eine Aufschlüsselung der Tötungen nach Ländern, wobei auf die schlimmsten Täter hingewiesen und die am stärksten betroffenen Arten hervorgehoben werden.

Italien ist einer der schlimmsten Straftäter auf dem großen Migrationsweg zwischen Afrika und Eurasien. Am schlimmsten ist jedoch Ägypten, wo jedes Jahr 5,7 Millionen Vögel illegal getötet werden. Es folgen Syrien und der Libanon mit 3,9 Millionen beziehungsweise 2,6 Millionen getöteten Vögeln. Zypern hat eine Todesrate von 2,3 Millionen toten Vögeln; Griechenland 704.000, Frankreich, Kroatien und Libyen mit jeweils rund 500.000 und Albanien 265.000. Neben unserem Rotkehlchen sind Buchfinken, Schwarzkappen, Wachteln, Singdrosseln, Kalandra-Lerchen und Lerchen die Vogelarten, die am meisten Abgänge erleiden. Bei ordnungsgemäßer Umsetzung und Durchsetzung der Gesetze würden die EU-Vogelschutzrichtlinien den notwendigen Schutz für eine Reihe von Vögeln bieten und die unnötige illegale Tötung und Tierquälerei reduzieren.

Das *Komitee gegen den Vogelmord* führt regelmäßig Vogelwanderungslager in Italien, Frankreich, Spanien, Zypern sowie Malta durch und beschlagnahmt Zehntausende von illegalen Fallen und Netzen. In Zusammenarbeit mit Polizeieinheiten und Naturschützer_innen werden jedes Jahr Hunderte von Wilderer_innen auf frischer Tat ertappt.

• ÄGYPTEN

In Ägypten werden jedes Jahr schätzungsweise 5,7 Millionen Vögel illegal getötet, was dieses Land zum gefährlichsten Ort für Zugvögel im Mittelmeerraum macht. Die wahllose Jagd ist bei einer großen Anzahl von Zugvogelarten, die als illegale Beifänge beim legalen Fangen von Wachteln gefangen werden, zur Gewohnheit geworden. Haussperling, Blässhuhn, Zwergwürger und Roter Pirol werden in großer Zahl illegal getötet.

• ITALIEN

In Italien werden jedes Jahr schätzungsweise 5,6 Millionen Vögel illegal getötet. In den Brescia-Alpen fliegen Vögel in Spannungsschlingen, in denen viele vor Durst oder Erschöpfung sterben. In Netzen gefangene Zugvögel werden manchmal verwendet, um andere Vögel zu fangen: Sie werden in der Dunkelheit gefangen gehalten und erst im Herbst an das Tageslicht abgegeben. So verwechseln sie dies mit Frühling und singen – so locken sie noch mehr Vögel in die Fallen. Vögel, die im Sulcis-Gebiet gejagt werden, werden zu hohen Preisen an Restaurants und andere private Händler verkauft, um sie zu verzehren. In Italien werden viele Buchfinken, Wiesenpieper und Singdrosseln getötet. Rotkehlchen werden in Italien illegal getötet und gegessen.

• SYRIEN

Syrien befindet sich auf der zweitwichtigsten Vogelflugbahn der Welt, was angesichts der mangelnden Durchsetzung der Jagdgesetze im Land ein ernstes Problem darstellt und es zu einem idealen Ort für Hobby-Jäger aus der ganzen Region macht. Die moderne Jagd der Hobby-Jäger_innen war schon immer ein traditioneller und dümmlicher Zeitvertreib für Männer. Mittlerweile ist es jedoch extrem weit verbreitet und wahllos. Die Zahl der Wildtiere ist in Syrien im Allgemeinen stark zurückgegangen. Es gibt ein Jagdverbot im Land, aber die mangelnde Durchsetzung hat zu einer neuen Generation von Amateur-Jägern geführt, denen grundlegende Jagdfähigkeiten und -ethik [sic] fehlen. Anstatt ein Problem in bestimmten Gebieten zu sein, ist das illegale Töten von Vögeln ein landesweites Problem. Schwarzkappe, Weißkehlchen und Lerche werden illegal in großer Zahl getötet oder auf Märkten verkauft. Andere werden gefangen, um als Käfighaustiere gehalten oder in vielen Fällen zum Spaß getötet zu werden.

• LIBANON

Der Libanon befindet sich auf der gleichen wichtigen Flugbahn wie Syrien und ist ein strategischer Standort für Zugvögel. Leider gibt es auch dort landesweit weit verbreitete Probleme mit der illegalen Tötung von Vögeln. In der Gesellschaft normalisiert, ist



das illegale Schießen und Fangen im Libanon zu einem äußerst beliebten Zeitvertreib geworden. Infolgedessen wird die durchschnittliche Zahl illegal getöteter Vögel im Libanon auf mehr als 2.600.000 pro Jahr geschätzt.

• ZYPERN

Der Bezirk Famagusta in Zypern gilt als der schlechteste im Mittelmeerraum, gemessen an der durchschnittlichen geschätzten Anzahl illegal getöteter Vögel pro Jahr. Geografisch gesehen ist Zypern ein wichtiger Zwischenstopp für viele Zugvögel auf ihrer Route über das Meer. Leider tendieren Vögel dazu, sich auf bestimmte Teile der Insel zu konzentrieren, wenn sie abwandern oder zur Migration eintreffen, was denjenigen, die illegal töten, die Arbeit erleichtert. Seit 1974 gibt es Gesetze, die das Fangen verbieten, aber diese werden häufig missachtet. Audiogeräte werden illegal verwendet, um Vogelgezwitscher zu senden und Vögel an bestimmte Fangplätze zu locken. Viele Vögel werden illegal als „Delikatessen" zum Verzehr verkauft – insbesondere Schwarzkappe, Singdrossel, Weißkehlchen.

• GRIECHENLAND

Die durchschnittliche geschätzte Anzahl illegal getöteter Vögel in Griechenland übersteigt 704.000 pro Jahr. Im Durchschnitt werden jedes Jahr mehr als fünf Vögel pro Quadratkilometer illegal getötet. Gegenwärtig werden von den 345 in Griechenland untersuchten Vogelarten 32 Prozent illegal in erheblicher Zahl getötet. Griechenland gehört zu den drei schlimmsten Ländern für die illegale Tötung europäischer Turteltauben. Außerdem werden Europäischer Stieglitz, Europäisches Serin, Europäischer Grünfink und Große Kurzzehenlerche in großer Zahl gefangen und illegal als Käfigvögel verkauft. Griechenland gehört auch zu den drei größten Ländern, in denen der dalmatinische Pelikan illegal getötet wird.

• FRANKREICH

In Frankreich werden jedes Jahr schätzungsweise 149.000 bis 895.000 Vögel illegal getötet. Im Namen der Tradition werden in vielen Regionen Vögel illegal gefangen und viele Nichtzielarten als Beifang getötet. Das Fangen mit Fallen ist die häufigste Form des illegalen Tötens von Vögeln in Frankreich.

Von den 349 in Frankreich untersuchten Vogelarten werden rund 32 Prozent in erheblichem Umfang illegal getötet. Eurasischer Buchfink, Rotkehlchen und ortolanische Ammer werden in großer Zahl getötet. Die ortolanische Ammer gilt als teure „Delikatesse" – für französische Feinschmecker war es jahrhundertelang ein Einstiegsritual, diesen Vogel zu fressen. Trotz der Illegalität wird der Fang der Art toleriert.

• KROATIEN

In Kroatien wird die durchschnittliche Zahl der illegal getöteten Vögel auf mehr als 500.000 pro Jahr geschätzt, wobei jährlich fast zehn Vögel pro Quadratkilometer getötet werden. Von den 306 in Kroatien untersuchten Vogelarten werden rund 32 Prozent in erheblichem Umfang illegal getötet. Es wird festgestellt, dass die illegale Tötung in Kroatien einen starken Einfluss auf das Blässhuhn hat. Das Land gehört zu den drei Ländern in der Region, in denen die illegale Tötung dieser Art am schlimmsten ist. Eines der Hauptprobleme ist der Einsatz illegaler Methoden während der offenen Saison. Zum Beispiel werden gemeine Wachteln und Wasservögel illegal mit Klebebandködern getötet.

• LIBYEN

Schätzungen zufolge werden in Libyen jedes Jahr rund eine halbe Million Vögel illegal getötet. Von den Mittelmeerländern ist Libyen derzeit das einzige Land ohne rechtlichen Rahmen, das die Jagd und das Fangen regelt und das illegale Töten verhindert. In Bezug auf die Anzahl der in Libyen untersuchten 266 Vogelarten wurde berichtet, dass 23 Prozent in signifikanter Anzahl illegal getötet wurden. Das Land gehört zu den drei schlimmsten, die den afrikanischen Houbaras töten, der auf der Roten Liste der IUCN als gefährdet eingestuft wird.

• ALBANIEN

Die durchschnittliche Zahl der in Albanien illegal getöteten Einzelvögel liegt bei 265.000 jährlich. Dies ist viel weniger als die neun Länder darüber in der Liste, aber immer noch genug, damit die Balkan-Nation es in die Top-Ten-Länder schafft. Trotz der geringeren Gesamtzahl wird die durchschnittliche Zahl der illegal getöteten Einzelvögel auf mehr als neun pro Quadratkilometer pro Jahr geschätzt. Von den 296 in Albanien untersuchten Vogelarten werden rund 32 Prozent in erheblicher Zahl illegal getötet. Die Eurasische Lerche und die Eurasische Amsel werden illegal geschossen und der europäische Stieglitz in großer Zahl gefangen.

Freiheit für Orang-Utan Sandra

(cg) **Orang-Utan-Dame Sandra (39), die seit 23 Jahren im Zoo von Buenos Aires eingesessen hatte, durfte Ende September 2019 in das *Center for Great Apes* in Wauchula, Florida, umziehen. 1986 im Zoo von Rostock geboren, war Sandra erst an den Zoo Gelsenkirchen, dann 1995 an den Zoo von Buenos Aires veräußert worden, wo sie seit Jahren ein einsames Dasein in einer für Orang-Utans völlig ungeeigneten Umgebung zuzubringen genötigt war. Eingesperrt hinter Eisengitter und Panzerglas war sie der einzige Orang-Utan, den der Zoo Buenos Aires vorhielt (vergleiche TIERBEFREIUNG #86/2015).**



Foto: Archiv GAP

Endlich befreit: Orang-Utan Sandra

2014 hatte die argentinische Tierrechtsorganisation *Association of Officials and Lawyers for Animal Rights* (AFADA) sich des Falles angenommen. Nachdem ein Antrag auf Freilassung Sandras in einem ersten Rechtszug abgewiesen worden war, findet sich in der Begründung des Appellationsgerichtes der revolutionäre Satz: es sei „angemessen, dem Tier (=Sandra) die Eigenschaft eines juristischen Subjekts zuzugestehen“. Erstmalig wurden damit einem Menschenaffen personale Grundrechte zuerkannt.

Für Sandra selbst bedeutete der Entscheid, dass ihre Freilassung, sprich: ihr Transfer in ein entsprechendes Refugium, angeordnet wurde. Die Wahl fiel auf das *Center for Great Apes* in Wauchula, Florida, ein Primatenrefugium, in dem zahlreiche Orang-Utans und Schimpansen aus der Entertainmentindustrie leben (mithin Schimpanse Bubbles, den der 2009 verstorbene Sänger Michael Jackson auf seinem Neverland-Anwesen gehalten hatte).

Da allerdings die Stadtverwaltung von Buenos Aires kurze Zeit später ankündigte, den kommunalen Zoo binnen eines Jahres aufzulösen und die verbleibenden rund 2.500 Tiere entweder auszuwildern oder in eigens einzurichtende Reservate umzusiedeln, verblieb Sandra auf dem Zoogelände. Die rund 50 nicht auswilder- oder umsetzbaren Tiere, darunter sie selbst, sollten unter verbesserten Bedingungen auf dem Gelände verbleiben dürfen, würden aber nicht mehr zur Schau gestellt.

In der Tat begann die Stadt relativ zügig mit der Auswilderung beziehungsweise Umsiedelung ganzer Tiergruppen sowie der schrittweisen Umwandlung des knapp 18 Hektar umfassenden Zooareals in einen Ökopark. Für Sandra tat sich allerdings wenig, sie wurde weiterhin, wenngleich nicht mehr in öffentlichem Schaubetrieb, in dem ursprünglichen Gehege gehalten. AFADA-Anwält*innen zogen deshalb erneut vor Gericht und erreichten einen Beschluss, dass Sandra umgehend in einem größeren Gehege untergebracht werden müsse. Da die Stadtverwaltung Buenos Aires diesem Beschluss nicht nachkommen wollte oder konnte, wurde der sofortige Transfer Sandras in das *Center for Great Apes* in Florida verfügt. Am 26. September 2019 reiste Sandra per Direktflug in die USA aus (wenngleich nicht im Passagier- sondern im Frachtraum).

Ihre verbleibende Lebenszeit kann Sandra nun unter ihresgleichen und in für sie größtmöglicher Freiheit und Selbstbestimmung verbringen. Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg der Tierbefreiung.

Natur- und Klimaschutz im Zoo?



Foto: Archiv GAP

Werbe-Pinguin der Ölindustrie

(cg) **Während Zoos sich bekanntermaßen eine Modell- oder gar Vorbildfunktion hinsichtlich Tier- und Artenschutz zuschreiben, schreiben sie sich gerne auch Natur-, Umwelt- und Klimaschutz auf ihre Fahnen. Bei Lichte besehen bleibt indessen wenig bis gar nichts davon übrig. Man denke an den Zoo Rostock und die Rodung des Barnstorfer Waldes, der dem Bau des zooeigenen „Darwineums“ weichen musste; oder an das gigantische Parkhaus für Besucher*innen-PKW, das der Münchner Tierpark Hellabrunn mitten in ein ausgewiesenes Naturschutzgebiet zu klotzen beabsichtigt.**

An jedem Eck und Ende wird der Natur-, Umwelt- und Klimaschutzanspruch der Zoos *ad absurdum* geführt: Nicht nur, dass das Speisenangebot in den meisten Zoorestaurants nach wie vor extrem fleischlastig ist (Schnitzel, Currywurst et cetera) und nach wie vor Einwegplastikgeschirre und -becher Verwendung finden; und nicht nur, dass in den Zooshops nach wie vor beschichtete Heliumballons und sonstige Merchandisingprodukte aus Plastik verkauft werden, nein: Der größte und umsatzträchtigste Zoo

hierzulande, der Zoo Leipzig, unterhält eine Werbepartnerschaft mit einem der größten Mineralölkonzerne der Welt, dem französischen Ölmulti Total (Umsatzvolumen rund 160 Milliarden US-Dollar pro Jahr). Selbst auf dem alljährlich veranstalteten „Kinderfest" des Leipziger Zoos am 7. September 2019 durfte der Energiekonzern Werbung für sich und sein angeblich „klimaneutrales Heizöl" betreiben. An einem eigenen Infostand wurden Werbebroschüren an die Eltern sowie Gummibärchen und „Plüsch-Ollis" (Pinguin-Werbefigur des Konzerns) an die Kinder verteilt. Laut „Schwarzbuch Markenfirmen" ist Total nicht nur der viertgrößte Erdölkonzern der Welt, sondern der größte Ölförderer in Afrika. Zusammen mit ExxonMobil und Royal Dutch Shell bohrt Total vor der Küste Angolas Erdöl aus der Tiefsee und bedroht damit das gesamte maritime Ökosystem der Region. Greenpeace stellt den Konzern in (Mit-)Verantwortung für die gigantische Ölpest in Westsibirien, die das mit Abstand größte, ölverseuchte Landgebiet der Erde umfasst.[1] Während die ganze Welt von der Notwendigkeit einer radikalen Energiewende spricht – weg von fossilen Energieträgern –, lässt sich der Zoo Leipzig sein „Kinderfest" von einem Erdölkonzern sponsern und einen riesigen Werbe-Pinguin (!) des Konzerns durchs Gelände tapern. Zoodirektor Jörg Junhold höchstpersönlich taperte in einer Polonaise vorneweg.

FFF und XR

Für das Engagement von „Fridays For Future" (FFF) oder „Extinction Rebellion" (XR) haben die Zoos durchweg nur Spott und (AfD-kompatible) Diffamierung übrig. Das seien allesamt linke Extremist*innen und Anarchist*innen, denen es gar nicht um Klimaschutz gehe, die vielmehr den Zusammenbruch von Demokratie und Volkswirtschaft voranzutreiben suchten. „Wer wirklich etwas gegen das Aussterben und für den Klimaschutz erreichen will", so Zoolobbyist Philipp Kroiß (zoos.media) in einer Mischung aus Wissenschaftsferne und Einfalt, „besucht und unterstützt moderne Zoos und Aquarien und nicht rechtsstaatlich fragwürdige Gruppierungen."[2]

[1] Klaus Werner-Lobo, Hans Weiss: Schwarzbuch Markenfirmen: Die Welt im Griff der Konzerne. Wien, 2014, Seite 298–299.

[2] zoos.media/medien-echo/extinction-rebellion-extremistische-anarchistische-gruppe/?fbclid=IwAR1ULQTvVNCJxXRdjKo4yVLZom4q8VzU02PIMek-FRFe19Cleo2sf76jLthw

Fress- und Saufgelage im Zoo Osnabrück

(cg) **Als besonders erfindungsreich im steten Buhlen um zahlende Kundschaft erweist sich immer wieder der Zoo Osnabrück.**

Das ganze Jahr über finden kostenpflichtige Sonderbespaßungsveranstaltungen vor der Kulisse eingesperrter Tiere statt, von einer „Tour d'Amour" zum Valentinstag (mit Prosecco-Empfang und Candlelightdinner im Aquarienhaus für 84 Euro pro Person) über Mittelalterspektakel, Dschungelnächte, Zoorallyes, Laternen- und Lichterfeste hin zu Bibelführungen, Halloween-, Nikolaus- und Weihnachtsevents. Gesondert zu erwähnen sind die sogenannten „Dunkel-Munkel-Parties" des Osnabrücker Zoos: „In der faszinierenden Kulisse des nächtlich-illuminierten Zoos sorgen Feuerschlucker, Gaukler, Hexen, das Phantom der Oper sowie skurrile Geschöpfe der Nacht für eine mystische Atmosphäre. Vampircocktails an Geisterständen, serviert von Zombies und anderen Schattengestalten runden die nächtliche Inszenierung ab."

Einen unbestrittenen Tiefpunkt in der nach unten offenen Skala an RTL2-haftem Pseudoentertainment, wie es mittlerweile in vielen Zoos zum Standard zählt, erreicht der Zoo Osnabrück mit einem – man kann es nicht anders bezeichnen – prolldekadenten Fress- und Saufgelage. Unter dem vermeintlich besonders originellen Signet „Expedition ins Bierreich" wird dem zahlenden Gast im zooeigenen Sodexo-Restaurant ein „6-Gänge-Menü" vorgesetzt (Hauptgericht: „Gegrilltes Schweinefilet im Kräutersud auf Altbiersauce, dazu Kroketten und Bohnen im Speckmantel") samt „Bier-Cocktail" zum Empfang und „7 verschiedenen Bieren" (!) während des Essens. Kosten der „exklusiven Abendveranstaltung": 67,45 Euro pro Person.

Ende der Menschenaffenhaltung im Zoo Nordhorn

(cg) Vor dem Hintergrund massiver Kritik an den Haltungsbedingungen im Zoo Nordhorn (vergleiche TIERBEFREIUNG #98/2018) wurde die dortige Schimpansenhaltung nunmehr aufgelöst. Die letzten beiden Nordhorner Schimpansen LOMELA (30) und NANCY (40) wurden im Oktober 2019 in den (relativ besseren) Zoo von Antwerpen verbracht. Schimpanse LUKANI (31) war bereits im Jahr davor an den niederländischen Safari- und Freizeitpark Bekse Bergen verschubt worden. Damit ist die jahrzehntelange Qualhaltung von Schimpansen im Nordhorner Zoo Geschichte.

Grzimeks Erbe

Der Zoo in Frankfurt am Main

» Text: Colin Goldner | Fotos: Archiv GAP

Der Frankfurter Zoo wurde auf Betreiben eines örtlichen Bürgerkomitees Anfang der 1850er begründet und im August 1858 offiziell eröffnet. Er ist insofern einer der ältesten Zoos der Welt und gilt, nach Berlin, als zweitältester Tiergarten Deutschlands.



Heruntergekommes Nashorngehege

Schon zu seiner Eröffnung konnte eine Vielzahl exotischer Wildtiere gezeigt werden, darunter Paviane, Löwen, Elefanten oder Giraffen. Es entstanden zahlreiche Tierhäuser in orientalisierendem Stil, mithin ein „Maurisches Haus“ für die Unterbringung von Antilopen; schon 1861 wurde auch ein Schauaquarium eingerichtet.

Nach Auslaufen des Pachtvertrages für das relativ kleine Zoogelände zog man 1874 auf ein weitläufigeres ehemaliges Exerziergelände am Ende der „Zeil“ um. Die Gehegehäuser des alten Geländes wurden abgebrochen und auf dem neuen Areal wieder aufgebaut. Ab 1875 errichtete man zudem ein mondänes „Gesellschaftshaus“, in dem eine zooeigene Musikkapelle täglich zwei Konzerte gab. Ab 1878 wurden, wie vielerorts in deutschen Zoos, auch in Frankfurt sogenannte „Völkerschauen“ veranstaltet, bei denen eigens importierte „Exoten“ aus allen Teilen der Welt, bevorzugt aus Äthiopien, aus Somalia, dem Sudan, Birma, Ceylon und anderen als „rückständig“ geltenden Ländern und Kulturen, vorgeführt wurden. Neben der Präsentation „exotischer“ Menschen und Wildtiere gab es im Frankfurter Zoo jede Menge sonstiger Vergnügungsangebote: Sommerfeste, Tanzmatinees, winterliches Eislaufen auf dem zugefrorenen Zooweiher, dazu Auftritte von Zirkus-, Varieté- und Jahrmarktschausteller*innen.

Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges nahm das Bedürfnis der Menschen nach Rummelplatzvergnügen spürbar ab, der Zoo geriet in massive Schieflage. Um dem drohenden Konkurs zu entgehen, übernahm im Jahre 1915 die Stadt Frankfurt die Trägerschaft (die sie bis heute innehat); die bis dahin als Betreiberin des Zoos firmierende Zoologische Gesellschaft Frankfurt wurde aufgelöst.

In den Nachkriegsjahren versuchte die Stadt, an die früheren Publikumserfolge des Zoos anzuknüpfen: Im Gesellschaftshaus wurde eine Lichtspielbühne eingerichtet, ab 1926 gab es gar die Möglichkeit, sich einer Heilwasser- oder Milchkur zu unterziehen. Die öffentliche Resonanz war allerdings mäßig, der schleichende Niedergang des Zoos ließ sich nicht aufhalten.

Erst ab 1933, ausdrücklich gefördert durch die neuen Machthaber, wurde wieder richtig Geld in die Hand genommen: Die heruntergekommenen Anlagen wurden instandgesetzt, es entstanden zahlreiche neue Gehegebauten. Während der Zoo auf besondere Weisung Görings seinen Betrieb bis in die Kriegsjahre hinein aufrechterhielt, wurde er im Frühjahr 1944 bei einem Bombenangriff nahezu völlig zerstört. Fast alle Tiere kamen dabei zu Tode.

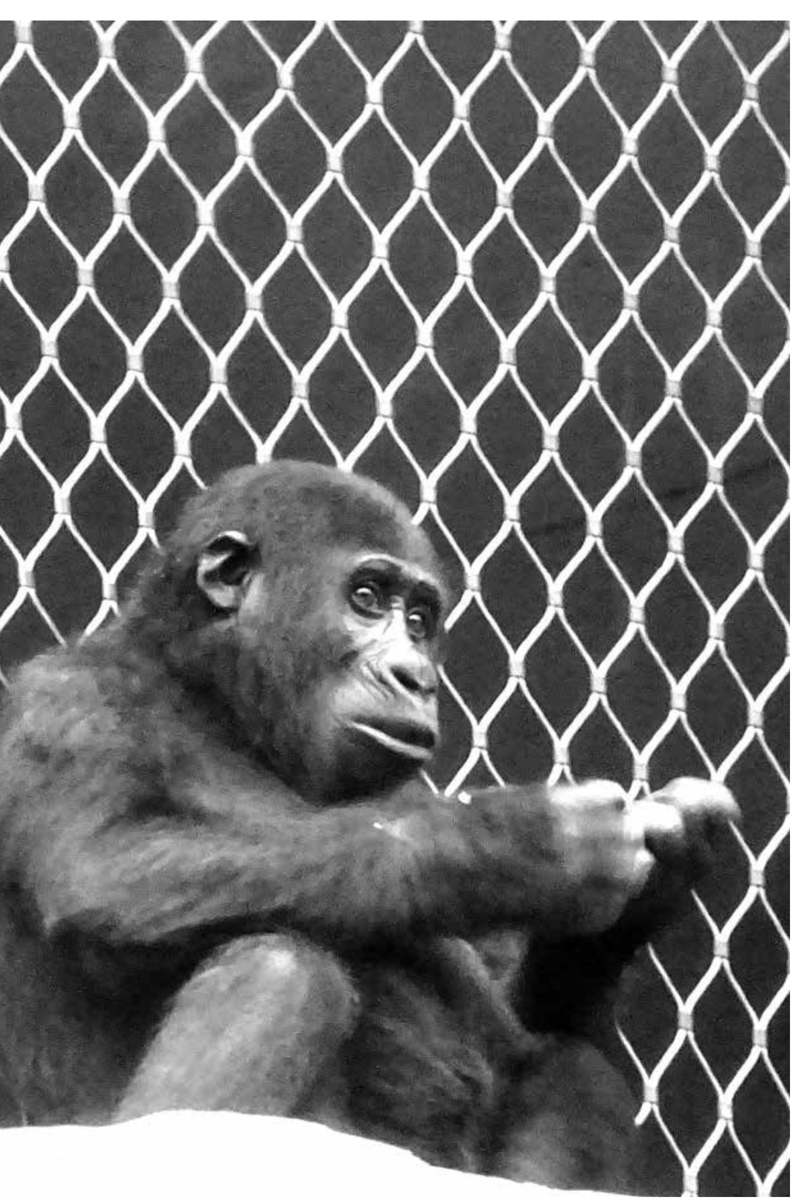
Der Säulenheilige

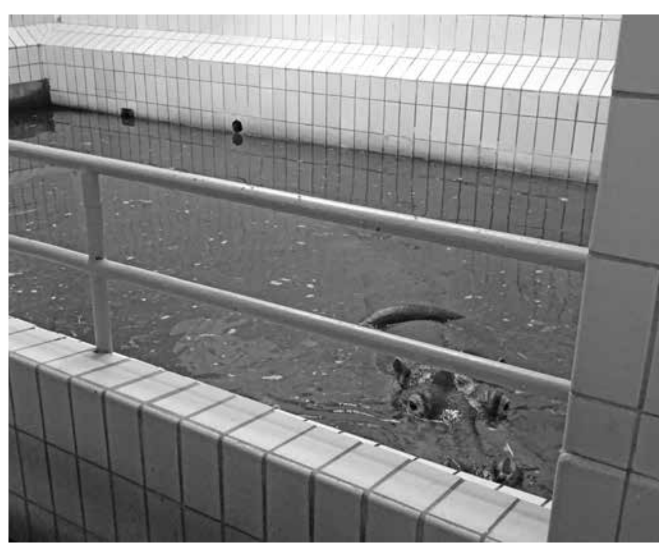
Nach dem Krieg bekundeten die US-Militärregierung und der von ihr benannte Magistrat keinerlei Interesse am Wiederaufbau des Zoos. Lediglich der interimistische eingesetzte Oberbürgermeister Wilhelm Hollbach zeigte sich offen, den Frankfurter Zoo an anderer Stelle wiedererstehen zu lassen. Als Planungsdirektor wurde ein gewisser Bernhard Grzimek (1909-1987) berufen, der kurz vor Kriegsende von Berlin nach Frankfurt gekommen war und sich Hollbach als „persönlicher Referent“ angedient hatte. Seine vorherige Führungsposition im NS-Reichsernährungsministerium





Okapi in winzigem Käfig







Gorillakind in Drahtgitterkäfig (links) | Klammeraffe auf nacktem Beton (oben) | Versifftes Flusspferdbecken (oben rechts)

hatte Grzimek dabei ebenso verheimlicht wie seine langjährige Mitgliedschaft in SA und NSDAP. Am 1. Mai 1945 wurde er offiziell mit der Aufgabe betraut, einen komplett neuen Frankfurter Zoo einzurichten. Anstatt aber, wie vorgesehen, ein Gelände außerhalb der Stadt ins Auge zu fassen, nutzte Grzimek die chaotische Lage in der völlig zerstörten Frankfurter Innenstadt, um innerhalb weniger Wochen die Bombentrichter auf dem alten Zoogelände beseitigen und ein paar der zerstörten Gehegehäuser notdürftig instandsetzen zu lassen. Bestückt wurden die Gehege mit Tieren eines in Frankfurt gestrandeten Zirkus.

Schon am 1. Juli 1945 wurde der Zoo an alter Stelle wiedereröffnet. Mit Tanzveranstaltungen, Modeschauen und Revuen schaffte es Grzimek, so großen Zuspruch seitens der Frankfurter Bevölkerung zu erzielen, dass er die Zustimmung sowohl der Stadtverwaltung als auch der US-Militärregierung zur Weiterführung des Zoos in der Innenstadt erhielt. Grzimek erweiterte sein Angebot um jede nur erdenkliche Rummelplatzattraktion: Es gab Karussells, eine Achterbahn, dazu die Auftritte fahrender Zirkus-, Jahrmarkt- und Menagerieschausteller*innen; selbst Boxkämpfe und Wahlveranstaltungen politischer Parteien fanden auf dem Zoogelände statt. Zugleich wurde das Zooareal um ein Trümmergelände auf die bis heute bestehende Fläche von elf Hektar ausgedehnt.

Zum Wiederaufbau einer attraktiven Tiersammlung wurde 1950 die Zoologische Gesellschaft Frankfurt wiederbelebt, die mit Tombolen und Spendenaktionen derart enorme Überschüsse erzielte, dass ab 1953 in rascher Folge eine Vielzahl neuer Gehegehäuser errichtet werden konnte. Tiere wurden in großem Stil über den Alfelder Tierhändler Hermann Ruhe jun. bezogen (der bis herauf in die 1970er, in Konkurrenz zu Hagenbeck, die deutschen Zoos mit Nachschub aus Afrika und Fernost versorgte); zugleich ging Grzimek höchstpersönlich auf „Expeditionsreisen“ nach Afrika, um Wildtiere für seinen Zoo einzufangen.

In den folgenden Jahrzehnten baute Grzimek den Frankfurter Zoo zu einer

Trickserei bei den Besucher*innenzahlen

Kaum ein Zoo des deutschsprachigen Raumes wirtschaftet kostendeckend, auch der Frankfurter Zoo nicht. Dass die einzelnen Einrichtungen für ihren Fortbestand auf Sponsor*innengelder wie auch auf Dauersubvention aus Steuermitteln angewiesen sind, ist insofern bekannt. Es nimmt deshalb nicht wunder, dass sie, um ihre gesellschaftliche Bedeutung zu dokumentieren, mit irreführenden beziehungsweise vorsätzlich nach oben manipulierten Besucher*innenzahlen operieren. Der Frankfurter Zoo, der Steuergelder in dreistelliger Millionenhöhe für sein Konzept „ZOOkunft2030+" haben will, spricht insofern von einem Rekordergebnis von exakt 868.799 Besucher*innen im Jahr 2018. Bei Lichte besehen hat diese beeindruckende Zahl – es ist die Rede davon, der Zoo sei die mit Abstand meistbesuchte Freizeiteinrichtung und damit auch größte Tourist*innenattraktion der Stadt – einen entscheidenden Haken: Viele Menschen besuchen ein und denselben Zoo per Dauerkarte mehrfach pro Jahr, manche kommen regelmäßig jede Woche (oder gar täglich!) so dass die Zahl zoobesuchender Menschen tatsächlich nur einen Bruchteil der Zahl registrierter Zoobesuche ausmacht: Statteten von den angeblichen 868.799 Besucher*innen des Frankfurter Zoos im Jahre 2018 nur fünf Prozent per Dauerkarte dem Zoo zehnmal einen Besuch ab – eine höchst konservative Schätzung –, verringert sich die Zahl der Menschen, die den Zoo besucht haben, schlagartig um fast die Hälfte.

Tatsächlich erwerben durchschnittlich acht Prozent der Besucher*innen Jahreskarten für mehrfachen Besuch ein und desselben Zoos. Für den Zoo Frankfurt bedeutet das: Entfielen angenommene acht Prozent der 868.799 registrierten Besuche auf Dauerkartenbesitzer*innen und besuchten diese den Zoo im letzten Jahr im Durchschnitt je zehnmal, wären das exakt 243,263 Menschen, die den Zoo – eben teils mehrfach – besucht haben. Also nicht 868.799 Besucher*innen, wie behauptet, sondern nur etwas mehr als ein Viertel davon. Gut 625.000 Besucher*innen sind durch die irreführende Ineinssetzung von BesuchEn mit BesucheRn dazuhalluziniert worden.

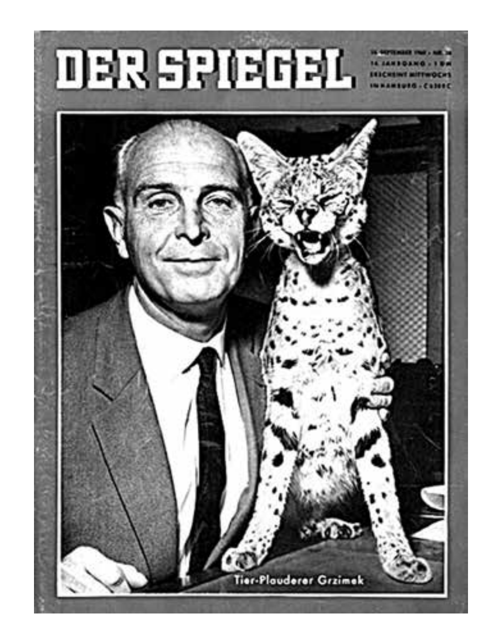
Im Übrigen sind, entgegen der Behauptung der Zoos und ihrer Verbände, die Besucher*innen- beziehungsweise Besuchszahlen in den einzelnen Zoos seit Jahren rückläufig. Um diese teils massive Rückläufigkeit aufzufangen und neue Besucher*innenschichten anzusprechen, wird in immer neue Attraktionen, sprich: immer weitere Disneylandisierung der Zoos investiert.

Auch die immer wieder vorgetragene Behauptung, Zoos seien wichtige Attraktionsfaktoren für eine Stadt oder Region, die über Umwegrentabilität – Stärkung von Einzelhandel, Hotel- und Gaststättengewerbe – die ihnen zuteil werdende Subventionierung rechtfertigten, ist nachweislich falsch: Aus tourismuspolitischer Sicht machen Zoos, selbst wenn die halluzinierten Besucher*innenzahlen zugrunde gelegt werden, keinen Sinn. Gleichwohl werden sie von Kommunal- und Landespolitiker*innen über das Argument der Umwegrentabilität mit Millionenbeträgen aus Steuergeldern gefördert.

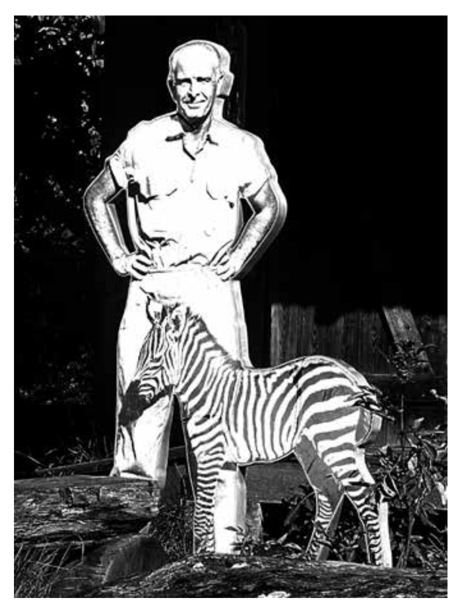
der weltweit bekanntesten zoologischen Einrichtungen aus, er gilt bis heute als einflussreichster Zoo-Zoologe überhaupt. Mit zwei preisgekrönten Dokumentarfilmen, mehr als zwei Dutzend in viele Sprachen übersetzten Sachbüchern, der 175 Folgen umfassenden und über 31 Jahre (!) hinweg ausgestrahlten ARD-Serie „Ein Platz für Tiere" sowie der Herausgabe einer nach ihm benannten 16-bändigen Tierenzyklopädie „Grzimeks Tierleben" – nicht zu vergessen seine Berufung als Beauftragter der Bundesregierung für Naturschutz und zahllose sonstige Ehrenämter und Ehrungen – prägte er wie niemand sonst den europäischen Blick auf exotische Wildtiere, und insbesondere den Blick auf die Einrichtung „Zoo".

Im Frankfurter Zoo, den er bis zu seiner Pensionierung 1974 leitete, gilt Grzimek als unangefochtener Säulenheiliger, ungeachtet des Umstandes, dass seine Filme, Bücher und sonstigen Publikationen von zahllosen zoologischen Irrtümern, Klischees und – mit Blick auf Menschen in Ostafrika – postkolonial-rassistischen Begrifflichkeiten durchzogen sind. Seit Jahren wird in einer als „Grzimek-Camp" bezeichneten Dauerausstellung auf dem Zoogelände gezeigt, „wer Bernhard Grzimek war und was er geleistet hat." Kritisches sucht man hier vergebens, auch der Umstand, dass Grzimek ab 1933 Mitglied der SA und ab 1937 der NSDAP war, wird tunlichst verschwiegen.

Grzimek selbst hatte seine Mitgliedschaft in der Nazi-Partei zeitlebens abgestritten. Nachweislich aber war er von 1938 bis Kriegsende als Regierungsrat im NS-Reichsernährungsministerium tätig gewesen. Selbst mit Nazi-Propagandafilmerin Leni Riefenstahl hatte er, auch auf persönlicher Ebene, eng zusammengearbeitet. Obgleich er nach dem Krieg des Verschweigens seiner SA- und NSDAP-Mitgliedschaft wegen von der US-Militärregierung mit einem rechtskräftigen Strafbefehl belegt worden war, konnte er in der neuen Bundesrepublik steile Karriere machen. Niemand fragte weiter nach. Erst nach seinem Tod kamen weitere Belege für Grzimeks tiefe Verstrickung in das NS-Regime auf den Tisch. Gleichwohl gibt es bis heute am Frankfurter Zoo eine nach ihm benannte öffentliche Straße.



Grzimek auf dem Cover des SPIEGEL (38/1960)



Pappkamerad vor „Grzimek Camp“

Heillose Überbelegung

Der Zoo liegt heute inmitten der Frankfurter Innenstadt und ist insofern von stetem Verkehrs- und sonstig urbanem Lärm umtost. Die werbewirksame Selbstbezeichnung als „Naturoase“ oder gar als „Naturparadies“ ist grotesk.

Auch wenn in den zurückliegenden Jahren die Haltung einiger Tiere mit besonders hohem Platzbedarf eingestellt wurde – so wurden noch bis in die 1980er hinein Elefanten in Frankfurt gehalten –, erweckt der Zoo den Eindruck heilloser Überbelegung: Viel zu viele Tiere (etwa 4.500 Individuen) aus viel zu vielen Arten (über 450) sind auf viel zu engem Raum zusammengepfercht. (Noch vor zehn Jahren, wie der Zoo seinerzeit mit Stolz verlautbarte, sollen es gar mehr als 5.000 Tiere aus 563 Arten gewesen sein.)

Viele der Gehegehäuser und Anlagen stammen noch aus den Wiederaufbautagen des Zoos nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch wenn sie im Einzelfalle mehrfach um- und ausgebaut wurden, entsprechen sie nicht einmal ansatzweise modernem Standard. Die Flusspferd- oder Nashorn-Haltung etwa muss als katastrophal gewertet werden; desgleichen die Haltung von Varis, Kattas, Kapuzineraffen und zahlreicher anderer Tiere, die, wie etwa eine Großgruppe Paviane, in vollverfliesten Betonbunkern gehalten werden. Gleichwohl rechnet sich der Zoo zu den „modernsten Tiergärten Europas“.

Auf der Bewertungsplattform „tripadvisor“ spricht eine Besucherin des Frankfurter Zoos vom „schlechtesten und deprimierendsten Zoo“, den sie je gesehen habe (5/19): „Glaskästen, alte Gehege, viel zu wenig Platz, apathische, resignierte Tiere – ein Trauerspiel“. Eine andere Besucherin schreibt „Mir haben die Tiere wirklich leid getan. Eine Schildkröte zum Beispiel war in einem Aquarium, dessen Durchmesser nur etwas größer war als sie selbst.“ Und eine britische Besucherin schreibt: „Die Tiere werden unter beklagenswert untauglichen Bedingungen gehalten, viele zeigen klassische Stresssymptome. Wir haben den Zoo irritiert und verärgert verlassen.“ Selbstredend finden sich auch Einträge, die den Zoo in höchsten Tönen loben – die Plattform wird in erster Linie von Menschen genutzt, die der Einrichtung „Zoo“ grundsätzlich wohlwollend gegenüberstehen –, eine Negativquote von 26 Prozent (zwischen befriedigend und ungenügend) ist indes ungewöhnlich (zum Vergleich: Leipzig 6 Prozent, München 7 Prozent, Hamburg 7 Prozent).

Millionenschwere Subventionen

Nach den Vorstellungen des seit Anfang 2018 amtierenden Zoodirektors Miguel Casares soll der Frankfurter Zoo im Zuge eines als „ZOOkunft 2030+“ apostrophierten Masterplans in den nächsten Jahren komplett umgestaltet werden. Kernstücke des Umbaus, der fast die Hälfte des elf Hektar großen Zooareals umfassen soll, sind zwei vollklimatisierte „Erlebniswelten“: eine knapp 7.000 Quadratmeter große Amazonashalle sowie eine 10.200 Quadratmeter große Afrikahalle. Ausgestaltet werden sollen die Hallen mit disneylandartigen Themenlandschaften, die dazugehörigen Tiere sollen in reiner Indoorhaltung präsentiert werden. Hinzukommen sollen zwei Erlebnisrestaurants, ein Kiosk sowie ein großangelegter Kinderspielplatz samt „Streichelzoo“.

Zu den Kosten – zu tragen in erster Linie vom Steuerzahler – hat Casares sich bislang komplett ausgeschwiegen. Auch von der zuständigen Frankfurter Dezernentin für Kultur und Wissenschaft ist nichts zu hören. Nimmt man die Gelder als Maßstab, die der Zoo Leipzig für seinen „Zoo der Zukunft“ aufgewandt hat – bis heute wurden dort statt ursprünglich veranschlagter 90 Millionen Euro satte 156,5 Millionen Euro verbaut – dürften auf Frankfurt für die Umsetzung des Projekts ZOOkunft2030+ Kosten von deutlich mehr als 200 Millionen Euro zukommen. Nicht eingerechnet sind dabei die veranschlagten 52 Millionen für die Sanierung des maroden Gesellschaftshauses, das, entgegen aller Behauptung, in erster Linie vom Zoo weitergenutzt werden wird. Ebensowenig eingerechnet sind die laufenden Subventionen und Sonderzahlungen, die der Zoo ohnehin Jahr für Jahr erhält. (Allein der Umbau des Zooeingangs von 2013 hat samt Zooshop und angeschlossener Bärenanlage 14,9 Millionen gekostet, die im Mai 2019 eröffnete Pinguinanlage 7 Millionen.)

Die Hauptlast zur Umsetzung von ZOOkunft2030+ wird vom Land Hessen und von der Stadt Frankfurt zu tragen sein, nur ein kleiner Teil wird vom Zoo selbst über Kredite beziehungsweise Spenden und Tierpatenschaften finanziert werden können. Amortisieren wird sich das Ganze, wie andere Zoos mit vergleichbaren Megainvestitionen zeigen, nie.

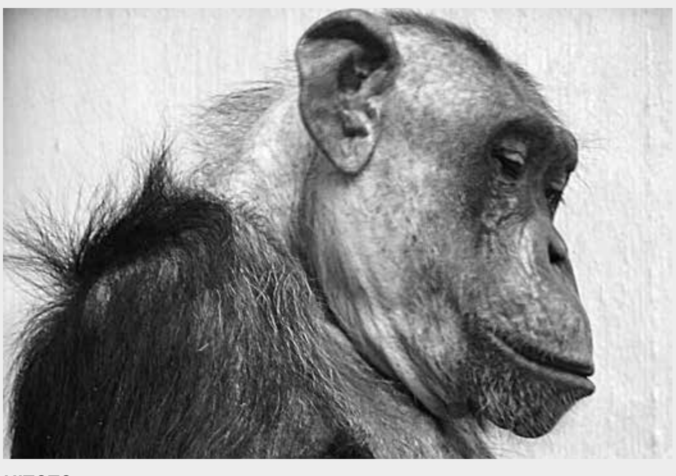
„Reformismus bedeutet, bestehende Ausbeutungsverhältnisse aktuellen gesellschaftlichen Forderungen anzupassen und vermeintlich zu „verbessern“. Infolgedessen wird die Ausbeutung empfindungsfähiger Lebewesen durch veränderte Umstände und Bedingungen jedoch legitemiert und gesellschaftlich gefestigt. Die Kurzmeldungen berichten von aktuellen Entwicklungen und dienen der Information. Sie sollen jedoch nicht als Zustimmung verstanden werden.“

Kritik an Giraffenzucht

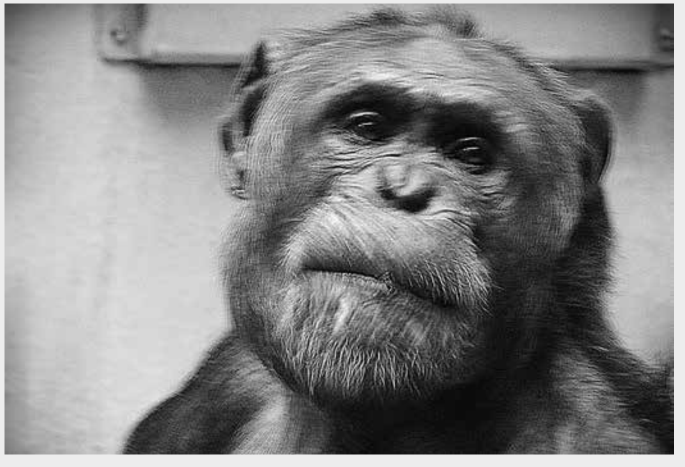
(rg) Im Magdeburger Zoo sind innerhalb weniger Wochen drei Giraffen gestorben, weshalb Tierschützer_innen ein Zuchtverbot für die Tiere fordern. Dem Zoo wird mangelhafte Ernährung und Pflege der Giraffen vorgeworfen. Die Tierpfleger_innen hätten die Blutarmut bei Giraffenkuh Femke nicht festgestellt, wie es heißt. Ebenso sei Shanis Schwangerschaft lange unbemerkt geblieben. Die Geburt von Giraffenkalb Johannes sei dann für den Zoo überraschend gekommen. Auch bei seiner Ernährung und Pflege soll es Mängel gegeben haben. Die Chronik der Vorfälle ist wie folgt: Am 24. Mai 2019 hatte Giraffenkuh Femke im Magdeburger Zoo eine Totgeburt erlitten. Einen Tag darauf starb die elfjährige Giraffe selbst. Am 1. Juli kam das Giraffenkalb Johannes auf die Welt. Es starb sechs Wochen später an einer Blutvergiftung. Der elf Jahre alte Zuchtbulle Yoda starb im September 2018 an Kreislaufversagen. Im Dezember 2017 wurde das Weibchen Fleur eingeschläfert, nachdem sie vermutlich ausgerutscht und dann zusammengebrochen war.

Das Gesundheits- und Veterinäramt der Stadt Magdeburg weist die Kritik als unberechtigt zurück. Stadtsprecher Michael Reif sagte, es wurde geprüft, ob sich der Zoo an das Tierschutzgesetz halte. Konkret ging es darum, ob die Tiere genug Platz haben und die Verantwortlichen sachkundig und zuverlässig sind. Ob ein Zoo die Erlaubnis zur Giraffenzucht hat, entscheidet die Europäische Vereinigung für Zoos und Aquarien. Laut dem Zoodirektor sind seit 1996 acht Giraffen erfolgreich aufgewachsen. Er möchte die Zucht der Tiere trotz der Todesfälle fortsetzen.

Wuppertaler Schimpansen abgeschoben



KITOTO



EPULU

(cg) **Was Tierrechtler*innen seit Jahren gefordert hatten, nämlich: die im Wuppertaler Menschenaffenhaus gehaltenen Schimpansen EPULU (51) und KITOTO (36) an einen besser geeigneten Platz abzugeben – selbstverständlich gemeinsam und vorzugsweise in ein entsprechendes Primatenrefugium –, wurde Anfang Oktober 2019, teilweise zumindest, umgesetzt: EPULU wurde an den Heidelberger Zoo und KITOTO an den von Antwerpen verschubt.**

Keineswegs aber erfolgte die kürzlich vom Zoo noch mit Vehemenz abgelehnte Abgabe der beiden alten Tiere im Interesse deren besserer Unterbringung, vielmehr ausschließlich im Bestreben, das eklatante Missmanagement und die Haltungsfehler der Wuppertaler Zooleitung zu kaschieren: Mit der jetzt plötzlich doch bejahten Abgabe der beiden Schimpansen wurde deren „Innengehege“ frei, in dem nunmehr Bonobo BILI und zwei ältere, sozialverträgliche Bonobos untergebracht werden konnten. BILIS geplante „Integration“ in die bestehende Bonobo-Großgruppe war mangels primatologischen Sachverstandes der Zooleitung auf ebenso vorhersagbare wie fatale Weise fehlgeschlagen (vergleiche TIERBEFREIUNG #102 und 103/2019).

Schon Anfang 2019 hatte sich das *Wales Ape & Monkey Sanctuary*

anerboten, EPULU und KITOTO sofort aufzunehmen. Seinerzeit hieß es seitens des Zoos, die beiden Schimpansen seien zu alt, um sie in eine andere Einrichtung zu transferieren, sie würden allein schon die für den Transfer erforderliche Narkose nicht überleben. Jetzt ging das plötzlich doch und man riss die beiden Schimpansensenioren sogar auseinander, die, wie der Zoo selbst zu Zeiten verlautbart hatte, seit 13 Jahren „wie ein altes Ehepaar“, zusammenlebten.

Mit der Trennung der beiden Tiere voneinander – offenbar fand sich kein Zoo, der sie gemeinsam übernommen hätte – nahm man den möglichen Tod von EPULU und/oder KITOTO billigend in Kauf. Es wäre nicht das erste Mal gewesen, dass ein aus seinen sozialen Bezügen herausgerissener Menschenaffe an plötzlichem Herzversagen stirbt. Hintergrund ist das (auch aus dem Humanbereich bekannte) sogenannte Broken-Heart-Syndrom (Tako-Tsubo-Kardiomyopathie), eine akut auftretende Herzmuskelschwäche, die durch großen emotionalen Stress ausgelöst wird. Trotz massiven Protestes primatologischer Sachverständiger wurden die beiden Schimpansen unter Narkose gesetzt und an ihre neuen Bestimmungsorte verbracht: Sie werden einander nie mehr wiedersehen.

Zirkus-Zebra erschossen



Erneut bezahlte ein Zebra seine Flucht mit dem Leben. Im letzten Jahr sind vier Zebras aus dem Weihnachtscircus in Dresden entlaufen, eines ist dabei gestorben.

(rg) Anfang Oktober kam es in dem kleinen mecklenburgischen Dorf Liepen zu einer tödlichen Tragödie. Am Abend der Ankunft des Zirkusunternehmens büxten zwei Zebras beim Ausladen aus. Eines konnte laut Polizei eingefangen und zurückgebracht werden. Pumba konnte jedoch weder mit Futter noch mit anderen Methoden angelockt werden. Er lief schließlich auf die Autobahn 20 und verursachte einen Unfall. Zwei Autos berührten sich bei dem Versuch, dem Tier auszuweichen. Es wurde niemand verletzt, die Autobahn wurde gesperrt. Auf der weiteren Flucht sprang Pumba über die Motorhaube eines Wagens und beschädigte einen Streifenwagen. Zusätzlich zur Polizei wurde die Tierrettung der Rostocker Feuerwehr verständigt. In Liepen wurde das Zebra letztendlich von einem Mitarbeiter der Tierrettung mit zwei Schüssen auf offener Straße getötet. Über den Ablauf in dem Ort gibt es zwei Versionen.

Laut des Rostocker Stadtsprechers Ulrich Kunze war der Einsatz eines Betäubungsgewehrs nicht möglich, da eine Gefährdung anderer nicht ausgeschlossen werden konnte. „Das Tier war nach Einschätzung der Mitarbeiter nicht zu bändigen.“ Aus einer Distanz von rund 60 Metern sei nur der Schuss mit der scharfen Munition möglich gewesen. Eine Anwohnerin hingegen bezeugte, dass von dem Tier keinerlei Gefahr ausging und er bereits am Ende seiner Kräfte war, mit hängendem Kopf. Es gab keine Notwendigkeit, Pumba zu erschießen. Laut der Zeugin wurden die Todesschüsse aus einer Entfernung von weniger als zehn Metern abgegeben. Die Zirkusbetreiber_innen und der verantwortliche Dompteur sind am Boden zerstört. Man habe ihnen zugesichert, dass das Zebra betäubt werden würde. Der Zirkus hat Anzeige erstattet und die Polizei die Ermittlungen aufgenommen, betonte jedoch, dass es keine strafrechtlichen Ermittlungen gäbe, insbesondere keine Todesfallermittlungen, da es sich um ein Tier handele. Man versuche aber, die Umstände aufzuklären. Auch die Feuerwehr bemühe sich um Aufklärung, wie eine Sprecherin bekanntgab. Während das Entsetzen groß ist angesichts des Vorfalls, verteidigt sich die Feuerwehr. „Die entsprechenden Kolleg_innen der Tierrettung besitzen einen Jagdschein und waren deshalb bereits des Öfteren zu Einsätzen im Rahmen der Amtshilfe von der Polizei hinzugezogen worden. Sie hatten keine andere Wahl und entschieden sich deshalb zum Gebrauch der scharfen Munition“, wird ein Sprecher der Berufsfeuerwehr Rostock zitiert. Der Zirkus bemüht sich indessen um Ersatz für den Verlust des fünf Jahre alten Zebras, das vorhandene Zebra soll nicht alleine bleiben. Gesucht wird im In- und Ausland.



Globaler Klimastreik der Fridays for Future-Bewegung in Frankfurt

Am 20. September 2019 waren in Frankfurt am Main circa 25.000 Menschen auf der Straße, um gemeinsam mit der „Fridays for Future-Bewegung“ CHANGE, NOT CLIMATE CHANGE! gegen den Klimawandel und für eine verantwortungsvolle Klimapolitik zu demonstrieren.

Auch wir, *Animal Liberators Frankfurt*, waren dabei und nutzten die Gelegenheit, die Menschen über die Zusammenhänge zwischen (Massen-)Tierhaltung, sprich die Ausbeutung und Tötung von nichtmenschlichen Tieren, und die entsprechenden Auswirkungen auf den Klimawandel zu informieren. Im Zuge dessen warben wir natürlich auch für eine vegane Ernährungs- und Lebensweise.
Im Vorfeld wurden von uns, anlässlich der Demonstration, Flyer gedruckt, deren Inhalt sich mit der oben bereits erwähnten Thematik „Klimawandel: Mensch, Tier und Umwelt“ auseinandersetzt.



Der Demonstrationszug mit circa 10.000 Menschen, welcher von zahlreichen weiteren solidarischen Aktivist*innen-Blocks unterstützt wurde, führte vom Veranstaltungsort, durch weite Teile der Innenstadt, bevor sie letztlich wieder am Veranstaltungsort endete.

Sowohl vor als auch während der Demonstration wurden unsere gedruckten 1.000 Flyer verteilt, wir hätten auch die vierfache Menge verteilen können, und wir erhielten bezüglich des Inhalts primär positives Feedback und man merkte den Menschen ernsthaftes Interesse sowie nicht selten auch Betroffenheit an. Ebenso erkundigten sich viele Menschen bei uns, was der Begriff „Antispeziesismus“ bedeutet, da ihnen das Symbol der „Antifaschistischen Aktion“ bereits bekannt vorkam und wir die „Antispe-Version“ aufgespannt hatten. Auch hier erhielten wir größtenteils positive Rückmeldungen, einige fotografierten das Logo sogar, um sich, wie sie meinten, näher mit der Materie zu befassen. Auch fanden sie gerade die Anlehnung an das Antifa-Logo unter dem Aspekt der Tierausbeutung nicht selten durchaus naheliegend.

Natürlich hatten wir auch mehr oder weniger interessante Diskussionen mit speziesistischen Personen, die sich auch wenig mit einer veganen Lebenseinstellung anfreunden konnten. Das gehört wie immer dazu und auch die Argumentationen bewegten sich überwiegend auf dem „Der Mensch steht über dem Tier!“- oder dem „Du isst meinem Essen das Essen weg!“-Niveau.

Insgesamt war es, unserer Ansicht nach, ein erfolgreicher Tag.



Unter dem folgenden Link könnt ihr unseren Flyer herunterladen: www.animal-liberators-frankfurt.de/de/flyer_shop

Ihr könnt uns auch gerne anschreiben und wir schicken euch den Flyer zu, dann könnt ihr ihn für eure Aktionen entsprechend anpassen und auch euren Gruppennamen eintragen.

Für positives Feedback zum Verbessern des Flyers sind wir auch dankbar!

Animal Liberators Frankfurt,
Ortsgruppe die tierbefreier e.V.

ORTSGRUPPEN

Keine Reiter*innenstaffeln in Bochum und sonst wo

» von die tierbefreier*innen Bochum

Die Polizei Nordrhein-Westfalen hält bislang eine Landesreiter*innenstaffel in den Standorten Dortmund und Willich mit 32 Dienstpferden und 42 Polizeireiter*innen vor.

Am 14. Juni 2019 berichtete die Westfalenpost: „Die Reiterstaffel der Polizei zieht nach Bochum: Das neue Quartier liegt auf dem Gelände des Hofes Rüsing in Wattenscheid-Höntrop."

Bei einem öffentlichen Termin gab es Gegenwehr durch Anwohner*innen: Am 29. Juli 2019 waren etwa 300 Zuhörer*innen auf dem Reiter*innenhof an der Zollstraße, die Fragen stellen konnten. Dabei gab es Kritik, weil der Hof dafür um das Doppelte vergrößert und somit ein Teil des Landschaftsschutzgebietes rund um den Südpark versiegelt wird.

Tobias Dannappel von den Freunden des Stadtwaldes formulierte im Interview mit Radio Bochum, dass er durch die Pläne für die Reiter*innenstaffel „unter anderem den Artenschutz und das Landschaftsschutzgebiet rund um den Südpark in Gefahr sieht". Außerdem kritisiert er die Pläne zu den Zufahrten.

Trotz Widerwillen der Anwohner*innen wurde am 14. Juni 2019 durch die Pressestelle der Bochumer Polizeibehörde mitgeteilt: „Wir haben einen optimalen Standort für die NRW-Reiterstaffel gefunden. Am heutigen 14. Juni wurden die Verträge unterzeichnet", so Polizeisprecher Volker Schütte. Der neue Standort liegt an der Zollstraße 164 in der Nähe des Zeppelindamms. „Die Planungen für Neu-, Umbau- und Pflanzarbeiten an der neuen Adresse der Polizei-Reiterstaffel sind im vollen Gange. Die Pferde mit ihren Reiterinnen und Reitern sollen spätestens 2021 ihr neues Domizil (…) beziehen."



In den Niederlanden stirbt ein Polizeipferd im Einsatz, 27. November 2017

Der „Einsatz" der Landesreiter*innenstaffel

Die Landesreiter*innenstaffel wird insbesondere bei Einsätzen mit besonderem Anlass wie Fußballspielen, Demonstrationen und größeren Versammlungen eingesetzt. Aufgrund ihrer Wendigkeit, Schnelligkeit und Größe sei die, so die Staffel selbst, „Polizei effektiv, beispielsweise beim Trennen und Begleiten von Störergruppierungen sowie beim Räumen und Freihalten von Flächen." Dienstpferde wirkten nicht nur respekteinflößend, sondern seien auch Sympathieträger auf Präsenzstreifen in der Öffentlichkeit. Nervenstark sollen sie sein und hätten eine intensive Ausbildung genossen, die sie auf polizeiliche Einsätze vorbereite und einsatzfähig halten soll.

Was das für Mensch und Pferde bei Anlässen wie Demonstrationen bedeutet, lässt sich allerdings auch anders formulieren: „Effektiv" heißt, sie wirken so „eingesetzt" bedrohlich, machen Angst – und haben vor allem selbst welche. Im November 2018 formuliert Melanie Lipp, Leiterin der Staffel Rheinland am Standort Willich: „Schon ein einziger Beritt, der aus sechs Pferden und Reitern besteht, kann einen Zug der Einsatzhundertschaft mit 20 bis 35 Polizisten ersetzen." Durch die erhöhte Sitzposition könnten Polizist*innen Situationen besser überblicken und würden gleichzeitig besser wahrgenommen. Außerdem seien sie mobiler und könnten optische Trennlinien ziehen. Als dritten Punkt nennt sie den „natürlichen Respekt vor den großen Tieren." Bei einem Pferd mit (maximal) 1,80 Stockmaß sind die Füße der reitenden Person je nach Größe auf Hals, Brustkorb oder Bauchhöhe von sich selbst bewegenden Personen. Das kann schon ziemlich wehtun.



Wohlwissentlich werden jegliche Gefahren für Mensch und Tier verschwiegen. Beim Einsatz von „Polizeipferden“ kam es immer wieder zu Unfällen, die für Pferde tödlich endeten und Unbeteiligte so stark verletzt wurden, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten.[1]

Pferde sind Fluchttiere

Das so genannte „Hauspferd“ ist die domestizierte Form des Wildpferdes. Diese sind typische Fluchttiere: „In seiner Phylogenese hat sich der Körper des Pferdes auf diese Verhaltensweise spezialisiert. Die Sinnesorgane sind auf eine frühzeitige Wahrnehmung eines Feindes ausgerichtet und die ausgeprägte Leistungsfähigkeit von Bewegungsapparat, Herz-Kreislauf-System und Atmungstrakt ermöglichen dem Pferd eine schnelle Flucht. Dieses Verhalten ist trotz der Domestikation in einem starken Ausmaß vorhanden geblieben.“[2]

Entgegen der polizeilichen Behauptungen werden den Tieren ihre Verhaltensweisen nicht einfach „abtrainiert“. Vielmehr wird ihr Fluchtreflex unterdrückt, wodurch die Tiere psychischen Stress erleiden. Dies passiert, indem sie permanent äußeren Reizen ausgesetzt werden, die eigentlich eine Flucht verursachen würden. Wird dieser Reflex dann durch Gewalt unterbunden, führt die Angst vor Bestrafung auf Dauer dazu, dass die Tiere im Einsatz „funktionieren“.

Halten wir uns vor Augen: Es werden Lebewesen dafür benutzt, unfreiwillig Menschen durch die Gegend zu tragen. Sie werden gezwungen, sich in Situationen zu begeben, die ihnen massive Ängste bereiten.

Auch wenn die Polizei meint, dass Pferde „leistungsfähiger seien, als oft behauptet werde“. Nicht unüblich ist die oft verschwiegene Beteiligung von Gewalt im Einsatz: In vielen Fällen wird eine Reitweise ausgeübt, die den Pferden Schmerzen zufügen kann und auf Dauer gesundheitsschädlich ist. Um die Pferde gefügig zu machen, werden sie häufig mit einer unnatürlich engen Kopf-Hals-Haltung (Rollkur oder Hyperflexion) geritten. Diese fügt dem Pferd nicht nur akut physische Schmerzen und Stress zu, sondern führt bei langer Anwendung zu gesundheitlichen sowie psychischen Schäden. Des Weiteren wird häufig die Kandarenzäumung verwendet, welche dem sensiblen Pferdemaul bei ruckartigem Zerren an den Zügeln massive Schmerzen und Verletzungen zufügt. Auch die verwendeten Sporen können, insbesondere bei grober Verwendung, Schmerzen und Verletzungen verursachen.

Nicht beachtet wird der Stress für die Pferde, verursacht durch Transport und Lärm. Zudem führt das Reiten insbesondere in schnelleren Gangarten über harte Böden wie Asphalt zu einer Überstrapazierung der Gelenke was zu Stauchungen, Arthrose und anderen Gelenkkrankheiten führen kann. Zudem kommt es bei Einsätzen immer wieder zu Situationen, bei denen die empfindlichen Tiere Lärm, Pyrotechnik,

ORTSGRUPPEN

Es geht auch anders: Kuschelrunde mit Noya auf dem *Pferdeschutzhof Süthen,* einem Lebenshof im Wendland.

Sprengkörpern und Gewalt ausgeliefert sind. Im Gegensatz zu den Beamt*innen haben sich die Tiere nicht freiwillig für diesen Dienst entschieden und müssen ihn unter Zwang erdulden.

Nichtmenschliche Tiere werden als Objekte gesehen

Wir leben im Jahr 2019. Pferde sind keine „Fortbewegungsmittel“ mehr, wie es bis Mitte des 20sten Jahrhunderts in Europa üblich war. Auf dem Acker ersetzt, dann für die, die es sich leisten können, als „Sportgeräte“ ausgenutzt. Halten wir uns vor Augen: Es werden Lebewesen dafür benutzt, unfreiwillig Menschen durch die Gegend zu tragen. Sie werden gezwungen, sich in Situationen zu begeben, die ihnen massive Ängste bereiten. Wie beschrieben sind Pferde Fluchttiere. Ihnen muss dieser Drang mühsam abtrainiert werden. Egal wie lange es dauert: Jede Minute ist zu viel.

Wir fordern:

- Ein Ende der Ausbeutung von nichtmenschlichen Tieren durch die Polizei und eine sofortige Aussetzung von Reiter*innenstaffeln!
- Alle momentan benutzen Pferde sollen Plätze auf subventionierten Lebenshöfen erhalten (auch wenn das bisher zugefügte Leid nicht wieder gut zu machen ist)!
- Ein Ende jeglicher Ausbeutung von nichtmenschlichen Tieren durch den Menschen!
- Den Schutz, Erhalt und Ausbau von Landschaftsschutzgebieten!
- Reiter*innenstaffel: Nicht in Bochum oder anderswo!

Es gibt keine Notwendigkeit Tiere für den Polizeidienst zu missbrauchen!



Wir suchen Menschen, die sich für das Thema interessieren und gemeinsam mit uns Proteste organisieren!
Schreibt uns eine Mail:
bochum@tierbefreier.de

[1] Beispiele:
- 2019 Stirbt ein Polizeipferd bei einem Fußballmatch. www.krone.at/1909069
- 2017 Stirbt ein Polizeipferd am Rande einer Demonstration aus Erschöpfung deutsch.rt.com/kurzclips/61270-niederlande-polizeipferd-stirbt-am-rande-pegida/
- 2006 verletzte ein Pferd im „Einsatz“ bei einem Sturz sechs Menschen. www.spiegel.de/panorama/umgekippt-polizeipferd-stuerzt-auf-passanten-a-424588.html

[2] Kristina Goslar: Temperaments- und Charakterbeurteilung bei Reitpferden. Inauguraldissertation, Hannover 2011, S. 8

Quelle für Rollkur: Gerd Heuschmann Finger in der Wunde, 2015 Kosmos Verlag, ISBN-10: 9783440147948





Unterwegs beim globalen Klimastreiktag am 29. November in Bochum – das erste Mal mit dem neuen Demopuppet „birdy".

tierbefreier OG Bochum

Einladung zum Tierrechts/ TierbefreiungsTag 2020

Am 25. Januar 2020 findet zum sechsten Mal der Tierrechts/TierbefreiungsTag im Sozialen Zentrum Bochum statt.

Wie immer möchten wir Euch, egal ob langjährige Aktivistis oder neu Interessierte, einen Tag bieten, um gemeinsam in ein aktionsreiches Jahr 2020 zu starten.

Es wird Vorträge zu aktuellen Themen der Tierbefreiung, Stände, Workshops, Musik, Kultur und phantastisches Essen geben und natürlich genügend Raum für alle zum kennenlernen, vernetzen und Pläne schmieden.

Weitere Infos folgen in Kürze auf: facebook.com/tierbefreierbochum

No border, no nation, anmimal liberation!



Impressum

27. Jahrgang
Heft 105, Dezember 2019
ISSN 1438-0676

Herausgeber:
die tierbefreier e.V.
Postfach 16 01 32
40564 Düsseldorf
Fax +49 40 380 17 85 46 12

So erreicht ihr uns per E-Mail:
TIERBEFREIUNG:
redaktion@tierbefreiung.de
die tierbefreier e.V.:
info@tierbefreier.de
tierbefreier-Shop:
shop@tierbefreier.de

Internet:
tierbefreiung.de
tierbefreier.de
tierbefreiershop.de

Spenden und Bankverbindung:
die tierbefreier e.V.
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN:
DE77 4306 0967 4096 5368 00
BIC: GENODEM1GLS

Redaktion, V.i.S.d.P.:
Raffaela Göhrig, Alex Anderson, Anna Huber, Mirjam Rebhan, Ina Schmitt, Ulrike Schwerdtner, Tom Zimmermann, Alan Schwarz
Gastautor_innen:
Colin Goldner

Layout: die tierbefreier
Verlag: Selbstverlag
Fotonachweis: Bildunterzeilen, tierbefreier-Archiv, U_WD, Susann Schröter, Tartila, Rawpixel.com / stock.adobe.com

Druck:
www.dieumweltdruckerei.de

Abo:
Einzelpreis: 4,- Euro
Abonnement: 19,- Euro jährlich (inkl. Versand)
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Kontakt: abo@tierbefreiung.de

Anzeigen:
Es gilt die Preisliste von September 2013.
Mediadaten & Preisliste zu erfragen unter:
anzeigen@tierbefreiung.de

Ältere Ausgaben:
Ältere Hefte können nachbestellt werden. Bitte sendet 4,80 Euro in Briefmarken an die tierbefreier e.V. oder schaut in den tierbefreier-Shop.

Wiederverkaufsstellen:
Ab 5 Exemplaren und vor Erscheinungstermin (Faustregel: ca. 7 Wochen nach Redaktionsschluss) gewähren wir 30% WVK-Rabatt. Bei kleineren Mengen oder Bestellungen nach Erscheinungstermin gewähren wir 15% WVK-Rabatt, jeweils zzgl. Versandkosten. Zahlung 30 Tage nach Erhalt der Rechnung, die der Lieferung beiliegt. Kommissionsgeschäfte können wir nicht anbieten.
Kontakt: abo@tierbefreiung.de

Wichtige Hinweise
Die TIERBEFREIUNG wird von die tierbefreier e.V. herausgegeben, ist aber ein Bewegungs- und kein Vereinsmagazin. Vereinsmeinungen finden sich nur im Vereinsressort oder werden als solche gekennzeichnet. Die Redaktion hat weitestgehend freie Hand bei der Gestaltung des Magazins. Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die Autor_innen/Gruppen verantwortlich. Die Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und/oder des herausgebenden Vereins wieder. Für unverlangt eingesandte Artikel und Fotos wird keine Haftung übernommen. Es ist nicht unsere Intention, durch Beiträge in Wort und/oder Bild zu Straftaten aufzurufen!

Erklärung
Nach dem Teledienstgesetz § 9 ist der Anbieter für fremde Inhalte, zu denen lediglich der Zugang vermittelt wird, nicht haftbar zu machen. Ein Link stellt demnach lediglich eine Zugangsvermittlung nach § 9 TDG dar. Als Printmedium und Redaktion stehen wir zudem unter dem erweiterten Schutz von Art. 5 des Grundgesetzes (Pressefreiheit) und sehen uns in der Pflicht zu berichten. Wir haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte der gelinkten Seiten und machen uns die Inhalte nicht zu eigen. Wir übernehmen keine Verantwortung und Haftung für Verweise auf Internetseiten in der TIERBEFREIUNG.

tierbefreier-Ortsgruppen



In folgenden Städten haben sich Ortsgruppen gegründet oder arbeiten die tierbefreier mit Partner*innengruppen zusammen:

- **Berlin**
  www.tutib.de
- **Bochum**
  bochum@tierbefreier.de
- **Bonn**
  www.ti-bo.org
- **Döbeln**
  tbarchiv.blogsport.de
- **Dortmund**
  dortmund@die-tierbefreier.de
- **Dresden**
  www.tierbefreiung-dresden.org
- **Düsseldorf**
  duesseldorf@die-tierbefreier.de
- **Frankfurt**
  www.animal-liberators-frankfurt.de
- **Hannover**
  hannover@die-tierbefreier.de
- **Jena**
  jena@die-tierbefreier.de
- **Leipzig**
  www.tbleipzig.blogsport.eu
- **Nürnberg**
  www.liberation-nuernberg.de
- **Osnabrück**
  osnabrueck@die-tierbefreier.de
- **Rhein-Neckar**
  rhein-neckar@die-tierbefreier.de
- **Wismar**
  www.facebook.com/die-tierbefreier_innen-Wismar

Endstation Hoffnung



Hallo liebe_r Leser_in,
von den im Mai geretteten Deutschen Riesen (Kaninchen) gibt es Neuigkeiten. Von den zwei weiblichen Babys lebt aktuell nur noch eines, und zwar ausgerechnet das, von dem ich beim letzten Mal berichtete, dass es sich schlechter entwickelt und kleiner ist als das Schwesterchen. Leider war irgendwie klar, dass aber das Schwesterchen ähnlich schlechte oder noch schlechtere Chancen hat, alt zu werden. Dieses Baby war nämlich ein sogenannter „Chaplin“, ein weißes Kaninchen mit sehr wenig Farbe, entstanden aus der Kreuzung von zwei gescheckten Kaninchen. Reinerbige Schecken werden laut Internet auch „Weißling“ genannt (nicht zu verwechseln mit den sogenannten Albinos) und sind von einer schweren Erbkrankheit, dem Megacolon-Syndrom[1] (Megacolon = erweiterter Dickdarm), betroffen. Dahinter verbirgt sich also eine Art Gendefekt. Fakt ist, dass diese „Chaplins“ nicht alt werden. Ein typisches Merkmal ist ihre verzögerte Entwicklung – Chaplins sind kleiner als ihre Geschwister – und eben ihr früher Tod. Das verstorbene Schwesterchen war komplett weiß und hatte nur graue Ohren. Das noch lebende Babyweibchen (mittlerweile auch sechs Monate alt) ist hingegen grau-gescheckt und hat kräftig aufgeholt – sie ist groß geworden, aber trotzdem nur halb so groß wie ihre circa fünf Kilogramm schweren Tanten und ihre Mama. Im September gab es dann die nächste Überraschung. Bei Elisa, der kleinen Weißen, habe ich gemerkt, dass etwas nicht stimmt und habe befürchtet, dass sie stirbt. Ich wollte sie noch zum Tierarzt bringen zum Einschläfern, aber sie hat sich entschieden, von alleine zu gehen – sie starb unterwegs im Auto, obwohl die Fahrt nur zehn Minuten dauert. Im September also war ich wirklich geschockt und überrascht – eines Morgens lag das große, braune Weibchen,





Mamba ist nach Elisas Tod nicht alleine.



Santos schläft so tief, dass man ihn kaum wecken kann.

die mir sehr ans Herz gewachsen war, einfach tot da. Diese plötzlichen Todesfälle sind bei Kaninchen nicht selten und mir ist das schon oft genug „passiert" und andere Kaninchenhalter_innen, mit denen ich spreche, haben das auch erlebt. Ich bin traurig, dass sie nur wenige Monate bei mir ein umsorgtes, gutes Leben führen konnte. Sie war ein ganz besonderes Wesen, hatte eine absolut einnehmende Ausstrahlung und beim kleinsten Krankheitsanzeichen hätte ich ihr jede Hilfe geboten, die mir zur Verfügung steht, aber sie zeigte, wie es für so plötzlich verstorbene Tiere logischerweise typisch ist, keinerlei Symptome und war bis zu ihrem viel zu frühen Tod das blühende Leben. Nach einem halben Jahr bei mir sieht die Bilanz bei den Riesen also sehr traurig aus – drei Todesfälle von ursprünglich fünf erwachsenen Tieren und zwei Babys. Rammler Charly (wurde eingeschläfert, siehe Bericht im letzten Heft), Baby Elisa und „Chefin" Matilda. Dafür sind die drei anderen, ausgewachsenen Weibchen wohlauf, Elisas Schwesterchen ist auch fit und gesund, aber ich frage mich, wie lange ihr das Glück hold ist. Deutsche Riesen sind nicht mit „normalen" Zwergkaninchen vergleichbar – sie haben ein ganz anderes Temperament, sind viel sanfter, ruhiger, ausgeglichener, sie haben ihr ganz eigenes Wesen. Nicht besser oder schlechter, einfach anders. Muss man erleben, um zu wissen, was ich meine. Rammler Pablo, ein „ganz normales" Zwergkaninchen, hat seine großen Damen aber gut im Griff und es rührt mich oft zutiefst zu sehen, wie alle auf einem Haufen liegen, übereinander, und kräftig kuscheln. Die Riesen haben Pablo vom ersten Moment akzeptiert und er, gerade mal halb so schwer, hatte auch nie Probleme, sich durchzusetzen. Es herrscht die totale Harmonie in der Gruppe und sie machen mir viel Freude. Leider ist das Babyweibchen Mamba nach wie vor sehr außen vor. Ich habe das Gefühl, dass es seit Matildas Tod etwas besser ist (die Kleine muss ordentlich Respekt vor ihr gehabt haben, obwohl Matilda nie aggressiv war), aber sie ist das „fünfte Rad am Wagen" – Pablo und seine drei Weibchen kuscheln, was das Zeug hält, aber die Kleine traut sich nicht dazu, obwohl sogar ihre Mutter Melissa dabei ist. Zeit kann so vieles richten, ich vertraue darauf, dass das Leben das selbst noch optimiert und Zeit auch hier das „Heilmittel" ist.

Santos musste Anfang August aufgrund eines Ekzems am Kinn operiert werden. Die Lage war ernst, aber dank Blutegelbehandlung ist jetzt alles wieder in Ordnung und er kann sein Leben als alter Tattergreis fortführen. Er hat die Narkose trotz seines hohen Alters ohne Komplikationen überstanden. Ich gebe zu, dass es mit Santos anstrengend geworden ist. Er ist sein Leben lang blind und taub und mittlerweile auch echt tüddelig, man muss ihm das Wasser vor die Nase stellen, er läuft im Haus überall dagegen vor Verwirrtheit, sein Appetit hat nachgelassen und Futter in ihn hinein zu bekommen, wurde zum täglichen Kampf. Aktuell funktionieren Haferflocken und Gemüsebrühe zusätzlich zum Futter gut. Aber alte Hunde können enorm viel Kraft und Nerven kosten und enorm pflegeintensiv sein. So dankbar ich bin, dass er noch da ist, sein Verhalten zehrt an meinen Nerven. Ich hoffe, er erlebt das neue Jahr.

Frohe Weihnachten und kommt gut in`s neue Jahr.

Raffaela

[1] www.kaninchenwiese.de/gesundheit/verdauung-magen-darm/megacolon-syndrom-kaninchen/

Quartalsreport: Befreiungen und Sabotagen

Aufgrund erfolgter und drohender Repression wird folgender Hinweis allen abgedruckten Schreiben und Berichten vorangesetzt: Es handelt sich bei den genannten Aktionen nicht um Aktivitäten des Vereins die tierbefreier e.V. Der Verein berichtet seit 1985 über anonyme Direkte Aktionen, wie sie etwa unter dem Namen Animal Liberation Front laufen, solidarisiert sich mit ihnen, führt jedoch keine durch. Die Veröffentlichung erfolgt im Rahmen der Informations- und Pressefreiheit. Weder Verein noch Redaktion rufen damit zu Straftaten auf.

Bekanntgewordene Aktionen des letzten Quartals im deutschsprachigen Raum

August, Freiburg
Ca. 30 Zirkus-Plakate zerstört
Charles Knie verdient Geld mit Tierausbeutung.
Mehr als 30 Zirkus-Plakate wurden zerstört und mit Parolen gegen Tierausbeutung bemalt.
„until every cage is empty ALF“

02. August, Kerpen
10 Hochsitze zerstört
Während den Morgenstunden vom 1. auf den 2. August wurden in der Umgebung von Kerpen zehn Hochsitze sabotiert. Kamerafallen, Salzlecksteine und Köder wurden entfernt und die Hochsitze in einem Zustand hinterlassen, der garantiert, dass sie nie wieder verwendet werden.

06. August, Morschenich
Hochsitz verbrannt
„Feuer auf die Jagdtürme! Feuer auf die Jagd! Feuer auf den Jagdschutz!“

11. August, Schweiz
Befreiung von Wildschweinen
„In der Nacht des 7. August befreiten wir elf Wildtiere aus ihrer Gefangenschaft. Diese Wesen wurden zu Übungszwecken für eine absurde Tradition missbraucht. Die Jagd schützt nichts und niemanden, sie tötet nur.

Das Argument, die Anzahl zu regulieren, ist nur eine weitere Entschuldigung der Menschen für das Töten und die Unterdrückung. Die menschliche Rasse breitet sich auf schamlose Weise aus, nimmt diesen Wesen ihren natürlichen Lebensraum und tötet sie systematisch.

Jedes Leben hat den gleichen Wert. Wir Menschen haben kein Recht dazu und es gibt keine Notwendigkeit für das Einsperren, Quälen und Töten von Millionen fühlender Geschöpfe.

Wir hören erst auf, wenn jeder Käfig leer ist.
Solange nicht alle frei sind, ist keiner frei. Wir gedenken unserem Freund Matthias und hoffen, ihn bald frei zu sehen - so wie diese Wildschweine. Lasst Wildtiere wo sie sind.“

14. August, Meiningen
Hochsitz zerstört
„Eine Person, kein Werkzeug, aber du kannst trotzdem einen Hochsitz zerstören, denn jeder einzelne zählt!
Also, wenn du draußen im Wald bist und über etwas stolperst, das nur gebaut wurde, um zu töten, zerstöre es! Lauf nicht vorbei, mach den Unterschied und zerstör die Scheiße!
Urlaubsgrüße von der ALF“

August, Baselland (Schweiz)
„Wir haben im August 2019 einer Hautarztpraxis in Baselland einen Besuch abgestattet und im Inneren des Gebäudes eine stinkende Flüssigkeit ausgeschüttet, welche einen nachhaltigen Schaden hinterlässt. Diese Praxis führt kosmetische Botox-Therapien durch.

Botox ist der Handelsname für Botulinumtoxin (genauer Botulinumtoxin A), ein Sammelbegriff für neurotoxische Proteine. Botulinumtoxin ist das tödlichste bekannte Gift, ein Nervengift, das zu Lähmungserscheinungen führt. In den letzten Jahrzehnten hat sich Botox von einem Medikament zu einem Lifestyle-Produkt gemausert (der Einsatz von Botox zu medizinischen Zwecken wird hier nicht besprochen).

Zugelassen im Jahr 2002, ist Botox heute das am häufigsten eingesetzte Präparat gegen durch Bewegung entstandene Falten. Keine Behandlung in der Schönheitsmedizin wird so häufig gemacht wie Injektionen mit Botox. Dieser Trend wirft für Botox-Produzierende wie auch für Ärzt*innen phantastische Gewinne ab. Der globale Markt für Botulinumtoxin-Produkte soll im Jahr 2018 2.9 Milliarden US Dollar betragen haben, der größte Anteil hat hier die kosmetische Anwendung. Nirgendwo auf der Welt gibt es mehr Botox-Faltenbehandlungen pro Kopf als in der Schweiz.

In einer Botox-Faltenbehandlung wird das Gift lokal injiziert, die Gesichtsmuskulatur wird gelähmt, hierdurch glätten sich die Falten etwas. Die Behandlung dauert eine halbe Stunde, Kostenpunkt: 300 bis 1.000 CHF. Der glättende Effekt der Injektion bleibt für ca. 3-6 Monate bestehen. Danach ist wieder ein Eingriff fällig. Wer sich einmal spritzen lässt, kommt



Meiningen



Moschenich

immer wieder; die Nachfrage nach Botulinumtoxin-Faltenbehandlungen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Da Botox ein so starkes Nervengift ist, das leicht tödlich überdosiert werden kann, muss der Gehalt an Botox in jeder Produktionseinheit überprüft werden. Hierzu spritzt man mindestens 100 Mäusen Botox in die Bauchhöhle und bestimmt die Dosis, die es braucht, bis 50 Prozent der Tiere tot sind (der so genannte „LD50-Test", „Lethal Dose 50 Test"). Diese Tiere sterben aber nicht einfach so, sondern erleiden einen qualvollen Tod durch die Nervenlähmungen (inkl. Muskellähmungen, Sehstörungen und Atemnot) bis sie schließlich an der Lähmung der Atmung ersticken. Dies kann mehrere Tage dauern. Nach drei bis vier Tagen wird der LD50-Wert über die Anzahl der getöteten Tiere ermittelt.

Das heißt: Für jede Botox-Behandlung (= mind. eine Produktionseinheit) für eine Glättung von ein paar Falten müssen ein paar Hundert Mäuse qualvoll sterben. Weltweit werden jedes Jahr rund 600.000 Mäuse für die Botox-Tests verwendet (Wikipedia). Die wirkliche Zahl mag weit höher liegen, die Produktionsfirmen rücken die Statistik jedoch nicht heraus. Das Tierversuchsverbot für Kosmetika greift nicht, da Botulinumtoxin-Produkte als Medikamente zugelassen sind sowie für die Anwendung injiziert und nicht bloß aufgetragen werden. Tierversuche sind weltweit enorm angestiegen wegen dem erhöhten kosmetischen Einsatz von Botox.

Für die Personen, welche sich einer Botox-Gift-Behandlung unterziehen, beinhalten die Risiken die nicht gewollte Lähmung von Muskeln sowie gravierende Nervenschäden ohne medizinische Notwendigkeit für den Eingriff. Botox lässt auch unsere Gefühle verkümmern. Aus Wikipedia: „Lähmt Botulinumtoxin die emotionale Mimik, dann schränken auch gefühlsverarbeitende Hirnregionen – wie die linke Amygdala – ihre Aktivität ein. Dies verhindert das mimische Nachspielen und damit das Verstehen von Emotionen („embodied emotion", „verkörpertes Gefühl")".

Die Schönheitsindustrie (inkl. neuer sozialen Medien) diktiert ein unwirkliches, gänzlich unerreichbares und unmögliches Körperideal. Menschen stehen unter großem Druck, dieses zu erreichen, viele zerbrechen daran. Die Schönheitsindustrie tötet!

Es sind vor allem Frauen, die sich mit Botox ihre Falten wegspritzen lassen. Wir verurteilen nicht die Individuen, die von unserer Gesellschaft gezwungen werden, ihr Aussehen strikten Geschlechternormen und -vorstellungen anzupassen, da ihr „Wert" andernfalls abnimmt oder ihnen Gewalt droht. Insbesondere verurteilen wir auch nicht beispielsweise trans Frauen, für welche ein gutes „Passing" eminent ist, um auf der Straße weniger belästigt, bedroht und angegriffen zu werden, um die Arbeitsstelle oder Wohnung zu behalten, etc. Dies ist kein oberflächlicher Spaß, sondern eine existentielle Frage.

Die teure Botox-Behandlung ist für die meisten Personen sowieso unerschwinglich, was die Messlatte für „gutes Aussehen" und Passing ungemein hoch setzt.

Wir schliessen uns zusammen und wehren uns gegen diese Industrie, welche mit dem Tod von Lebewesen und der Zerstörung des Selbstbewusstseins von (zumeist) Weiblichkeiten Geld macht. Lasst uns die Industrie und diese Gesellschaft angreifen, machen wir kaputt, was uns (und andere Lebewesen) kaputt macht!

In Solidarität mit allen Tieren, die in der Schönheitsindustrie ausgebeutet und getötet werden -
In Solidarität mit allen Personen, die unter der Schönheitsindustrie und gesellschaftlichen Normen leiden -
Für die Befreiung von allem, was uns in Ketten legt –
für die Anarchie!"

barrikade.info/article/2594

September, Genf (Schweiz)
Scheibe einer Metzgerei zerstört

Ende September, Schweiz
Ziegen und Kaninchen befreit



Kerpen



Celle

Drei junge Ziegen und zwei Kaninchen, die getötet werden sollten, wurden befreit und in Sicherheit gebracht. Wir konnten nicht untätig bleiben angesichts der winzigen Fläche, auf der sie gefangen waren, und angesichts dessen, dass sie zur Fleischgewinnung getötet werden sollten.
Mit dieser Tat möchten wir Matthias ein Zeichen der Solidarität schicken. Er ist in der Schweiz im Gefängnis, wird mehrerer Taten gegen Tierausbeutungsbetriebe beschuldigt und sein Prozess wird am 6. November anfangen.
Die beste Solidarität ist DIREKTE AKTION und den Kampf weiterzuführen.
Für die totale Befreiung, für Anarchie!“

21.Oktober, Kellinghusen
Blockade beim Tönnies Schlachthof

24. Oktober, Untersteinach (Bayern)
Zwei Hochsitze umgesägt

27. Oktober, Meiningen
10 Hochsitze zerstört
„Liebe Aktivist*innen,
während Wälder zerstört werden, Aktivist*innen attackiert, getötet und in Gefängnisse gesperrt werden, während Tiere geschlachtet und gefoltert werden, stolpere ich über diese verdammten Hochsitze, die mich sehr verärgerten. Vier sind zerstört und sechs beschädigt und seit euch sicher, ich komme mit Werkzeug zurück!
(Rückübersetzt von unoffensiveanimal.com)

Oktober, bei Celle
Hochsitze zerstört/verbrannt

Nach Medien-Berichten wurde eine Vielzahl von Hochsitzen im Umland von Celle zerstört.
Es wird vermutet, dass „militante Jagdgegner*innen“ dahinter stecken.
Allein in einer Woche wurden vier Hochsitze verbrannt.

International: Direkte Aktionen

Eine Auswahl bekanntgewordener, internationaler Direkter Aktionen und Übersetzungen internationaler Bekenner_innenschreiben.

29. Juli, Niederlande
„In der Nacht des 28. Juli befreite die ALF drei Ferkel aus einem Schlachthof.“

„Die Tierbefreiungsfront befreite elf Hühner aus einer Massentierhaltung in den Niederlanden. Sie können jetzt in Freiheit und ohne Ausbeutung ihr Leben genießen und fanden ein schönes Zuhause.“

2. August, Italien
Befreiung von Ziegen
„Jetzt seid ihr frei, fernab jeglicher Ausbeutung, nicht mehr zwischen Betonmauern eingesperrt, ohne den Himmel sehen zu können. Ihr seid nicht länger dazu verdammt, schwanger zu werden und als Milchmaschine herhalten zu müssen, oder dazu, für den menschlichen Verzehr gemästet zu werden.“

18. August, Frankreich
„In der Nacht des 17. August wurden 13 Kaninchen aus der Anlage befreit, in der sie gefangen gehalten wurden. Sie sollten bald für den menschlichen Verzehr geschlachtet werden.

Sie waren in überfüllte Käfige gequetscht und haben noch nie Sonnenlicht gesehen. Die meisten von ihnen waren schwangere Weibchen.
Wir brachten sie weit weg von diesem qualvollen Ort. Heute

haben sie Erdboden unter ihren Pfoten und die Sonne scheint zum ersten Mal auf ihr Fell.

Unsere Gedanken sind in erster Linie bei all jenen, die wir dort zurücklassen mussten. Sie harren unter Bedingungen aus, die wir uns nicht einmal vorstellen können. Unsere Tat ist nicht heldenhaft, es ist das Mindeste was wir für diese Gefangenen tun können.

Es ist die moralische Verpflichtung eines jeden Anti-Speziesisten, zur Tat zu schreiten, die Angehörigkeit zur menschlichen Rasse als Privileg zu verstehen und alle Käfige zu öffnen.
Kein Erdling soll gefangen sein.

Wir widmen diese Tat Matthias, unserem gefangenen Freund in der Schweiz, und jedem, der von Repression betroffen ist. Wir fangen erst an, rechnet mit uns."

22. August, Vereinigtes Königreich
„Hier geht es nicht um Massentierhaltung, sondern um einen Privathaushalt, in dem ein Kaninchen in einem Käfig gefangen ist, der gerade einmal doppelt so groß ist wie das Tier selbst. Beim Betreten des Vorgartens sehen wir, wie es panisch hin und her springt. Da es keinerlei Beschäftigungsmöglichkeit hat, wippt es ständig nur mit dem Kopf. Es ist größer als wir gedacht haben und es kostet uns ein wenig Anstrengung, es zu handeln. Nach ein paar sehr angespannten Minuten unter dem Wohnzimmerfenster der Besitzer (diese sitzen vor dem Fernseher), können wir es in eine Box setzen und zum Auto bringen. Es lebt jetzt in einem geräumigen Zuhause mit ausreichend Platz. Es kann dort hoppeln, rennen und sich zurückziehen, weit weg von seinem ehemaligen Gefängnis.

Im Auto tauften wir es auf den Namen Eric. Eric ist seinem Käfig entkommen, aber unser Freund Eric King sitzt im Gefängnis. Faschisten haben ihn mit Nazis zusammen getan, die ihm übel zusetzen. Das rechte, faschistische Verhalten der Gefängniswärter ist nicht akzeptabel – sie sperren ihn in Einzelhaft, geben die meisten Briefe an ihn nicht weiter und sorgen nicht für veganes Essen. Es geht ihm unter diesen Umständen sicher schrecklich dort.

Falls ihr nicht bereit seid, das Gesetz zu brechen, dann unterstützt wenigstens unseren Freund. Schickt unseren Gefangenen etwas Liebes.
Informiert euch unter: supportericking.org/
Schickt ihm liebevolle Briefe und erzählt ihm diese Geschichte.
Bis jeder Käfig leer ist und jedes Gefängnis bis auf den Boden abgebrannt!
Animal Liberation Front."

24. August, Vereinigtes Königreich
„In den frühen Morgenstunden des 22. August schlichen wir im Dunkeln zu einem kleinen Hof, auf dem viele verschiedene Tiere gefangen gehalten werden. Wir sprühten MÖRDER, ALF und VÖGEL WOLLEN FREIHEIT auf die Vorderseite und die Innenwände der Ställe, damit die Betreiber_innen am Morgen eine schöne Überraschung haben.
Wir öffneten die Voliere der Perlhühner, aber sie schienen so traumatisiert, dass sie unsere Tat gar nicht verstanden und ihren Weg in die Freiheit nicht erkannten. Wir hoffen dennoch, dass ein paar entkommen sind.
Die Hühner sind nun in Sicherheit und führen ein freies Leben ohne Ausbeutung. Wir wünschen uns so sehr, dass wir mehr von ihnen befreien können.
Wir werden weiter kämpfen und weitere Befreiungen durchführen, bis alle frei sind."

26. August, Vereinigtes Königreich
„Hierzulande gib es ein kleines, schmutziges Geheimnis. Obwohl die Pelztierzucht vor fast zwei Jahrzehnten verboten wurde, ist der Handel mit Pelz als „Nebenprodukt" immer noch am Leben und im ganzen Land verbreitet.

Am 24. August sollte einer der Hauptlieferanten, der im Vereinigten Königreich nach wie vor Kaninchenfell produziert, aufgedeckt werden. T&S Rabbits züchtet jeden Monat tausende von Tieren in mehreren Anlagen in Nottinghamshire, Leicestershire, Derbyshire und Lincolnshire. Sie züchten viele verschiedene Kaninchenrassen, von Chinchilla bis Weiße Neuseeländer, wegen ihrem Fleisch und ihrem Fell.

Sie tarnen ihr Geschäft als „Freilandhaltung" und preisen die gesundheitlichen Vorteile dieser Haltung an, aber die Realität sieht anders aus. Die Kaninchen in den Zuchtboxen teilen sich zu viert etwa einen Quadratmeter.

Wir entschlossen uns, Tiere aus diesen Zuchtställen zu befreien und nahmen vier von ihnen mit. Traurigerweise mussten wir viele der Kaninchen zurücklassen, da sich der Zuchtboxenbereich weniger als hundert Meter vom Schlafzimmer des Betreibers befand. Die befreiten Kaninchen hatten Angst und ließen sich nicht einfach nehmen. Wir drängten sie in eine Ecke und packten sie ohne zu zögern, achteten jedoch darauf, ihnen am Rücken nicht weh zu tun. Kaninchen können sehr schreckhaft sein, also haltet sofort eine ausreichend große Box mit etwas Futter bereit, wenn ihr mit ihnen die Flucht antretet. Mittlerweile sind sie in Sicherheit angekommen und werden ein Leben ohne Ausbeutung führen. Aber unsere Arbeit ist noch nicht getan. So viele sind noch an diesem Ort und anderen Stätten wie dieser.

Sucht T&S auf und holt so viele Kaninchen und Chinchillas wie möglich aus dieser Hölle. Macht das Leben der Betreiber unmöglich. Wir müssen die Pelztierindustrie zerschlagen. Wir müssen die Ausbeutung von Tieren beenden.

Wir widmen diese Befreiung Matthias, der immer noch eingesperrt ist (seit fast zehn Monaten), ohne Beweis und ohne Gerichtsverfahren.

Bis alle frei sind. Bis alle Gefängnisse zerstört sind. Bis alle Ketten zerschlagen sind. Bis alle Hungrigen satt sind.
Bis wir gewinnen.
ALF“

29. August, Frankreich
„Es ist Mittwochnacht, der 28. August, als wir anti-speziesistischen Aktivist_innen eine Stätte sabotierten, wo hunderte von Fasanen gefangen gehalten wurden. Wir öffneten den Volierendraht, durchtrennten Kabel und schnitten viele Öffnungen in die Netze.

Diese Geschöpfte sollten bald von Jäger_innen verkauft und getötet werden. Wir hoffen, dass es den meisten gelang, zu entkommen.

Unsere Gedanken sind bei all den nicht-menschlichen Wesen, die heute noch gefangen sind und die keine Chance auf ein freies Leben haben, bevor sie von Menschen getötet werden. Wir sind keine Helden, wir sind lediglich Zeugen. Es ist jetzt die Aufgabe aller Anti-Speziesist_innen, sich zu erheben und all den Opfern des Speziesismus Hilfe zu leisten, bis zur totalen Befreiung.
Bis jeder Käfig leer ist.

Wir vergessen nicht unsere Mitstreiter, die der Repression zum Opfer fallen – Matthias zum Beispiel, der seit mittlerweile 8 Monaten in der Schweiz im Gefängnis sitzt.“

30. August, Vereinigtes Königreich
„In der Nacht des 19. August gingen wir zu einer Rebhuhnjagd am Ortsrand von Gloucester und befreiten wie wir schätzen rund 5.000 Rebhühner, die kurz darauf erschossen werden sollten. Wir haben die Zuchtstätte wochenlang beobachtet und haben mit der Befreiung extra gewartet, bis die Jagdsaison zwei Wochen später begonnen hätte. Zum einen, weil wir sicher gehen wollten, dass die Vögel alt genug sein würden, um in der Natur zu überleben, zum anderen, um größtmöglichen wirtschaftlichen Schaden zu verursachen. Unser Ziel ist es, dass diese Jagdstätte geschlossen wird.

Da die Wohngebäude und das Haus des Jagdaufsehers sehr nah waren, bauten wir ein Hindernis auf der Straße, damit wir Zeit für die Flucht hätten, falls der Hegemeister durch den Lärm der flüchtenden Vögel wach geworden wäre und uns mit dem Auto verfolgt hätte. Wir öffneten dann jeden Verschlag einzeln, indem wir die Kabelbinder durchschnitten, die die Volierenwände mit den „Dächern“ aus Plastiknetz zusammen hielten, damit die tausenden von Gefangenen in die umliegenden Mais- und Weizenfelder fliehen konnten.
Wir werden diese Industrie nach und nach zerschlagen.
Bis alle Vögel frei fliegen.
Animal Liberation Front“

3. September, Belgien
„In der Nacht von Sonntag auf Montag, 1. auf 2. September 2019, öffneten Aktivist_innen die Türen sowie die Klapptüren einer Mastanlage für „Biohühner“ und zerschnitten hunderte Meter Zaun. In den drei Anlagen zusammen befanden sich über 13.000 Hühner. Die Tiere bekamen die Möglichkeit zu entkommen.“

5. September, Portugal
Befreiung von Lämmern
„Zwei Leben in Portugal gerettet. Sie leben jetzt mit einer großen Familie auf einem Lebenshof. Die Lämmer hätten in drei Monaten geschlachtet werden sollen.“

7. September, Vereinigtes Königreich
Meerschweinchen aus Zucht befreit
„Als wir von diesem Hinterhofunternehmen hörten, welches Kaninchen, Frettchen und Meerschweinchen züchtet, mussten wir zur Tat schreiten.

Nachdem wir uns die Lage vor Ort über einen Monat lang wiederholt angeschaut hatten, entschieden wir uns, nachts dort einzusteigen, während die Hausbewohner_innen schliefen. Wir saßen eine Weile lang im Gebüsch, nachdem sie das Licht ausgemacht hatten, um ihnen Zeit zum Einschlafen zu geben. Dann hielten wir es für sicher, loszulegen, sprangen über den Zaun und öffneten die Ställe und Käfige. Zu unserer Überraschung waren bis auf einen alle leer. Wir schauten die Meerschweinchen genau an und merkten, dass eines davon schwanger ist. Wir nahmen sie alle mit. Sie werden jetzt umsorgt, ohne dass sie für Profit sorgen müssen, und sobald die Babys da sind, werden die Tiere entsprechend kastriert.

Für eine Welt, in der Tiere keine Güter sind, die man kaufen oder verkaufen kann.
ALF“

10. September, Italien
Hühner und Kaninchen befreit
Laut einem anonymen Bericht auf frentedeliberacionanimal.net hat die Tierbefreiungsfront Hühner und Kaninchen aus einer Anlage in Padova befreit. „Alle wurden an einen sicheren Ort gebracht. Sie werden von nun an ein Leben in Freiheit führen, ohne Ausbeutung und Mord. Sie werden niemals mehr Sklaven sein“, schreiben die Aktivist_innen in einem Bekenner_innenschreiben.

11. September, Schweden
„In den frühen Morgenstunden des 3. September 2019 entkamen alle Gefangene auf einer kleinen Nerzfarm in Hölkemåla, Blekinge, Sweden, aus ihren Käfigen. Insgesamt gelangten etwa 1.500 Nerze in die Freiheit.

Wir halfen ihnen dabei, indem wir den Zaun der Farm demontierten und die Käfigtüren öffneten. Wir entfernten Teile

des Zauns mit Hilfe eines Schraubenschlüssels, um sicher zu stellen, dass der Weg nach draußen frei ist. Die Nerzfarm befindet sich direkt neben einem See, weshalb wir hoffen, dass so viele wie möglich von ihnen überleben.
In einer Welt, in der Freiheit nur in Momenten der Rebellion und des Aufruhrs gegeben ist, erachten wir die Möglichkeit, an einem See im Wald zu leben für den kompletten Gegensatz zu dem Leben in einem Käfig. Wir sind uns bewusst, dass das bereits zerstörte Ökosystem und die durch Menschen besiedelte Natur alles andere als optimal sind, aber da wir ihnen nichts Anderes bieten können, ist es allemal besser als ihr Leben in Gefangenschaft. Die Sehnsucht nach Freiheit hat uns an diesen Ort geführt, weil wir mehr Freiheit für alle von uns möchten. Unser Wunsch, diesen Moment der Freiheit mit den Nerzen zu teilen, entspringt unserer Solidarität und unserer Liebe zu ihnen, als auch unserer Wut und unserem Hass gegenüber denen, die uns unterdrücken und die versuchen, uns unser Leben zu stehlen.

Wir sind überzeugt, dass es keine Grenzen gibt, wenn es darum geht, was möglich ist. Wir müssen uns nur entschließen und ein Ziel klar vor Augen haben.

Wir senden Eric King und Matthias in der Schweiz sowie allen anderen Gefangenen liebevolle Gedanken!“

13. September, Frankreich
„In der Nacht vom 11. auf den 12. September verhalfen Aktivist_innen der französischen Tierbefreiungsfront hunderten von Fasanen von ihrem Gefängnis aus in die Freiheit. Mit Schneidewerkzeug zerschnitten wir einen Großteil des Netzes, das die Vögel am Wegfliegen hinderte. Dann gingen wir ans Ende der Voliere, um sie zu der von uns geschaffenen Öffnung zu bugsieren und ihnen den Weg in die Freiheit zu zeigen. Zu sehen, wie sie am Himmel verschwinden, hat uns tief berührt. Wir haben auch Slogans gesprüht, um einen Eindruck zu hinterlassen von unserem Besuch.

Wir hoffen, dass alle von ihnen glücklich und frei leben können. Unsere Gedanken sind bei all jenen, die immer noch gefangen sind.
Bis jeder Käfig leer ist.“

20. September, Costa Rica
„15. September, San Jose, Costa Rica
Nachdem wir die Ziegenfarm ein paar Mal am Tag aufgesucht haben, um uns einen Eindruck von der Geschäftigkeit zu verschaffen, sind wir nachts eingestiegen und haben zwei weibliche Jungtiere befreit. Nachdem wir 15 Minuten lang gelaufen sind, kamen wir zum Auto, wo der Fahrer wartete, damit wir abhauen konnten.

Diese Ziegen werden in einem natürlichen Umfeld und in Frieden leben, fernab menschlicher Ausbeutung.“

24. September, USA
„Da die Jagdsaison im nördlichen Wisconsin so langsam beginnt, haben wir zum Auftakt zehn Hochsitze zerstört. Wir sind der Ansicht, dass wir im Schutz der nächtlichen Dunkelheit und unserer Masken viel mehr erreichen, als wenn wir am Tag mit Schildern am Straßenrand stehen. Wir erwarten nicht, dass unsere geringen, zerstörerischen Taten den Speziesismus beenden werden, aber die Mörder_innen unserer nichtmenschlichen Brüder und Schwestern direkt da anzugreifen, wo sie morden, erscheint uns wirkungsvoll und es macht Spaß. Wir denken, dass es eine Falle ist, darauf zu warten, dass die Bewegung „wächst“ – zu warten fördert das Warten und Taten fördern das Tun. Wir müssen uns nur entsprechend vorbereiten und besser darin werden, Herrschaft anzugreifen. In Solidarität mit dem Rotwild, den Truthähnen, den Bären, den Fasanen und all den anderen Tieren, die der menschlichen Überlegenheit und Zivilisation widerstehen.
- ein paar wilde Veganer_innen -“

30. September, Frankreich
20 Hühner befreit

27. September, Drome, Frankreich
Letzte Nacht stieg eine Gruppe von Anti-Speziesist_innen in eine Legebatterie mit Hühnern ein, in der sich etwa 200.000 Tiere befinden.
Nachdem wir den Zaun mit einem Bolzenschneider aufgeschnitten haben und die Tür eines Schuppens mit einem Brecheisen geöffnet haben, befreiten wir rund zwanzig Individuen aus dieser Hölle.
Sie sind jetzt auf verschiedene Lebenshöfe verteilt und ihr Leben kann beginnen.

Taten sind dringend nötig, jedes gerettete Leben ist wertvoll und vor dem speziesistischen System bewahrt. Ihre Körper sind nicht länger eine Produktionsressource.

Ihr Anti-Speziesist_innen, die ihr das hier lest, es ist höchste Zeit, sich mit Werkzeug auszustatten und die Tore dieser Stätten zu öffnen, um so viele Individuen wie möglich zu retten. Lasst euren rebellischen Worten handfeste Taten folgen – für die geretteten Tiere macht eure Hilfe einen Unterschied.
Wir werden zurückkommen, immer und immer wieder, bis zur letzten Tierbefreiung.“

1. Oktober, Slowenien
„LPN Fazan ‚Pheasant‘ Beltinci ist die größte Zucht für zu jagdlichen Zwecken genutzte Vögel in Slowenien. Fasane, Rebhühner und Stockenten werden dort gezüchtet. Sie werden mit Hunden und/oder Falken gejagt.

Die Käfige wurden geöffnet und die Fasane, Rebhühner und Stockenten wurden Richtung Freiheit gelotst. Dass sie im Lichte des Vollmonds zum Himmel steigen, ist ihr Geburtsrecht und das, wofür sie geschaffen wurden.

Jetzt werden sie auf natürlichem Weg und in Freiheit zu Tode kommen. Die Behörden sprachen von 850 entkommenen Tieren.“

6. Oktober, Vereinigtes Königreich
Schafrettung
„Wir waren draußen unterwegs, um Dachsbaue zu kontrollieren, als wir ein Lamm sahen, das sich seltsam verhielt. Es drehte sich im Kreis und lief gegen den Zaun. Wir dachten, es leidet an Listeriose, aber als wir es genauer betrachteten, stellten wir fest, dass es ohne Augen zur Welt gekommen ist. Wir halfen ihm vorwärts über das Feld hinweg und gerade so, als ob es sich selbst retten wollte, lief es den ganzen Weg bis zum Auto, wir hielten es nur sachte zwischen den Händen, damit es den Weg findet. Von nun an wird es nur noch Freiheit kennen und es wird nicht mehr der Gnade eines Bauern ausgeliefert sein, der es sowieso lieber erschießt, als den Tierarzt zu rufen. Wir nannten es Waka, in Gedanken an unseren verstorbenen Freund.

Wir erinnern uns an dich bei jedem Schritt.
Mit jeder Tat beginnt etwas Neues.
Für die totale Befreiung.“

9. Oktober, Schweden
„Drei Hochsitze wurden in der Nacht des 8. Oktober in Schweden zerstört. Sie sind jetzt nutzlos.“

14. Oktober, Vereinigtes Königreich
„Ein Meerschweinchen, das in einem Käfig vegetierte, der nicht einmal einen Quadratmeter groß war, wurde befreit. Als wir ihn genauer betrachteten, merkten wir, dass er überhaupt nicht läuft, vermutlich aufgrund des Maschendrahts am Boden, und seine Krallen waren mehr als zehn Zentimeter lang.
Er schien sich über Aufmerksamkeit zu freuen, deshalb bekam er auf der Fahrt etwas Paprika und ein paar Streicheleinheiten am Kopf. Mit einem sanften Quieken hat er uns wissen lassen, dass es genug ist. Wir fragen uns, wie lange er in dieser Gefängniszelle vegetieren musste.

Ab jetzt erhält er Fürsorge und lebt frei, in der Gesellschaft von Artgenossen, mit genug Platz zum Rennen und sich verstecken und mit tierärztlicher Versorgung.

Wir möchten diese Tat Mirabelle und Matthias widmen, zwei Freunden, die nächsten Monat vor den Richter kommen sollen. Möge dies auch der Beginn ihrer Freiheit sein.
ALF.“

14. Oktober, Spanien
„15 Hühner befreit in Tarragona, Katalonien. Alle wurden in ein fürsorgliches Zuhause gebracht.“

Zur Erinnerung:

Aktive können Bekenner_innenschreiben an *die tierbefreier e.V.* schicken. Wir machen über unsere Internet- und Facebook-Seite auf die Aktion aufmerksam und listen sie auf der ALF-Sonderseite www.animalliberationfront.de. Bei größeren Aktionen und auf ausdrücklichen Wunsch auch bei kleineren Aktionen geben wir eine Pressemitteilung an die lokale bis bundesweite Presse heraus und stehen für Nachfragen und Interviews zu den Hintergründen von Direkten Tierrechts-/Tierbefreiungsaktionen zur Verfügung.

kontakt@
animalliberationfront.de
(PGP-Key online)
presse@die-tierbefreier.de

oder:
die tierbefreier e.V.
Postfach 16 01 32
40564 Düsseldorf

Rechtshilfe:
Von Repression und Strafverfolgung betroffene Aktive, egal ob durch legale Tierrechts-/Tierbefreiungsarbeit, Zivilen Ungehorsam oder Direkte Aktionen, können sich an unsere Rechtshilfe wenden. Wir vermitteln kostenfreie juristische Beratung sowie im Idealfall, vergünstigte Verteidigung, unterstützen die Betroffenen finanziell bei der Begleichung von Prozess-, Verteidigungs- und Strafkosten und können, auf Wunsch, Öffentlichkeit für den Fall schaffen. Wir empfehlen in allen Repressionsfällen im Kontext von Direkten Aktionen, die Rechtshilfe möglichst früh zu informieren. Die Rechtshilfe ist ein Angebot für die Tierrechts-/Tierbefreiungsbewegung und nicht von einer Mitgliedschaft bei *die tierbefreier e.V.* abhängig.
• **rechtshilfe@die-tierbefreier.de**

Spenden:
Die Rechtshilfekasse finanziert sich durch Spenden. Sie wird ausschließlich zu diesem Zweck verwendet und ist von der Vereinskasse getrennt. Neben Einzelspenden sind wir auch für kleine Daueraufträge und Gruppen, die Solipartys organisieren, dankbar.

Rechtshilfe-Konto:
die tierbefreier e.V.
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE50 4306 0967 4096 5368 01
BIC : GENODEM1GLS

www.animalliberationfront.de
Direkte Aktionen, Repression und Rechtshilfe:
• **kontakt@animalliberationfront.de (PGP-Key online)**

ISSN 1438-0676 ZKZ 12673

Einzelexemplar 4,00 Euro
Abo bestellen unter abo@tierbefreiung.de

die tierbefreier e.V. · Postfach 16 01 32 · 40564 Düsseldorf

Termine

20.-24.12.2019
Winteraktionstage gegen ESCADAs Pelzhandel
Für weitere Infos siehe Seite 33

25.01.2020, Bochum
Tierrechts/Tierbefreiungstag 2020
Für weitere Infos siehe Seite 73

07.-09.02.2020, Hannover
Ratschlag der Tierbefreiungsbewegung
tierbefreiungsratschlag.noblogs.org

Frühjahr 2020, Niedersachsen
Protestcamp gegen Wiesenhof
Für weitere Infos siehe Seite 33

03.-06.09.2020, Luxemburg
International Animal Rights Conference
ar-conference.org

Diverse Termine, Döbeln
tierbefreiungsarchiv
Offenes Archiv, Arbeitswochenenden, Geschichtswerkstatt
www.tierbefreiungsarchiv.de/termine

Weitere Termine online: www.tierbefreier.de/kalender

